



Landtag von Baden-Württemberg

62. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 4. März 1999 • Haus des Landtags

Beginn: 9:35 Uhr

Schluss: 16:31 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4891	3. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Weiterentwicklung des dualen Ausbildungssystems – Drucksache 12/3597	4897
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Behringer . . .	4891	Abg. Hofer FDP/DVP	4897
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	4891	Abg. Schuhmacher CDU	4899
1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Innenministeriums – Einführung einer „Umwelt- und Entwicklungslotterie“ in Baden-Württemberg – Drucksache 12/2736	4891	Abg. Wintruff SPD	4900
Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen	4891, 4896	Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen . .	4902
Abg. Scheuermann CDU	4893	Abg. Deuschle REP	4903
Abg. Dr. Puchta SPD	4894	Staatssekretär Dr. Mehrländer	4904
Abg. Dr. Glück FDP/DVP	4895	Beschluss	4905
Abg. Huchler REP	4895	4. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Rückzahlung von Parteispenden der landeseigenen SWEG an die CDU – Drucksache 12/3285	4905
Minister Stratthaus	4896	Änderungsantrag Drucksache 12/3812 (berichtigte Fassung)	
Beschluss	4897	Abg. Birzele SPD	4905, 4912
2. Wahl von zwei Mitgliedern des Stiftungsrats der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg	4897	Abg. Oettinger CDU	4907
		Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen	4908, 4912
		Abg. Kleinmann FDP/DVP	4909
		Abg. Rapp REP	4910
		Minister Stratthaus	4911
		Beschluss	4913

5. Fragestunde – Drucksache 12/3766	
5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Probleme, Erkenntnisse und Maßnahmen bei Einsatz von Polizei und Verfassungsschutz anlässlich PKK-gesteuerter Demonstrationen in Stuttgart	4922
Abg. Deuschle REP	4922, 4923
Minister Dr. Schäuble	4922, 4923
Abg. Rapp REP	4923
Abg. Rech CDU	4923
5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Lothar König REP – Landeszuschuss für das Festspielhaus in Baden-Baden	4923
Abg. König REP	4923, 4924
Minister Dr. Döring	4924, 4925
Abg. Helga Solinger SPD	4924, 4925
5.3 Mündliche Anfrage der Abg. Ursula Haußmann SPD – Verzögerungen bei der Beihilfebearbeitung	4925
Schriftliche Antwort des Finanzministeriums	4925
6. a) Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Innenministeriums – Einbürgerung ausländischer Straftäter – Drucksache 12/1025	
b) Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Innenministeriums – Unrechtmäßige Einbürgerungen – Drucksache 12/1311	4913
Abg. Käs REP	4913, 4918
Abg. Roland Schmid CDU	4914
Abg. Redling SPD	4915
Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen	4916
Abg. Kluck FDP/DVP	4917
Minister Dr. Schäuble	4919
Beschluss	4921
7. a) Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Justizministeriums – Aktuelle Lage des Justizvollzugsdienstes – Drucksache 12/1056	
b) Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Finanzministeriums – Umsetzung des Bundesratsbeschlusses zu Artikel 16 a Versorgungsreformgesetz für den mittleren Justizvollzugsdienst – Drucksache 12/3037	4925
Abg. Troll REP	4925, 4931
Abg. Hans-Michael Bender CDU	4926
Abg. Capezzuto SPD	4927
Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen	4928
Abg. Kiesswetter FDP/DVP	4930
Minister Dr. Ulrich Goll	4932
Beschluss	4935
8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Forschung und Entwicklung – Drucksache 12/1063	4935
Abg. Rudolf Hausmann SPD	4936, 4942
Abg. Keitel CDU	4936
Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen	4938
Abg. Beate Fauser FDP/DVP	4939
Abg. Deuschle REP	4941
Abg. Wieser CDU	4943
Minister Dr. Döring	4943
Beschluss	4947
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Oktober 1998 – Bericht der Landesregierung von Baden-Württemberg über entwicklungspolitische Maßnahmen im Jahr 1997 – Drucksachen 12/3346, 12/3479	4947
Abg. Wieser CDU	4947
Abg. Schmiedel SPD	4948
Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen	4949
Abg. Dr. Glück FDP/DVP	4951
Abg. Herbricht REP	4952
Staatssekretär Dr. Mehrländer	4953
Beschluss	4954
10. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/3759, 12/3767, 12/3768, 12/3769, 12/3770, 12/3771	4954
Beschluss	4954
11. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/3657	4954
Beschluss	4954
12. Kleine Anfragen – Drucksachen 12/3699, 12/3711, 12/3724, 12/3726, 12/3730	4954
Beschluss	4954
Nächste Sitzung	4954
Anlage 1 Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	4955
Anlage 2 Wahlvorschlag der Fraktion der FDP/DVP – Wahl eines Mitglieds des Stiftungsrats der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg	4956
Anlage 3 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Wahl eines Mitglieds des Stiftungsrats der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg	4956

Protokoll

über die 62. Sitzung vom 4. März 1999

Beginn: 9.35 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 62. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Rückert erteilt.

Krank gemeldet ist Herr Abg. Veigel.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister von Trotha.

Meine Damen und Herren, heute hat Herr Kollege Behringer Geburtstag.

(Beifall)

Herr Kollege Behringer, ich möchte Ihnen im Namen des ganzen Hauses und persönlich sehr herzlich gratulieren und wünsche Ihnen alles Gute.

(Abg. Behringer CDU: Herzlichen Dank!)

Im **E i n g a n g** befindet sich eine Mitteilung der Landesregierung vom 2. März 1999 betreffend Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkanal vom 19. November 1991 (GBl. S. 745); hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 1996 bis 2000 sowie des DeutschlandRadios über die Entwicklung des nationalen Hörfunks. Das Schreiben wird Ihnen als Drucksache 12/3793 zugehen. Ich schlage Ihnen vor, das Schreiben zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Sie sind damit einverstanden. Dann ist dies so beschlossen.

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der CDU-Fraktion für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen. (Anlage 1) – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Innenministeriums – Einführung einer „Umwelt- und Entwicklungslotterie“ in Baden-Württemberg – Drucksache 12/2736

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Walter das Wort.

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Von der Regierungserklärung Erwin Teufels im Dezember vergangenen Jahres sind vor allem zwei Dinge in Erinnerung geblieben: erstens die hohen Erwartungen, zweitens das schlechte Echo auf diese Regierungserklärung.

Das schlechte Echo lag daran, dass der Ministerpräsident kein Signal zum Aufbruch gesetzt hat, weil er nur die bereits bekannten Ideen verwalteten will. Allerdings gab es davon eine Ausnahme, eine neue Idee, die er hier in den Raum gestellt hat: Er hat nämlich in Aussicht gestellt, dass es zukünftig in Baden-Württemberg eine Umweltlotterie geben werde. Aber auch diese Idee war nicht ganz neu; denn bekanntlich hatten Bündnis 90/Die Grünen schon fast ein Jahr vorher einen entsprechenden Antrag gestellt, und schon davor gab es einen Antrag einer bundesweiten Arbeitsgemeinschaft. Aber immerhin, wir wollen nicht nörgeln, wir sind zufrieden, dass der Ministerpräsident eine Idee der Grünen aufgegriffen hat.

Man muss sich nun die Frage stellen, warum eine Umwelt- und Entwicklungslotterie eingeführt werden soll. Für uns ist dabei sehr wichtig, dass der Aspekt der Entwicklung ebenfalls hinzukommt.

Blicken wir zurück, wie sich die Vergabe der Lottogelder entwickelt hat. Vor Jahrzehnten, als Sport, Soziales und Kultur in den Mittelpunkt gerückt wurden, war die Umwelt noch kein Thema. Mittlerweile sind der Umweltschutz und die Entwicklungszusammenarbeit allerdings genauso wichtig wie die zunächst genannten Bereiche.

Ich möchte gleich vorweg sagen: Uns geht es nicht darum, mit unserer Initiative diese Bereiche gegeneinander auszuspielen. Es ist vielmehr Zeit, für die gemeinnützige Arbeit im Umwelt- und Entwicklungsbereich eine zusätzliche Einnahmequelle zu erschließen. Umweltschutz und die Förderung von Entwicklungsprojekten haben mittlerweile eine große gesellschaftliche Akzeptanz. Es ist deshalb nicht einzusehen, dass diese Bereiche länger leer ausgehen. Deshalb unser Vorschlag, hier eine neue Lotterie einzuführen.

Ich möchte Ihnen einmal ein paar Beispiele nennen, welche Projekte wir mit den Einnahmen aus einer solchen Lotterie fördern wollen. Zunächst einmal Projekte der anerkannten Umweltverbände, von Pflegemaßnahmen im Naturschutzbereich bis hin zu Kampagnen für einzelne Bereiche. Wir wissen doch: Ein Hauptproblem dieser Umweltverbände ist es, dass sie kein Geld für Öffentlichkeitsarbeit, für Kampagnen haben.

(Walter)

(Abg. Hauk CDU: Was verstehen Sie unter „Kampagnen“?)

– Ich kann Ihnen das gerne einmal erklären, wenn Sie nicht wissen, was eine Kampagne ist.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Es geht uns aber auch darum, Kollege Hauk, kleine kommunale Projekte zu fördern, beispielsweise Solaranlagen in Schulen oder aber Umweltbildung oder die regionale Vermarktung ökologisch erzeugter Produkte.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Zweitens geht es beispielsweise um Projekte im Rahmen der 1992 in Rio beschlossenen Lokalen Agenda 21 oder eben um entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung hier in Baden-Württemberg. In anderen Ländern, meine Damen und Herren, beispielsweise in den Niederlanden oder im US-Staat Oregon, haben solche Umweltlotterien großen Erfolg gebracht. In den Niederlanden wurde zwischen 1990 und 1997 für die von mir genannten Zwecke 1 Milliarde DM durch die Umweltlotterie erschlossen.

Allerdings heißt eine Umweltlotterie nicht – das gilt es hier klarzustellen –, dass das staatliche Engagement im Umweltschutz zurückgefahren werden soll. Keine der zentralen Aufgaben der staatlichen Fürsorgepflicht soll infrage gestellt werden. Ich nenne Ihnen dazu ein Beispiel: Der Hochwasserschutz soll zukünftig nicht durch Einnahmen aus einer Umweltlotterie gesichert werden. Er ist auch weiterhin eine Aufgabe, der sich der Staat zu stellen hat. Das Motto kann ja nicht lauten: Die Landesregierung bewegt nicht viel oder gar nichts im Umweltschutz,

(Abg. Döpfer CDU: Jetzt, jetzt!)

und die FDP/DVP hält Umweltschutz sowieso für ein Luxusthema, das man bekämpfen muss, und deswegen müssen nun die Baden-Württemberger – –

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Schwätz doch nicht so einen Scheiß raus!)

– Herr Glück, ich möchte nur an das erinnern, was Sie im Umweltausschuss immer ablassen.

(Unruhe)

Das Motto kann nicht heißen: Weil Sie nichts tun, müssen die Baden-Württemberger jetzt Umweltlotto spielen. Das wäre viel zu einfach. Das ist nicht das, was wir vorschlagen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ökosteuer!)

– Davon verstehen Sie auch nichts. Das ist mir klar.

Um einem weiteren Missverständnis vorzubeugen: Die beschlossenen Kürzungen im Umwelt- und Naturschutzbereich, die Sie doch nicht auch noch wegdiskutieren wollen, sind nicht der eigentliche Anlass für diese Umweltlotterie, sondern die Forderung geht schon viel weiter zurück; denn die Umweltverbände sind seit Jahren knapp bei Kasse.

Es geht auch darum, Gelder für bisher vernachlässigte Bereiche zu bekommen. Die Landesregierung sagt selbst: Die Agenda 21 muss im Mittelpunkt unserer Entwicklungszu-

sammenarbeit stehen. Aber dazu brauchen wir Geld. Bisher hat die Landesregierung eine solche Lotterie abgelehnt. Das bezog sich auf diesen Antrag der Arbeitsgemeinschaft, zu der sich von Greenpeace über den NABU bis zu Misereor die wichtigsten Umwelt- und Entwicklungsgruppen in der Bundesrepublik zusammengeschlossen haben.

Es wurde gesagt, durch eine Umweltlotterie werde die Spielsucht gefördert. Dazu kann ich nur fragen: Warum haben wir dann Spielbanken im Land? Warum macht Toto-Lotto eine so aggressive Werbung? Schauen Sie nur hin, welche Werbung Toto-Lotto betreibt, wenn es wieder einmal einen Jackpot zu knacken gibt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Du spielst doch auch! – Abg. Dr. Schlierer REP: Und Sie rennen als Erster zur Lottostelle! – Abg. Deuschle REP: Ihr seid Abzocker!)

Da kann man doch nicht sagen, hier würde die Spielsucht gefördert, wenn es nun eine Umweltlotterie gäbe.

Zweitens wird gesagt, dadurch fehle es an Geld für Kultur und Sport.

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

Auch das, meine Damen und Herren, ist durch eine repräsentative Untersuchung in Niedersachsen sowie durch die Erfahrungen in den Niederlanden längst widerlegt. Die Untersuchung in Niedersachsen hat ergeben, dass erstens ein neues Kundenpotenzial erschlossen wird, das bisher noch nie Lotterie gespielt hat.

(Zuruf des Abg. Krisch REP)

Zweitens können sich viele der bisherigen Spieler vorstellen, dass sie sich zusätzlich auch noch in einer Umweltlotterie engagieren werden.

(Abg. Deuschle REP: Haben Sie schon einmal etwas von Schuldnerberatungen gehört?)

Die Befürchtungen eines Rückgangs von Mitteln für Kultur und Sport sind in Niedersachsen klar widerlegt worden.

Die Landesregierung, meine Damen und Herren, insbesondere aber auch die CDU und der Kollege Oettinger stehen hier im Wort gegenüber den Umweltverbänden. Es ist schade, dass Herr Oettinger nicht da ist. Offensichtlich interessiert ihn der Umweltschutz auch nicht so, wie er das immer vorgibt. Hier sind Versprechungen gemacht worden, die bis zum heutigen Tag nicht umgesetzt wurden. Zuerst hieß es: Spielbankgelder. 1995 wurde dann in das Gesetz geschrieben, dass man auch Maßnahmen im Umweltbereich fördern könne. Nichts ist daraus geworden.

Wir hoffen nun, dass die Ankündigung, eine Umweltlotterie einzuführen, nicht nur eine Ankündigung bleibt, sondern auch in die Tat umgesetzt wird. Für uns – das sage ich ganz offen – ist es sekundär, ob nun die bundesweite Arbeitsgemeinschaft zum Zuge kommt oder ob Sie eine landeseigene Umweltlotterie unter Regie der Toto-Lotto GmbH in Baden-Württemberg einrichten. Für uns ist es nur wichtig, dass die Umwelt- und Entwicklungsverbände in Baden-Württemberg ein Mitspracherecht haben.

(Walter)

Gleichzeitig möchte ich aber darauf hinweisen: Das Verwaltungsgericht Hannover hat entschieden, dass diese bundesweite Lotterie der Umweltverbände zugelassen werden muss.

(Abg. Scheuermann CDU: Das kann nicht sein!)

– Herr Scheuermann, das ist ein Urteil. Daran müssen Sie sich halten.

(Abg. Scheuermann CDU: Das ist ja für einen Juristen ein Horror!)

Das heißt, diese Entwicklung wird auch auf Baden-Württemberg zukommen.

Wir empfehlen deshalb, dass man sich mit den Umweltverbänden zusammensetzt und einvernehmlich eine Lösung findet, um das gemeinsame Ziel zu erreichen.

(Abg. Scheuermann CDU: Das machen wir selber!)

– Herr Scheuermann, ich habe schon gesagt: Wir sind da offen. Aber nach dem Urteil von Hannover muss man sich vielleicht neuen Entwicklungen öffnen und darf nicht nur eindimensional denken.

Nochmals, Herr Scheuermann: Ihre Ankündigung darf keine Strategie zur Verhinderung einer bundesweiten Lotterie sein, sondern da müssen Sie einmal Ross und Reiter nennen.

Zum Schluss kann ich Ihnen nur eines sagen. Nelson Mandela wurde die holländische Idee vorgestellt. Darauf hat er gesagt: Ich wäre froh, wenn wir so etwas in unserem Land hätten.

(Abg. Rapp REP: Dann soll er es machen; wir wollen es nicht!)

Ich kann nur sagen: Für Baden-Württemberg gilt dasselbe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wenn es die Schwarzen in Südafrika wollen, können Sie es auch wollen!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das schon von meinem Kollegen Walter angeführte Zitat aus der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten im Dezember vergangenen Jahres heißt wörtlich:

Wir prüfen auch die Einführung einer eigenen Lotterie, deren Erträge Umwelt- und Naturschutzprojekten zugute kommen sollen.

So weit das Zitat. Nun kann, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Prüfung einen negativen oder einen positiven Ausgang haben.

Herr Kollege Walter, traditionell sind wir in Baden-Württemberg mit der Einrichtung von Spielbanken und Lotterien sehr zurückhaltend. Dennoch gibt es Signale dafür, dass

ich heute von hier aus sagen kann: Die Regierung und die CDU-Fraktion gehen davon aus, dass die Prüfung einer Umweltlotterie mit einem positiven Ergebnis endet.

(Beifall der Abg. Wabro CDU und Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Nun sollten wir versuchen, Herr Kollege Walter, die Probleme, die sich dabei ergeben, gemeinsam anzugehen und zu lösen. Da ist es aber nicht förderlich, wenn Sie im ersten Teil eines Satzes unsere Gemeinsamkeit einfordern und im zweiten Teil des Satzes gegen uns sticheln.

(Abg. Rapp REP: Das ist sehr schmerzlich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen einer solchen Lotterie positiv gegenüber,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Also!)

weil es offensichtlich unter uns Menschen gibt, die sich bei allen Vorbehalten gegen die Zockerei dann, wenn es um die Umwelt geht, doch zum Zocken bereit finden.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Es gibt auch welche, die gar nichts gegen Zocken haben!)

Warum sollen wir diesen Leuten dafür nicht die Gelegenheit geben?

(Beifall des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt einen zweiten Grund. Wir sind der Meinung, dass die Umweltpolitik dringend zusätzliches Geld gebrauchen kann. Herr Walter, niemand von uns kommt auf die Idee, durch die Erträge der Lotterie etwa eigenes Haushaltsgeld zu ersetzen.

(Beifall des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind der Meinung, dass die Umweltpolitik zusätzliches Geld, das durch eine solche Lotterie erschlossen wird, sehr gut gebrauchen kann.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt haben wir es schriftlich!)

– Das steht im Protokoll, Herr Kollege Kuhn.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Es gibt auch noch einen dritten Grund: Wir sehen überhaupt keine Veranlassung, warum wir nicht auch in diesem Punkt zu den Spitzenländern in der Bundesrepublik Deutschland gehören sollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ein guter Mann!)

Wenn ich mich jetzt aber einmal ein ganz klein wenig an der Lotterie in Niedersachsen orientiere, dann haben wir in Baden-Württemberg in etwa mit einem Aufkommen von 50 Millionen DM im Jahr zu rechnen. Wenn wir dann von 25 % Zweckerträgen ausgehen, sind wir bei 12,5 Millionen DM. Ich nenne diesen Betrag, damit nicht der eine oder andere meint, mit einer solchen Lotterie würden unge-

(Scheuermann)

ahnte Möglichkeiten eröffnet. Dies ist nicht der Fall. Aber immerhin ist es etwas, 12 Millionen zu haben oder nicht zu haben.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Macht 25!)

– Genau, sehr gut!

Meine Damen und Herren, ich will mich heute nicht dazu äußern, wer die Lotterie veranstalten sollte. Nach meinem Dafürhalten spricht viel dafür, nicht eine zusätzliche Organisation zu schaffen, sondern die Lotterie unserer Toto-Lotto GmbH zu übertragen.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Ich möchte mich heute auch klar dafür aussprechen, dass das Geld, das für die Umweltpolitik zur Verfügung gestellt wird, jeweils zur Hälfte in die Zuständigkeiten des Ministeriums für Umwelt und Verkehr und des Ministeriums Ländlicher Raum fällt.

Nur sind wir bei einem, Herr Walter, sehr zurückhaltend: Wir werden uns sehr genau überlegen, ob wir Geld an die Verbände für Kampagnen zur Verfügung stellen, die ja immer auch Kampagnen gegen uns sind.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das verstehe ich; das ist menschlich nachvollziehbar, aber politisch Unsinn!)

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir sind bereit, der Einführung einer solchen Lotterie näher zu treten, und wir bieten unsere gute Mitarbeit an, dass wir die Probleme, die sich dann daraus ergeben, gemeinsam lösen werden. Ich bin guten Mutes, dass wir noch in dieser Legislaturperiode die Lotterie auf den Weg bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Puchta.

Abg. Dr. Puchta SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir begrüßen den Tenor und die Grundrichtung dieses Antrags, nachdem wir bereits 1995 einen ähnlichen Antrag gestellt haben. Allerdings muss ich auch sagen: Trotz allem etwas zu kurz gesprungen. Es wundert mich nämlich schon ein bisschen, dass jetzt dieser Antrag von den Grünen kommt, nachdem sie ja jahrelang gegen Spielbanken und Abschöpfungen immer wieder vom Leder gezogen haben.

(Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

Aber offensichtlich gilt jetzt auch bei den Grünen: Der Zweck heiligt die Mittel. Und schon spielt das Suchthema überhaupt keine Rolle mehr. Das heißt, auch die Grünen haben bei diesem Thema jetzt ihre grüne Unschuld verloren, gemäß der alten Weisheit „pecunia non olet“.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss diese Thematik unter drei verschiedenen Aspekten betrachten.

Man muss zum Ersten den Spiel- und Gewinnwunsch vieler Menschen, zum Zweiten den Einnahmewunsch des Staates und zum Dritten aber auch die Suchtproblematik berücksichtigen. Letzteres muss durch klare gesetzliche Regelungen, durch eine Missbrauchsaufsicht, durch Prophylaxe und durch staatliche Kontrollen gewährleistet werden.

Wenn vor diesem Hintergrund dann Ja gesagt wird zu staatlichen Wetten, Lotterien und Spielbanken, dann greift der Antrag deshalb zu kurz, weil er ein eklatantes Versagen der Regierung nicht aufdeckt. Wir brauchen nämlich seit Jahren aus dem Wettmittelaufkommen nicht nur mehr Mittel für Projekte zum Schutz von Natur, Umwelt und Landschaft sowie für die Lokale Agenda 21, sondern wir bräuchten auch dringend mehr Mittel für Sport, Kultur und Soziales wie zum Beispiel für die Jugend, die Wohlfahrtspflege, für Altenbetreuung, aber auch für die Wohlfahrtsverbände, für Suchtprophylaxe oder für Projekte der Tourismusförderung.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Kein Widerspruch! Kein Problem! Das ist vernünftig!)

Soll all dies finanziert werden, ist zweierlei nötig: Erstens muss die Deckelung des Wettmittelfonds auf 276 bzw. 380 Millionen DM reduziert werden, da dem Sport, der Kultur und dem Sozialbereich dadurch jedes Jahr mindestens 130 Millionen DM vorenthalten werden.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: So ein Quatsch! Vorenthalten! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Zum Zweiten: Die Landesregierung sollte endlich den Mut haben, eine neue Sportwette einzuführen, die es in Bayern schon gibt. Dort wird ein Jahresumsatz von mehr als 100 Millionen DM angestrebt. Schon im Dezember 1998 haben wir in einem Antrag zu diesem Thema darauf hingewiesen, dass die Landesregierung kein Gesamtkonzept zum Thema Geldspiele hat. Denn zum Ersten wird von dieser Landesregierung sehenden Auges hingenommen, dass ständig neue Spielbanken rund um Baden-Württemberg dem Land Baden-Württemberg auf der Einnahmeseite das Wasser immer stärker abgraben. Bayern hat beispielsweise jetzt fünf Spielbanken und plant in unmittelbarer Nähe zur Landesgrenze vier weitere Spielbanken.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wo?)

In diesem Zusammenhang frage ich im Übrigen den stellvertretenden Ministerpräsidenten und die FDP/DVP-Fraktion, was eigentlich aus ihrem Antrag vom Februar 1993 geworden ist, mit dem sie drei neue, zusätzliche Spielbanken für Baden-Württemberg gefordert haben.

Zum Zweiten – ich habe schon darauf hingewiesen – fehlt das Gesamtkonzept deshalb, weil Baden-Württemberg im Gegensatz zu Bayern bei der Sportwette bisher diese Einnahmemöglichkeiten schlicht und einfach verschlafen hat.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Dritten hat sie keinerlei Konzeption in Bezug darauf, dass zum Beispiel VIAG INTERKOM in den Markt der Internet-Wetten einsteigen möchte. Auch von daher drohen in Zukunft eklatante Einnahmeausfälle.

(Dr. Puchta)

Alles zusammengenommen, meine Damen und Herren, fordern wir die Landesregierung heute von dieser Stelle aus wiederholt auf: Legen Sie zum Wohle der Landeseinnahmen und vor allem zum Wohle von Sport, Kultur und Sozialem endlich ein Gesamtkonzept zum Thema Spielbanken, Lotterien und staatliche Wetten vor. Insgesamt werden wir den Antrag der Grünen bei der Beratung im Ausschuss wohlwollend begleiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut! Guter Mann!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Walter, ist es mir ein echtes Anliegen, Ihnen ein ganz großes Kompliment auszusprechen. Sie versäumen und vergessen nie, darauf hinzuweisen, sowohl im Ausschuss als auch hier im Plenum, dass die Umweltkompetenz ausschließlich bei Ihnen ist und dass die FDP/DVP kontraproduktiv ist.

(Beifall des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut! Gut, das mal aus Ihrem Mund zu hören!)

– Herr Kuhn, seien Sie ein bisschen zurückhaltend. – Sie sollten sich von diesem falschen und, wie Sie wissen, vorsätzlich falschen Grundsatzurteil trennen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ist aber weit verbreitet, die Meinung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident wurde bereits zitiert, der in seiner Regierungserklärung sagte, dass zu prüfen sei, ob eine Lotterie eingeführt werden sollte, deren Erträge für Umweltprojekte zur Verfügung gestellt werden sollen. Unsere Position, meine Damen und Herren: Wir sind offen für diese Lotterie. Unser Meinungsbildungsprozess ist aber noch nicht ganz abgeschlossen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Die CDU ist schon weiter!)

Die Grünen haben es etwas modifiziert: Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit. Mit dieser Kombination könnten wir durchaus leben. Wir finden darin schon einen gewissen Charme.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Maurer SPD: Der Döring kriegt auch was!)

Meine Damen und Herren, in diese Diskussion müssen die Beschlüsse der Innenministerkonferenz und der Finanzministerkonferenz von 1994 bzw. 1995 einfließen. In diesen Willensbildungsprozess müssen auch repräsentative Umfragen eingehen, welches Kundenpotenzial überhaupt vorhanden wäre. Das muss man seriös abschätzen. Es wäre nichts gewonnen, wenn ein reiner Verdrängungswettbewerb losgetreten werden würde. Aus dem jetzigen Wettmittelfonds werden – das wissen Sie – Sportprojekte, Kultur und Soziales finanziert.

Nun wird angeführt, meine Damen und Herren, 60 % der Bevölkerung würden der Einführung einer solchen Umweltlotterie positiv gegenüberstehen. Aber diese Zahl bedeutet überhaupt nichts. Etwas interessanter erscheint mir eine andere Zahl: 16 % der Befragten, und zwar solche, die im Augenblick nicht spielen, haben nämlich erklärt, dass sie gegebenenfalls bei einer solchen Umweltlotterie mitmachen würden. Ich bin allerdings ein bisschen skeptisch, ob das automatisch Kunden werden.

Die Einführung – selbstverständlich für einen guten Zweck – bedarf einer sehr sorgfältigen Abwägung. Dass es genügend Projekte gibt, wie Herr Walter aufgezählt hat – und wir könnten noch viele weitere aufzählen –, ist auch keine Frage. Aber, meine Damen und Herren, allein das Vorhandensein einer Gemeinnützigkeit oder auch unseres eigenen Willens rechtfertigt die Einführung einer solchen Lotterie noch nicht.

Der Antrag der Grünen muss im Finanzausschuss beraten werden.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Gott sei Dank im Finanzausschuss!)

Wir hoffen, dass wir bis zum Sommer eine Entscheidung haben, und ich hoffe auch, dass die Abwägung von Pro und Kontra letztlich zur Einführung einer solchen Lotterie für Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit führen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Huchler.

Abg. Huchler REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Umweltpolitik ist eine staatliche Aufgabe. Sie muss von der gesamten Bevölkerung mitgetragen werden.

Um Landschaft und Natur besser zu schützen, müssen die Ursachen der enormen Umweltschäden politisch aufgearbeitet werden.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Der Wald stirbt doch weiter vor sich hin. Die Luftverschmutzung nimmt beängstigende Ausmaße an. Die Stadt Stuttgart sperrt den Verkehr aus ganzen Stadtvierteln aus. Der Grundwasserspiegel sinkt ständig. Den Bächen und Flüssen wird immer mehr Wasser zugeleitet. Die Flächenversiegelung nimmt weiter zu. Deutschland ist das dichtest besiedelte Land in Europa. In Deutschland leben 220 Personen je Quadratkilometer; in Frankreich sind es 105 und in Polen 80. Schon die Bevölkerungsdichte lässt die Flächenversiegelung und Umweltbelastung der Länder erahnen.

Die regenerativen Energieträger wie Sonne, Wind und Wasserkraft werden in den nächsten 50 Jahren nicht zum Hauptenergieträger in Deutschland. Da sind sich alle Experten über alle Parteigrenzen hinweg einig. Wasserstoff und Kernfusion werden die Probleme der Luftverschmutzung, Verbrennungsmotoren und Feuerungsanlagen in 30 bis 50 Jahren weitgehend lösen.

Es bleibt der enorme Flächenverbrauch, der zu einer rasanten Klimaveränderung und Erosion der Böden beiträgt.

(Huchler)

Nach unserer Meinung müssen die Umweltschäden vorrangig von den Verursachern und dürfen nicht von zufälligen Lotteriererträgen finanziert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Die Grünen sind einerseits gegen die Spielbanken generell, andererseits aber für eine Umwelt- und Entwicklungslotterie, was im Grunde dasselbe und außerdem höchst unredlich ist. Die von den Grünen vorgeschlagene Umwelt- und Entwicklungslotterie ist, wie es auch ihre Ökosteuerpläne sind, ein reines Abzockermodell,

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

das zum Ziel hat, beim Bürger immer mehr abzukassieren.

Auch ist mit der Einführung einer zusätzlichen Lotterie für Umwelt und Entwicklung zu befürchten, dass der Spieltrieb der Bevölkerung immer mehr zunimmt; er nimmt bereits beängstigende Ausmaße an. Wir alle beklagen die Zunahme der Fälle, in denen immer mehr Personen infolge von Spielleidenschaft Schuldnerberatungsstellen aufsuchen müssen.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Ihre Zahl steigt leider Jahr für Jahr. Die Kosten dieser Fehlentwicklung trägt neben den Angehörigen der Spielsüchtigen nicht zuletzt auch der Steuerzahler.

(Unruhe)

Es bleibt auch zu befürchten, dass durch die Einführung einer Umwelt- und Entwicklungslotterie, wenn sie als eigenständige Privatlotterie laufen sollte, die Toto-Lotto GmbH in Baden-Württemberg Ertragseinbußen hinnehmen müsste, was sich zum Schaden der Sportförderung, der Kultur und des Sozialbereichs auswirkte.

Mit der Einführung einer eigenständigen Lotterie für Umwelt und Entwicklung müsste zusätzlich ein enormer bürokratischer Aufwand getätigt werden, der zulasten der Lottereausschüttung ginge.

Auch der Gedanke, Umwelt- und Entwicklungslotto als einen weiteren Teilbetrieb der Toto-Lotto GmbH aufzunehmen, würde einen neuen Verteilerschlüssel und damit weit geringere Beiträge für Sport, Kultur und Soziales bedeuten.

Aus diesen Gründen lehnen wir Republikaner jede Form einer Umwelt- und Entwicklungslotterie ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Scheuermann, ich freue mich über Ihre heutige Zusage auf Prüfung. Wir sind auch gern bereit, diese Idee gemeinsam mit Ihnen im Ausschuss in die Tat umzusetzen und den entsprechenden Beschluss zu fassen.

Ich möchte aber trotzdem noch etwas Kritisches zu dem anmerken, was Sie gesagt haben.

Mir gefällt es nicht, dass hier sozusagen wieder den Ministerien mehr Gelder zufließen sollen. Wir wollen, dass die Gelder, die eingenommen werden, den Umweltverbänden oder den Initiativen zweckgebunden zugute kommen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das ist der eigentliche Zweck, warum wir eine Umwelt- und Entwicklungslotterie einführen wollen.

Sie haben noch gesagt, Sie wollten kein Geld für Kampagnen zur Verfügung stellen,

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

weil sich diese Kampagnen möglicherweise gegen Sie richteten. Dazu kann ich nur sagen: Machen Sie eine gute Umwelt- und Naturschutzentwicklungspolitik. Dann werden sich die Kampagnen nicht gegen Ihre Politik richten, sondern für Ihre Politik sprechen. Außerdem glaube ich, eine Regierung muss es auch einmal aushalten, dass ein Umwelt- oder Naturschutzverband eine andere Meinung hat als man selbst

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

und dass er möglicherweise auch durch Gelder, die aus einer staatlichen Lotterie eingenommen wurden, finanziert wird.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

Man muss es einfach aushalten, dass von solchen Verbänden Kritik geäußert wird.

(Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

Ich gebe Ihnen völlig Recht: Das niedersächsische Modell – diese Fernsehshow mit Bingo – kann nicht unser Vorbild sein. Da sind wir uns sofort einig. Das haben wir auch gar nicht zur Abstimmung gestellt.

Deswegen appelliere ich nochmals an Sie: Arbeiten Sie mit uns zusammen, aber nehmen Sie nachher bei der Verteilung der Gelder die Umwelt- und Naturschutzverbände und die Entwicklungsinitiativen mit ins Boot, weil deren Mitarbeit hier einfach gefordert ist.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Finanzminister.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der Grünen rennt in der Zielrichtung bei der Regierung offene Türen ein. In der Debatte habe ich gehört, dass sich die meisten darin einig sind, dass etwas kommen soll. Lediglich der Weg ist noch zu diskutieren. Es ist der richtige Weg zu finden.

Der Ministerpräsident hat ja bei seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, dass die Regierung in absehbarer

(Minister Stratthaus)

Zeit eine Umwelt- und Naturlotterie einführen will. Wir haben uns im Finanzministerium dazu vorbereitende Gedanken gemacht. Wir haben noch kein fertiges Konzept, aber ich kann Ihnen die Gedanken, die auf zwei Wege hinauslaufen, hier vortragen. Eine Entscheidung wird in sehr absehbarer Zeit kommen. Ich gehe davon aus, dass wir zu Beginn des nächsten Jahres über eine Umweltlotterie oder über Gelder aus einer bestehenden Lotterie für diese Destinationen verfügen können.

Wir sehen in der Tat zwei Möglichkeiten. Eine Möglichkeit wäre die Einführung einer neuen Lotterie, die sich ganz bewusst mit der Zielsetzung „Förderung von Natur- und Umweltschutz“ an die Bevölkerung in unserem Land wendet, wobei ich noch hinzufügen darf: Wenn diese Umfrage zitiert worden ist, dass 60 % der Bürger gerne spielen würden, wenn der Ertrag einem bestimmten Zweck zukäme, wage ich doch sehr zu bezweifeln, dass dies bei den Spielern eine große Rolle spielt. Ich meine, die meisten Leute wollen Geld gewinnen und machen sich nicht sehr viele Gedanken darüber, ob der Ertrag der Lotterie der Natur oder Sozialem oder dem Sport zugute kommt. Ich sage das deswegen, weil das etwas mit dem zu tun hat, wie wir uns die Lösung vorstellen. Für uns ist es wichtig, dass eine solche Lotterie ausreichende Erträge abwirft.

Hier wurde einige Male die niedersächsische Lotterie genannt. Es ist in der Tat so, dass es dort eine ähnliche Lotterie mit ähnlichen Destinationen gibt. Uns wird allerdings berichtet, dass sie bisher kaum aus den roten Zahlen gekommen sei. Die Einrichtung einer neuen Lotterie kostet natürlich Geld, und wir müssen den richtigen Weg für eine solche Lotterie finden.

Eine andere Möglichkeit wäre, dass wir für die Glücksspirale eine zusätzliche Destination finden. Dieser Weg ist im Augenblick besonders geeignet, weil ja bei der Glücksspirale der Einsatz von 5 DM auf 10 DM erhöht werden soll.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Auf Kosten von anderen!)

– Das ist eben die Frage. Wenn der Einsatz von 5 DM auf 10 DM erhöht wird, können wir – da bin ich zunächst einmal relativ sicher – nicht von einer Verdoppelung des Ertrags ausgehen. Ich glaube, da sind wir uns einig. Aber es ist sicher nicht der gleiche Betrag. Es wird sicher ein wesentlich höherer Betrag sein. Davon gehe ich sicher aus. Das wäre nach unserer Ansicht im Augenblick der richtige, der schnellste, der preiswerteste Weg, um das Ziel zu erreichen.

Übrigens, Bayern, das heute schon einige Male zitiert worden ist, ist diesen Weg gegangen. Dort wird ein Teil des Ertrags aus der Glücksspirale für Natur und Umwelt benutzt.

Meine Damen und Herren, ich sehe das alles sehr leidenschaftslos. Wir sollten den besten Weg finden. Unterstützen Sie uns dabei. Dann werden wir sehr bald eine Lösung haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir haben daher darü-

ber zu befinden, wohin der Antrag zu überweisen ist. Welche Anregungen werden da gegeben?

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Finanzausschuss!)

– Überweisung an den Finanzausschuss. Sollen andere Ausschüsse mitberaten?

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Scheuermann CDU: Umweltausschuss!)

– Dann würden wir den Antrag an den Finanzausschuss und an den Ausschuss für Umwelt und Verkehr überweisen, wobei der Finanzausschuss federführend ist. – So beschlossen.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Wahl von zwei Mitgliedern des Stiftungsrats der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg

Meine Damen und Herren, der Landtag hat in seiner 6. Sitzung am 27. Juni 1996 unter anderem die Herren Abg. Dr. Hans Freudenberg und Franz Wieser in den Stiftungsrat der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg gewählt. Beide Herren sind zwischenzeitlich aus diesem Stiftungsrat ausgeschieden, sodass wir für die restliche Amtszeit Nachfolger zu wählen haben.

Die FDP/DVP-Fraktion schlägt als Nachfolger für Herrn Dr. Freudenberg Herrn Abg. Dr. Horst Glück vor. Die CDU-Fraktion schlägt als Nachfolger für Herrn Abg. Wieser Herrn Abg. Alfred Haas vor. Entsprechende Wahlvorschläge liegen auf Ihren Tischen. (Anlagen 2 und 3)

Wenn Sie keine förmliche Abstimmung begehren – davon gehe ich aus –, können wir feststellen, dass die vorgeschlagenen Herren für die restliche Wahlzeit als Nachfolger der ausgeschiedenen Mitglieder zu Mitgliedern des Stiftungsrats der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg gewählt sind. – Ich sehe keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Weiterentwicklung des dualen Ausbildungssystems – Drucksache 12/3597

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion möchte mit dieser Initiative auf die zunehmende Bedeutung der Weiterentwicklung des dualen Ausbildungssystems für unsere Beschäftigungs- und Ausbildungssituation im Lande hinweisen. Wir wollen außerdem darauf hinweisen, dass auch der Bund als wichtigster Verordnungsgeber bei neuen Ausbildungsordnungen gefordert ist.

(Hofer)

Ich möchte gleich zu Beginn einige wenige Ausführungen zu dem von der Bundesregierung jüngst aufgelegten Sofortprogramm „Jugendliche mit Perspektive“ – 131 Millionen DM entfallen auf Baden-Württemberg – machen, aber auch hinzufügen, dass ich das Programm nicht schlecht reden möchte. Sie wissen, dass es massive Kritik gegeben hat, das Programm sei Augenwischerei, weil es junge Leute nicht wirklich in Arbeit und Ausbildung bringe, sondern in vielen Fällen auf die lange Versorgungsbank schiebe. Die Akzeptanz dieses Programms ist, wie wir neulich lesen konnten, auch recht ernüchternd.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Dennoch muss man es natürlich ganz ohne Frage begrüßen, dass zum Beispiel das Nachholen des Hauptschulabschlusses gefördert wird oder dass jungen Leuten bei der Entschuldung oder auch bei Wohnungsproblemen geholfen wird und dass Zusatzqualifikationen angeboten werden, um den Berufseinstieg zu erleichtern.

Geteilter Meinung kann man eher sein, ob es sinnvoll ist, junge Leute massenhaft zu Streetworkern – natürlich mit Gehalt – zu ernennen. Die an sich weise Einstellung, meine Damen und Herren, dass man einem geschenkten Gaul nicht so sehr ins Maul schauen sollte, hat auch ihre Grenzen, vor allem, wenn das mit Steuergeldern finanziert wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wichtig aber ist mir hier – deshalb füge ich das an – der Hinweis, dass solche einmaligen Geldspritzen, als Starthilfe gemeint, bei weitem nicht hinreichend sein können – ich hoffe, da besteht Übereinstimmung –, sondern dass die Integration der jungen Menschen in die Ausbildungs- und Beschäftigungssysteme sowie die Versorgung der Wirtschaft mit ausreichend qualifizierten Arbeitskräften davon auszugehen hat und in dem Maße davon bestimmt ist, ob es gelingt, aktuelle Erfordernisse von Markt und Wettbewerb in das Normengefüge der Ausbildung Jugendlicher einzuarbeiten, und das zeitnah, wie dies auch von Wirtschaftsminister Dr. Walter Döring immer wieder gefordert und auch initiiert worden ist.

Ich habe auch eine Art *ceterum censeo*, wie wir es beim Thema der Grünen gehört haben: Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen gehört auch dazu, eine massive Entlastung der Steuern und Abgaben für die mittleren und kleinen Betriebe,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

die die meisten Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Leider tut sich in diesem Bereich in der neuen Bundesregierung das Gegenteil in massiver Weise, muss ich sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es ist geradezu dramatisch, was sich dort für Ausbildungsplätze abzeichnet.

(Abg. Wieser CDU: Die haben ein Puderzuckerprogramm aufgelegt!)

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis. Was die Tarifverhandlungen anbelangt, sollte man sich ja heraushalten. Deshalb nur ein kleiner Hinweis.

Eine ganz zarte Andeutung des Themas Ausbildungsplätze hätte ich bei den diesjährigen Tarifverhandlungen auch gerne gehört und nicht nur das Wort vom Ende der Bescheidenheit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Eine kleine Andeutung hätte ich mir gewünscht.

Technischer Fortschritt, Globalisierung und die gewünschte Ausweitung des Dienstleistungsnetzes zwingen geradezu, neue Berufsfelder, neue Berufsordnungen zu schaffen. Nur so gibt es breite positive Arbeitsplatzeffekte. Ich weise darauf hin, dass nach den Angaben des Statistischen Bundesamts in den letzten zehn Jahren nur bei Dienstleistungsunternehmen mehr Arbeitsplätze geschaffen worden sind, jedenfalls in großer Zahl. Viele Dienstleistungsberufe erfordern auch eine spezifische Qualifikation. Stichworte dazu sind stärkere Orientierung an den betrieblichen Erfordernissen, interdisziplinäre Ausbildungsgänge, etwa die Verbindung von technischen und kaufmännischen Qualifikationen, Qualifizierung bei Beratung und Betreuung von Kunden – ein ganz wichtiger Punkt, den man lernen muss, denn sonst kann man ihn nicht praktizieren –

(Beifall bei der FDP/DVP)

und schließlich Technologieorientierung.

Ganz wichtig ist uns, dass weiterhin differenzierte Angebote gegeben sind, die den Leistungsstärkeren und den Leistungsschwächeren Chancen geben, also Ausbildung in aufeinander aufbauenden Stufen mit einem ersten Ausbildungsabschluss nach zwei Jahren. Solche modularen Ausbildungsgänge lassen sich nicht nur flexibler an die sich ändernden Bedingungen der Arbeitswelt anpassen, sondern sie nützen auch den mehr praktisch, den mehr handwerklich begabten Jugendlichen. Deshalb sollten wir das unbedingt auch weiterhin unterstützen. Ich denke, auch die Gewerkschaften ziehen da in der Zwischenzeit mit; alles andere wäre ja auch absurd.

Der Bund hat mit der Neustrukturierung von 74 Ausbildungsordnungen und 27 ganz neuen Ausbildungsberufen allein seit 1995 wichtige Schritte getan. Ihnen müssen weitere solcher Aktivitäten kontinuierlich folgen. Ich bin auch zuversichtlich, dass man gar nicht darum herumkommen wird und vielleicht – so hoffe ich – nicht herumkommen will.

Ich fasse zusammen: Das Ausbildungssystem muss sich mit seinen Inhalten den Anforderungen im Beruf und bei der Arbeit angleichen; es muss sich mit diesen Anforderungen decken. Es müssen neue Ausbildungsformen gefunden werden, die auch die ständige Verknüpfung mit Fort- und Weiterbildung einbinden. Damit wird die Bereitstellung von Humankapital, meine Damen und Herren – Humankapital ist einer der wichtigsten Produktionsfaktoren oder der wichtigste Produktionsfaktor, den wir im kommenden Jahrtausend anzubieten haben –,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

(Hofer)

zu einer zentralen bildungspolitischen Aufgabe von Land und Bund. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird über den Erfolg der Unternehmen im weltweiten Wettbewerb entscheiden. Ein zeit- und zukunftsorientiertes Ausbildungsangebot ist damit unverzichtbarer Bestandteil eines erfolgreichen Standortmarketings für unser Land geworden. Wir sind fest entschlossen, daran nach Kräften mitzuarbeiten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schuhmacher.

Abg. Schuhmacher CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser Ministerpräsident sagt:

Die wichtigste Ressource, die wir in unserem Land haben, ist in den Köpfen unserer Menschen.

(Beifall bei der CDU)

Lee Iacocca, der große amerikanische Manager, hat gesagt:

Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beginnt nicht in der Fabrikhalle oder im Forschungslabor, sondern im Klassenzimmer.

Ich meine, sie beginnt nicht im Klassenzimmer,

(Abg. Deuschle REP: Kindergarten!)

sondern sogar früher. Deshalb die Frage: Erfüllt unser Bildungssystem, hier vor allem unser duales Ausbildungssystem, diese Bedingungen? Ich meine: ja. Es ist ein hervorragendes Instrument. Schon sehr viele Generationen haben tüchtige Fachleute hervorgebracht und unseren Betrieben dadurch Standortvorteile und Wettbewerbsvorsprung gesichert.

Was ist also in meinen Augen Hauptziel unseres Ausbildungssystems? Was müssen wir verbessern?

Erstens: Das Ausbildungssystem muss für den Beschäftigungsmarkt entsprechend ausbilden. Dazu wurde schon einiges gesagt. Als neuer Beruf soll beispielsweise der Oberflächenbeschichter dieses Jahr eingeführt werden.

Zweitens: Die Jugendlichen müssen eine Chance zur Ausbildung erhalten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Ich meine, unsere Jugendlichen und wir alle haben nicht nur ein Recht auf Bildung, sondern auch eine Pflicht zur Bildung.

(Abg. Haas CDU: Sehr gut!)

Dazu gehört auch, dass unsere Jugend wieder Leitbilder und Vorbilder hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Bravo!)

Ich sage aus Erfahrung, weil ich selbst mehrfach ausbilde, dass wir unseren jungen Menschen sagen müssen, dass sie

nicht in allen Bereichen ihren Traumberuf ergreifen können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ingrid Blank CDU: So ist es! Ehrlichkeit! Genau! – Abg. Wieser CDU: Geld verdient man nicht durch Träume!)

Dazu gehört, dass wir auch die Berufe, wo man schmutzige Finger bekommt,

(Abg. Döpfer CDU: Jawohl! Sehr richtig!)

also den Stellenwert der gewerblich-technischen Berufe wieder anheben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Und ein Drittes: Wer schafft eigentlich Ausbildungsplätze? Ich habe gestern gehört, als Frau Rudolf hier geredet hat, dass wir wieder ein Klima schaffen müssen, in dem Ausbildungsplätze entstehen können.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Es wird Zeit, dass es Frühling wird!)

Ich denke – und ich möchte nur noch kurz wiederholen, was Herr Hofer hier gesagt hat –, es ist alles andere als vertrauensbildend, was unsere Bundesregierung uns, gerade uns Mittelständlern, derzeit bietet.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Das ist ein Lehrstück für Bankrotteure!)

Ich denke, wir Mittelständler sollten nicht so viele Rezepte von Leuten bekommen, die noch nie einen Ausbildungsplatz oder einen Arbeitsplatz geschaffen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birk CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Wintruff SPD – Abg. Mühlbeyer CDU: Weiter so!)

Ich sage dies, weil ich täglich erlebe: Bei mir suchen die Betriebe händeringend nicht nur Auszubildende, sondern vor allem Arbeitskräfte. Deswegen müssen wir diese Aufgabe ernst nehmen, dass wir auch wirklich unsere Betriebe besetzen können, und zwar mit deutschen Leuten. Wir haben ja über 4 Millionen Arbeitslose.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Zur Ausgangslage: Das Anforderungsprofil der Auszubildenden hat sich grundlegend geändert. Wir brauchen in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft Ausgebildete, die komplexe Vorgänge selbstständig, kreativ oder, wenn notwendig, im Team projektorientiert bearbeiten können. Der Auszubildende muss lernen, in Zusammenhängen zu denken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig, Herr Kollege! – Abg. Wintruff SPD: Sehr richtig! – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Ingrid Blank CDU: Da bin ich mal gespannt, was der Wintruff darauf sagt! – Abg. Wieser CDU: Dem bleibt die Spucke weg!)

(Schuhmacher)

Der Auszubildende muss Fachwissen haben, er muss Methodenwissen haben, er muss Sozialkompetenz lernen. Die Globalisierung stellt uns vor die Herausforderung, dass unsere jungen Leute auch Sprachen können müssen. Ich stelle bei meinen eigenen Kindern fest, wenn sie bei Messebesuchen dabei sind oder wenn wir Kontaktbesuche aus anderen Ländern bekommen, dass es dringend notwendig ist, dass mindestens eine Fremdsprache gelernt wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr richtig!)

Wir müssen daran denken, dass die Tätigkeiten für gering Qualifizierte weiterhin zurückgehen.

Die gegenwärtigen Forderungen im Ausbildungsbereich heißen in vier Punkten: zu lange Ausbildung, zu teuer, zu viel Berufsschulunterricht und die Auszubildenden oder Teile der Auszubildenden haben nicht die Ausbildungsreife.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Deswegen müssen wir hier alles tun. Vieles ist in die Wege geleitet: Lerninselmodelle, Lernkooperationen, flexibel reagieren auf gute, neue Modelle.

Nun noch einige Sätze zu den Möglichkeiten oder aus meiner Sicht zu den Dingen, über die wir dringend reden müssen: inhaltliche und organisatorische Abstimmung zwischen den Lernorten Betrieb und Schule,

(Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

verstärkte gemeinsame Nutzung und Kooperation bei Beschaffung von teuren Einrichtungen, Maschinen, Geräten, Prüfmitteln und Fachliteratur für Schule und Betrieb. Berufsschulen sollen die Infrastruktur von Betrieben nutzen können, um eine Ausbildung auf dem neuesten technischen Stand zu ermöglichen. Ausreichende personelle und sachliche Ressourcen müssen in den beruflichen Schulen zur Verfügung gestellt werden. Ich verweise nur auf das Thema Fachlehrer. Verstärkte Fortbildung von Fachlehrern auch in der Industrie, gemeinsame örtliche Gremien von Schule und Betrieb, Schaffen zur Ideenentwicklung.

Ich sehe, meine Sprechzeit geht zu Ende. Deswegen möchte ich nur noch einige Sätze sagen.

(Abg. Wieser CDU: Sie haben einen Bonus, einen Qualitätsbonus! – Gegenruf des Abg. Wintruff SPD: Ich bin gespannt, wie lange ich dann erst reden darf! – Unruhe)

– Danke schön.

Zwei wichtige Punkte: Entwicklung von Konzepten, um den eher praktisch begabten Jugendlichen den Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen oder den Einstieg zu verbessern, Schaffung von differenzierten Ausbildungsangeboten für Leistungsschwächere und Leistungsstärkere in der Schule und im Betrieb und differenzierte Ausbildungsmodelle für begabtere Jugendliche – ich meine Abiturienten.

Ein Schlusssatz: Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, unsere Jugend einfach, schnell und gezielt ins Leben, hier ins

Berufsleben, zu führen. Dies müssen wir mit ganzer Kraft tun. Auf wen sollten wir setzen, wenn nicht auf unsere Jugend?

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wintruff.

(Unruhe)

Abg. Wintruff SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nach unserer Meinung würde es keinen Sinn machen, sich um die Weiterentwicklung des dualen Ausbildungssystems Gedanken zu machen, wenn man nicht die Leistungsmerkmale und die strukturellen Stärken des Systems anerkennen würde.

(Zuruf des Abg. Birk CDU)

Die wichtigsten Merkmale sind, dass das duale System mit seinem Berufsprinzip eine unverzichtbare Verbindung von theoretischem Lernen und Praxis schafft, dass durch das Konsensprinzip qualitative Mindeststandards in der Berufsausbildung gewährleistet werden und dass im internationalen Vergleich die geringste Jugendarbeitslosigkeit vorliegt.

Deshalb, meine Damen und Herren, gibt es zum dualen System der Berufsausbildung keine ernsthafte Alternative und auch keinen kurzfristigen Ersatz.

(Abg. Weiser CDU: Sehr richtig!)

Es gibt jedoch seit einigen Jahren Kennzeichen, die auf eine Krise des dualen Systems hindeuten. Dazu gehören der wachsende Lehrstellenmangel, der kontinuierliche Attraktivitätsverlust der beruflichen Bildung,

(Abg. Weiser CDU: Was?)

die mangelnde Flexibilität des dualen Systems und die mangelnde Modernität der beruflichen Schulen.

(Abg. Wieser CDU: Dann müssen Sie auch Beispiele nennen, Herr Kollege! Die zählen Sie einmal auf!)

Wer das duale System erhalten will, ist daher aufgerufen, die notwendige qualitative und quantitative Weiterentwicklung und Modernisierung der Berufsausbildung voranzubringen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Birk CDU: Die SPD klatscht da auch präventiv!)

Seit 1996 wurden daher – und darüber informiert ja auch der FDP/DVP-Antrag – neue offene und dynamisch gestaltete Berufsbilder geschaffen und fast 100 Ausbildungsordnungen überarbeitet und modernisiert. Weiterer Handlungsbedarf bei der Schaffung neuer Ausbildungsberufe im Handwerk oder neuer Berufsbilder in Form von Kernberufen bleibt jedoch angesagt.

(Wintruff)

Seit Jahren wurde ein weiterer Punkt für die Weiterentwicklung angemahnt. Das ist die Schaffung der Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung. Meine Damen und Herren, Durchlässigkeit zum nächsthöheren oder anderen Bildungsgang, duale Elemente auch in der Weiterbildung oder im Studium, Erwerb von Doppelqualifikationen oder die gleichwertige Anerkennung von Berufs- und Arbeitserfahrung mit schulischen Abschlüssen, das wäre in der Tat Chancengleichheit und würde die Attraktivität der beruflichen Bildung steigern.

(Beifall bei der SPD)

Doch hier kommt seit Jahren nichts voran. Eine Novellierung des 30 Jahre alten Berufsbildungsgesetzes hat die alte Bundesregierung in den letzten 16 Jahren leider nicht zustande gebracht.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ihr werdet es dann richten! – Abg. Birk CDU: Die Platte kriegt allerdings auch einen Kratzer!)

Ein Weg zur Attraktivitätssteigerung des dualen Systems muss aber auch in seinem Angebot zur Differenzierung der Berufsausbildung gesehen werden. Die Zahl Jugendlicher mit überdurchschnittlich großen Problemen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wächst. Ca. 10 % eines Jahrgangs bleiben heute ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Für die Qualifizierung von Benachteiligten – das sind bundesweit ca. 430 000 Personen unter 25 Jahren – hat auch die Landesregierung bisher keinerlei Konzepte angeboten.

(Abg. Birk CDU: Na! Wo sind denn Ihre Konzepte?)

Das Aktionsprogramm „Berufliche Bildung“ der Landesregierung aus dem Jahr 1995 hat auch keine Änderung in dieser Richtung gebracht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt!)

Deshalb begrüßen wir ausdrücklich, dass zusätzliche Qualifikationsmöglichkeiten für leistungsstarke Auszubildende geschaffen wurden. Die Förderung von Leistungsstarken, meine Damen und Herren, darf jedoch nicht zulasten der Schwächeren gehen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Weiterhin muss sich angesichts der großen Zahl von Berufsabbrechern oder derer, die die Abschlussprüfung nicht bestanden haben, hinsichtlich einer Zertifizierung von Teilqualifikationen etwas tun. Ich frage den Herrn Wirtschaftsminister:

(Abg. Deuschle REP: Der ist gar nicht da! Wo ist er denn? – Zuruf von der SPD: Wo ist er denn?)

Warum ergreift er in Baden-Württemberg nicht so, wie der Senat in Hamburg, Initiativen zur Schaffung eines Qualifizierungspasses,

(Abg. Deuschle REP: Den Herrn Staatssekretär müssen Sie fragen!)

in dem einer seine Teilqualifikationen dokumentiert und zertifiziert bekommt?

(Abg. Birk CDU: Wie hoch ist die Jugendarbeitslosigkeit in Hamburg im Vergleich zu Baden-Württemberg, Herr Wintruff?)

Warum, so frage ich, setzen Sie sich nicht für staatliche Rahmenbedingungen ein, die über ein geordnetes System von Weiterbildungsbausteinen zur Entwicklung bundesweit staatlich anerkannter Fortbildungsberufe führen?

(Abg. Birk CDU: Schauen Sie doch einmal die anderen Länder an! Die haben alle eine höhere Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen als wir!)

Wichtig im Rahmen der Weiterentwicklung – das sage ich als letzten Punkt, meine Damen und Herren – ist auch die Qualität des Unterrichts in den Berufsschulen.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Hier hat das Land trotz seiner originären Zuständigkeit noch immer nicht erreicht, dass der 12- bis 13-stündige Pflichtunterricht der Teilzeitberufsschule abgedeckt wird. Neue Ausbildungsformen zur Vermittlung von Schlüsselqualifikationen anstelle von Paukwissen kommen nur zäh voran, weil auch in den Berufsschulen die jungen Lehrer fehlen. Nach jüngsten Alarmmeldungen der Berufsschullehrerverbände zeichnet sich an den Berufsschulen Baden-Württembergs ein dramatischer Mangel an Lehrern bereits heute wieder ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn es jedoch um die Zuteilung von zusätzlichen Lehrerstellen geht, dann wird die Berufsschule noch immer genauso stiefmütterlich behandelt wie bei der seit Jahren erfolglos geforderten Grundversorgung mit Sport oder Fremdsprachen.

Eines noch als Hoffnung, meine Damen und Herren: Seit es einen Bundesminister Rüttgers CDU nicht mehr gibt,

(Abg. Weiser CDU: Was war in Hessen?)

wird es nun auch Gott sei Dank keine Debatten mehr über eine Verkürzung der Berufsschulzeiten geben. Auch Diskussionen über eine möglichst kostengünstige Versorgung von Jugendlichen anstelle einer qualitativen Erneuerung der Berufsausbildung gehören mit der Abwahl der alten Bundesregierung Gott sei Dank der Vergangenheit an.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, bleibt eine Weiterentwicklung des dualen Systems und bleibt eine Berufsbildungsreform so lange auf der Tagesordnung, wie diese von mir benannten Probleme nicht gelöst sind.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ihr werdet sie lösen! – Abg. Birk CDU: Läppisch-lächerliches Gehabe von der SPD da drüben! Ihr müsst einmal die Rede vom Kollegen Schuhmacher nachlesen! – Abg. Krisch REP: Die brauchen das aber auch!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das duale System, bei dem Staat und Wirtschaft sowie Betriebe gemeinsam die Verantwortung für die Berufsausbildung der Jugendlichen tragen, hat sich grundsätzlich bewährt. Dennoch ist dieses System seit vielen Jahren in der Krise. Dies ist im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen:

Erstens auf den Rückgang an Ausbildungsplätzen: Immer weniger Betriebe bilden Lehrlinge aus, mit der Folge, dass dem Partner Staat immer mehr Verantwortung aufgebürdet wurde. Das zeigt sich schon allein an den Zahlen des BVJ. Mittlerweile sind 12 000 Jugendliche im Berufsvorbereitungsjahr untergebracht. Bedrückend ist dabei aber, dass immer mehr Jugendliche überhaupt nicht mehr in den Arbeitsmarkt hineinkommen und überhaupt nicht mehr in eine Ausbildung vermittelt werden können. Zumindest gibt es für diese benachteiligten Jugendlichen jetzt das Sofortprogramm der Bundesregierung als Hilfestellung dafür, eine Qualifizierung zu erwerben.

Zum Zweiten ist die Krise durch einen jahrelangen Reformstau und durch die Schwerfälligkeit des Systems bedingt – das duale System ist sozusagen Opfer seiner eigenen Perfektion –, Berufsbilder und Verordnungen zu modernisieren und neue Ausbildungsberufe entsprechend den veränderten Anforderungen zu schaffen.

Die FDP/DVP hat in ihrem Antrag den Ausbildungsplatzmangel nicht thematisiert. Dabei ist das doch die entscheidende Frage. Nur wenn es gelingt, in den nächsten Jahren alle Jugendlichen, die nachfragen, auch in eine berufliche Ausbildung zu bringen, wird das duale System eine gute Zukunftschance haben.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ja, und deswegen müssen wir es weiterentwickeln!)

Deshalb unterstützen wir auch das Bündnis für Arbeit der neuen Bundesregierung mit großer Ernsthaftigkeit.

Herr Hofer, natürlich wird es auch zu Steuererleichterungen kommen. Aber angesichts der Schulden, die Sie dem Staat nach Ihrer Regierungstätigkeit hinterlassen haben, kann dies nur schrittweise und nicht in großem Umfang sofort erfolgen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Birk CDU: Das ist doch die reinste Legendenbildung! Schauen Sie doch einmal in die Haushalte der Länder, in denen Sie regieren!)

Diese Steuererleichterungen werden kommen;

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wenn der Birk schreit, ist es wahr!)

dennoch ergibt sich daraus keine Rechtfertigung, derzeit nicht zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: So ist es, exakt!)

Anhand einiger Beispiele möchte ich erläutern, wo ich beim dualen System einen Handlungsbedarf sehe.

(Abg. Birk CDU: Das sind die „kuhnibertschen“ Märchen!)

Die Berufsbilder müssen noch offener und flexibler werden, damit sie schneller aktualisiert werden können. Neue Berufe müssen Kernberufe sein und dürfen nicht zu sehr spezialisiert und zersplittert sein. Denn eine starke Spezialisierung verhindert, dass sich die jungen Menschen später auf die Veränderungen der Arbeitswelt einstellen können. Niemand von uns kann doch sagen, wie die Arbeitswelt in zehn oder zwanzig Jahren aussieht.

(Zuruf des Abg. Weiser CDU)

Zum Zweiten brauchen wir weniger Wissensvermittlung. Wir brauchen eine Stärkung der überfachlichen Fähigkeiten und Kompetenzen der jungen Leute wie Kooperationsfähigkeit, soziale Kompetenzen, problemlösungsorientiertes Denken und vernetztes Denken. Diese Fähigkeiten müssen natürlich an den allgemein bildenden Schulen verstärkt trainiert und eingeübt werden,

(Abg. Deuschle REP: Eben, eben!)

insbesondere an den Hauptschulen. Dort müssen sie zusammen mit einer besseren Vermittlung der Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen eine stärkere Rolle spielen.

(Abg. Weiser CDU: Aha! – Gegenruf des Abg. Deuschle REP: „Aha“, ist das eine Selbstkritik?)

Wenn die Hauptschule mit ihren nur neun Schuljahren ein größeres Unterrichtsvolumen zum Lernen und zum Üben braucht, muss dies schon aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit ermöglicht werden. Wenn wir in der Lage sind, den Gymnasiasten zwölf oder dreizehn Schuljahre und ein Studium zu finanzieren, müssen wir auch in der Lage sein, Hauptschülern ein größeres Unterrichtsvolumen für einen besseren Start zu ermöglichen.

Für die neuen Berufe in Multimedia, Informatik und EDV sind Mädchen geradezu prädestiniert. Trotzdem sind die Mädchen in ihnen in einer Minderheit vertreten. Aber, meine Damen und Herren, die Mädchen dürfen nicht wieder die Modernisierungsverliererinnen des technologischen Wandels sein. Mädchen müssen für die neuen Berufe in Multimedia usw. fit gemacht werden, und die Förderung muss bereits in der Grundschule einsetzen.

In den nächsten zehn Jahren – davon hat schon Herr Wintruff gesprochen – geht die Hälfte der Lehrkräfte an den beruflichen Schulen in Pension. Es zeichnet sich ein extremer Nachwuchsmangel an qualifizierten Lehrkräften ab. Wenn wir immer höhere Anforderungen an die Berufsschulen stellen, brauchen wir dort hoch qualifizierte Lehrkräfte. Ich fordere die Landesregierung auf, sofort ein Konzept vorzulegen, wie der Bedarf in den nächsten Jahren abgedeckt werden kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(Renate Rastätter)

Zum Schluss will ich noch ein Wort zu den benachteiligten Jugendlichen sagen. Ich sehe eine große Gefahr darin, jetzt vorschnell zweijährige Berufsbilder mit niedrigem Anforderungsniveau zu fordern. Ich möchte kein großes Einfallstor für diese Lösung

(Abg. Wieser CDU: Wollen Sie alle unausgebildet lassen?)

– nein –, sondern verstärkte Anstrengungen, damit auch benachteiligte Jugendliche, auch schwächere Jugendliche, die aber motiviert sind, die gute Arbeitstugenden haben, die Möglichkeit für eine Vollzeitausbildung haben.

(Abg. Wieser CDU: Ich lade Sie ein zu mir! Kommen Sie zu mir! – Gegenruf des Abg. Nagel SPD)

– Ja, mache ich gerne. – Dafür bietet sich eine Ausbildung in Modulen an. Warum können schwächere Jugendliche nicht in vier oder fünf Jahren mit Teilqualifizierungen ihre Ausbildung beenden? Darin sehe ich eine große Chance, benachteiligten Jugendlichen zu helfen, und ich fordere Sie auf, uns zu unterstützen, eine solche Modularausbildung für schwächere Jugendliche auch tatsächlich in die Wege zu leiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Gut!)

Meine Damen und Herren!

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Rastätter – –

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Ich komme zu meinem Schlusssatz.

Wenn man immer von der Gleichwertigkeit der beruflichen und der schulischen Bildung spricht, muss man den Jugendlichen, die in die Berufsausbildung gehen, gleiche Chancen einräumen.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Lassen Sie uns daran arbeiten, die Jugendlichen damit für das nächste Jahrhundert fit zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

(Abg. Wieser CDU: Deuschle! Ein echter Schwabe anscheinend!)

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle hier eigentlich mit Befremden fest, dass bei dieser Debatte, in der es auch um Schulpolitik geht, kein Vertreter des Kultusministeriums anwesend ist. Das ist einfach nicht in Ordnung, meine Damen und Herren, und das stellt eine Missachtung des Landtags dar.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Herr Kollege Schuhmacher, Sie haben eine beachtliche Rede gehalten. Dafür darf ich Sie recht herzlich loben.

(Oh-Rufe von der CDU)

Herrn Kollegen Hofer hätte ich sagen wollen, dass er jetzt den Begriff „Humankapital“ verwendet hat. Ich erinnere mich noch: Als wir vor zwei oder zweieinhalb Jahren hier eine ähnliche Debatte hatten, wurde uns das als Verwendung eines menschenverachtenden Begriffs vorgehalten. So ändern sich, meine Damen und Herren, die Zeiten.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich stelle fest, dass die Globalisierung der Märkte nicht ohne Folgen auf unser bewährtes duales Ausbildungssystem geblieben ist. Produktionsverlagerungen sowie Kosteneinsparungen in den Betrieben haben dazu geführt, dass Ausbildungsplätze abgebaut wurden. So sank allein in den alten Bundesländern das Angebot an Ausbildungsplätzen zwischen 1985 und 1996 von rund 700 000 auf nur noch 450 000, das heißt also um rund 35 %. Der Verlust von Ausbildungsplätzen im Bereich der Großindustrie konnte vom Handwerk nicht aufgefangen werden, und das Handwerk kann ihn sicher auch in den nächsten Jahren nicht auffangen. Dies musste auch die Landesregierung in einer Antwort auf eine Große Anfrage der Fraktion Die Republikaner einräumen.

Problematisch, meine Damen und Herren, ist insbesondere das Wegfallen von Ausbildungsplätzen in den herkömmlichen hoch qualifizierten Facharbeiterberufen des Metall- und Elektrohandwerks. So sanken in dem vorhin von mir genannten Zeitraum laut Berufsausbildungsbericht 1997 die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge für Werkzeugmacher und Industriemechaniker gegenüber den Achtzigerjahren auf weniger als ein Drittel und die Zahl der industriellen Facharbeiterberufe auf die Hälfte. Das ist eine alarmierende Zahl, und darauf müsste auch das Wirtschaftsministerium nachher – vielleicht auch der Herr Minister, wenn er sich bequem – eine Antwort geben können.

Wir müssen – und das sagt auch die Landesregierung – in den nächsten Jahren noch mit einer weiteren Verschlechterung dieser Situation rechnen. Wir werden in der Zukunft größere Probleme haben, die Zahl der Ausbildungsplätze auf dem Niveau von heute zu halten. Andererseits wird aus demographischen Gründen eine erhöhte Nachfrage zu erwarten sein.

Was kann man machen? Welche Lösungen gibt es? Wir Republikaner sind der Meinung, dass vor allem die Schulen ihren Berufs- und ihren Bildungsauftrag besser erfüllen müssen. Der frühere Bundesminister Rüttgers hatte in einem „Spiegel“-Interview vom Juni 1997 schon richtigerweise auf eklatante Lernschwächen Jugendlicher hingewiesen. Ich zitiere:

Sie können heute nicht mehr davon ausgehen, dass der Absolvent einer deutschen Schule rechnen, schreiben und lesen kann. Deshalb beklagen die Arbeitgeber

– so Rüttgers –

zu Recht, dass viele Schulabgänger heute nicht ausbildungs- und damit berufsschulreif sind.

(Deuschle)

Ein Ausbildungsmeister aus der Metallindustrie hat mir gestern eklatante Schwächen bei seinen Auszubildenden vor allem in Mathematik und Deutsch bestätigt.

Deshalb wäre es besonders notwendig, dass heute jemand vom Kultusministerium da wäre, um argumentativ auf diese Schwächen einzugehen.

(Beifall bei den Republikanern)

Wenn wir nicht hier ansetzen und mehr Leistung in unseren Schulen vor dem Eintritt in die berufliche Ausbildung fordern, bleiben alle Anstrengungen, neue Ausbildungsberufe zu organisieren, weitgehend Makulatur, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Es ist auch ernsthaft zu überlegen, ob nicht dem Wunsch der Wirtschaft, vor allem des Handwerks, entsprochen werden sollte, den allgemeinen Berufsschulunterricht so zu strukturieren, dass er in den Rahmen eines neunstündigen Berufsschulalltags passt,

(Abg. Wintruff SPD: Wissen Sie überhaupt, wovon Sie reden?)

und dafür mehr in den Betrieben gelernt werden kann. – Herr Kollege Wintruff, ich weiß da vielleicht mehr als Sie.

Auch wir Republikaner haben nichts dagegen, dass neue Ausbildungsformen, wie das Lerninselmodell oder das auftragsorientierte Lernen, getestet werden. Das ist keine Frage.

(Abg. Wintruff SPD: Schicken Sie Ihre eigenen Kinder auch neun Stunden in die Schule?)

Auf die Frage nach neuen Ausbildungsberufen, Herr Kollege, hat die Landesregierung schon darauf hingewiesen, dass in den letzten drei Jahren 28 neue Berufe in Baden-Württemberg geschaffen worden sind.

Wir halten es darüber hinaus für notwendig, die duale Ausbildung stärker auf Dienstleistungsberufe hin zu erweitern. Wenn wir nämlich auf dem Weg zu einer Informations- und Dienstleistungsgesellschaft sind, müssen entsprechende Konsequenzen gezogen und neue Berufe und Ausbildungsberufe geschaffen werden. Dies alles ist aber, meine Damen und Herren, im Rahmen des bewährten Systems der dualen Ausbildung möglich.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit einem Zitat des Sachverständigen Kiepe schließen, der in der Jugend-Enquetekommission, über die wir gestern debattiert haben, völlig zu Recht gesagt hat:

Die duale Ausbildung hat ihren Stellenwert behalten, denn wir müssen nun einmal realisieren, dass etwa 70 % aller Schulabgänger ihren Weg in die duale Ausbildung nehmen,

(Abg. Wintruff SPD: Inzwischen nur noch 60 %!)

um dort eine systematische und praxisorientierte Ausbildung zu bekommen und dann in die Berufswelt hineinzukommen.

Dem ist nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin der FDP/DVP-Fraktion sehr dankbar, dass sie das Thema „Weiterentwicklung des dualen Ausbildungssystems“ auf die Tagesordnung gesetzt hat.

(Oh-Rufe von der SPD)

Wir sind uns doch alle darin einig: Die Qualifizierung der jungen Menschen ist die wichtigste Voraussetzung, um unsere Zukunft zu gestalten und unseren Wohlstand zu erhalten.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sind Sie auch in einer Partei? Und wenn ja, in welcher?)

Dabei ist das duale Ausbildungssystem ein wesentlicher Bestandteil unseres Bildungssystems, denn immerhin durchlaufen fast zwei Drittel aller Jugendlichen eines Altersjahrgangs eine solche Ausbildung.

(Abg. Wintruff SPD: Richtig!)

Deswegen ist das so wichtig.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das grenzt ja heute an eine freie Rede! Gratuliere!)

Nun können die strukturellen, technologischen und organisatorischen Veränderungen der Wirtschaft, die sich in einem rasanten Tempo vollziehen, auch nicht ohne Auswirkungen auf die berufliche Ausbildung bleiben. Es muss ständig angepasst werden, und das kam in der Debatte auch von allen Seiten klar zutage. Nur wenn das gelingt, meine Damen und Herren, wird das duale System attraktiv bleiben.

Dabei ist eine der wichtigen Herausforderungen die Sicherstellung eines ausreichenden Ausbildungsstellenangebotes. Seit 1997 – so sieht es die Landesregierung – ist die Zahl der Ausbildungsverträge gestiegen, 1998 waren es immerhin 5,2 % mehr.

(Abg. Wintruff SPD: Aber Sie wissen, auf welchem Niveau, Herr Staatssekretär!)

– Ich differenziere gleich. Aber diese Zahl ist erst einmal da.

Wir können aufgrund dieser Situation mit der Lehrstellenbilanz 1998 insgesamt zufrieden sein. Doch müssen wir sehen, dass es unter anderem die Warteschleifen, das berufsvorbereitende Jahr und die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Arbeitsverwaltung, gibt.

Ich glaube, wir dürfen die Warteschleifen nicht als Pausenraum bezeichnen. Denn es muss doch der Grundsatz gelten: Lieber eine Bildungsmaßnahme, als arbeitslos zu sein. Insofern stimmen wir überein. In diesem Sinn – lieber eine Bildungsmaßnahme, als arbeitslos zu sein – verstehe ich

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

auch – das sage ich offen – das Sofortprogramm der Bundesregierung. Daher wird sich das Land auch daran beteiligen.

Meine Damen und Herren, in der heutigen Debatte geht es darum, wie das duale Ausbildungssystem zukunftsfähig erhalten und gestaltet werden kann. Ein erster wesentlicher Punkt – er ist auch von allen Rednern so gesehen worden – ist die Aktualisierung bestehender Ausbildungsordnungen.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Derzeit gibt es 360 anerkannte Ausbildungsberufe. Von 1996 bis 1998 sind etwa 100 Ausbildungsordnungen aktualisiert worden. Für 1999 sind 29 weitere Aktualisierungen angekündigt worden.

Zweiter wichtiger Punkt: Schaffung neuer anerkannter Ausbildungsberufe. Seit 1996 sind 28 neue Ausbildungsberufe geschaffen worden. Zu den neuen Berufen zählen Mediengestalter und IT-Elektroniker. Nach den neuesten Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung wurden 1998 allein in Baden-Württemberg in den neu geschaffenen Ausbildungsberufen 2 400 Ausbildungsverträge abgeschlossen. An der Spitze liegen dabei der Fachinformatiker vor dem Mediengestalter und dem Mechatroniker.

Bei der IHK Region Stuttgart gab es 1998 bei den neuen Berufen einen Anstieg um 172 % gegenüber dem Vorjahr. Man sieht daran, welches Potenzial da vorhanden ist.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Allerdings kann es nicht darum gehen, möglichst viele neue und teilweise überspezialisierte Ausbildungsberufe zu schaffen. Entscheidend ist – ich glaube, da stimmen wir überein – die Zukunftsperspektive der entsprechenden Qualifikation und dass der Beruf auch am Arbeitsmarkt nachgefragt wird. Das macht es erforderlich, dass die Ausbildung flexibel und differenziert gestaltet wird. Sie muss sich – auch das ist hervorgehoben worden – stärker als bisher den betrieblichen Erfordernissen anpassen, und – das halte ich auch für sehr wichtig – die Auszubildenden müssen auch mehr Wahlmöglichkeiten haben als bisher. Da gibt es zum einen das Satellitenmodell, bei der IHK Region Stuttgart entwickelt, das Kernqualifikationen festlegt und diese dann mit einem differenzierten Angebot an Wahlbausteinen kombiniert.

Es gibt ein weiteres Modell, das ich für gut halte, nämlich die Modularisierung, wobei es insbesondere um die stärkere Umsetzung gestufter Ausbildungskonzepte geht, freilich unter Wahrung des Berufskonzepts.

Es geht auch um die Ausbildungsformen, die verstärkte Umsetzung des Lerninselmodells, meine Damen und Herren. Auch das Konzept des auftragsorientierten Lernens halte ich für sehr wichtig, insbesondere für die Handwerksbetriebe.

Dass der Berufsschulunterricht permanent weiterentwickelt und den veränderten Bedingungen angepasst werden muss, ist sicherlich ganz wichtig. Dabei geht es für mich als Wirtschaftspolitiker nicht um eine Verkürzung, sondern um die möglichst sinnvolle Nutzung der Ausbildungszeit. Man

muss auch bedenken, dass die klassischen Grenzen zwischen Theorie und Praxis immer mehr verschwimmen.

(Abg. Deuschle REP: Auch im Betrieb!)

– Auch im Betrieb. – Das heißt, eine verstärkte Lernortkooperation ist ganz wichtig.

Eine verstärkte Verzahnung zwischen der Erstausbildung und der Weiterbildung ist notwendig, Stichwort permanentes Lernen für den Einzelnen, für das Unternehmen. Meine Damen und Herren, das Sprichwort „Schuster, bleib bei deinem Leisten“ gilt in dieser Hinsicht also nur noch sehr bedingt.

Zum Schluss: Wenn wir die Herausforderung ernst nehmen und das duale Ausbildungssystem weiterentwickeln, wird es auch künftig eine große Chance für die jungen Menschen darstellen. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, das duale Ausbildungssystem gemeinsam mit den Sozialpartnern zu stärken und weiterzuentwickeln. Dafür bitte ich auch um Ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich gehe davon aus, dass der Antrag an den Wirtschaftsausschuss überwiesen werden soll. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Rückzahlung von Parteispenden der landeseigenen SWEG an die CDU – Drucksache 12/3285

Dazu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/3812, in der berichtigten Fassung auf.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei der Debatte über Honorarzahungen der Landeskreditbank und bei den Enthüllungen über das Finanzgebaren der SWEG ist die Frage aufgetreten, ob es richtig sein kann, dass Parteien von landeseigenen Unternehmen Spenden erhalten. Festzuhalten ist, dass folgende Zahlungen der SWEG bekannt sind: an die CDU in Höhe von 35 000 DM, an SPD und FDP/DVP in Höhe von je 5 000 DM. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen hat von der Südwestdeutschen Salzwerte AG 1 000 DM erhalten. SPD, Grüne und FDP/DVP haben die Spenden zurückgezahlt. Die CDU Baden-Württemberg weigert sich, den von der SWEG zweifelsfrei erhaltenen Betrag von 35 000 DM an die SWEG zurückzuzahlen. Mit unserem zur Debatte stehenden Antrag ersuchen wir deshalb die Landesregie-

(Birzele)

rung, die CDU zur Rücküberweisung zu bewegen. Die Landesregierung weigert sich, dies zu tun.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit ihrem Antrag Drucksache 12/3594 die Landesregierung ersucht, zu berichten, welche Unternehmen mit maßgeblicher Landesbeteiligung – mindestens 50 % – in der 10., 11. und 12. Legislaturperiode eine Spende an welche Partei geleistet haben. Bei der Beantwortung hat das Finanzministerium lediglich die Prüfungsberichte der jeweiligen Abschlussprüfer dieser Unternehmen ausgewertet. Daraus hätten sich, so die Landesregierung, Anhaltspunkte für Parteispenden nicht ergeben. Weitere Aufklärungsversuche hat die Landesregierung leider nicht unternommen. Immerhin – das will ich positiv erwähnen – hat die Landesregierung im Juni 1998 beschlossen, die Vorstände und Geschäftsführungen sowie die Vorsitzenden der Aufsichtsgremien der Unternehmen mit Landesbeteiligung aufzufordern, keine Parteispenden zu leisten.

Warum hält auch – erfreulicherweise – die Landesregierung Parteispenden landesbeteiligter Unternehmen nicht – nicht mehr – für angebracht? Dies hat die Landesregierung nicht näher ausgeführt. Doch liegen die Gründe auf der Hand.

Die „Stuttgarter Zeitung“ hat zu der – ich zitiere – „Affäre SWEG“ geschrieben, es sei ein – ich zitiere – „verheerender Eindruck entstanden“. Wörtlich heißt es weiter: Landesunternehmen, so ließe sich argwöhnen, seien für die CDU quasi zum Selbstbedienungsladen geworden. Meine Damen und Herren, es gilt deshalb, durch eine klare Regelung jeden bösen Schein zu vermeiden. Eine solche klare Regelung hat die Landesregierung für den Zeitraum ab Juni 1998 – ich habe es erwähnt – getroffen. Die Notwendigkeit einer klaren Regelung gilt selbstverständlich auch für andere landesbeteiligte Unternehmen, in denen nicht nur Vertreter der Landesregierung, sondern teilweise auch der Regierungsfractionen und – selten – der Oppositionsfractionen in den Aufsichtsgremien sitzen.

Zweites Argument: Ertragsstarke Unternehmen leisten Zahlungen an das Land aus ihren Erträgen. Andere landesbeteiligte Unternehmen erhalten vom Land Subventionen. So hat die SWEG seit 1990 neben Finanzhilfen und Ausgleichsleistungen in Höhe von über 275 Millionen DM – das sind Leistungen gewesen, auf die andere Verkehrsunternehmen bei gleichen Voraussetzungen ebenfalls Anspruch gehabt hätten – durch Kapitaleinlagen und Darlehensverzicht eine Zuführung des Landes von über 32 Millionen DM erhalten. Spenden eines Landesunternehmens – ertragsstark oder nicht – gehen deshalb wirtschaftlich zu Lasten der Steuerzahler. Der Steuerzahler wird dadurch faktisch zur Kasse gebeten.

Zum Dritten ist darauf hinzuweisen, dass nach dem Parteiengesetz der Staat den Parteien Mittel als Teilfinanzierung der ihnen nach dem Grundgesetz allgemein obliegenden Tätigkeiten gewährt, wie es in § 18 des Parteiengesetzes heißt.

Dabei wird ausdrücklich festgelegt, dass die Höhe der staatlichen Teilfinanzierung bei einer Partei die Summe ihrer jährlich selbst erwirtschafteten Einnahmen nicht überschreiten darf. Angerechnet als solche selbst erwirtschaftete

ten Einnahmen werden unter anderem auch Spenden von juristischen Personen, damit also auch Spenden von landesbeteiligten Unternehmen. Auch die Höhe der staatlichen Teilfinanzierung der Parteien wird deshalb durch Spenden landesbeteiligter Unternehmen mitbestimmt.

Es gibt also eine Reihe guter Gründe für die Aufforderung an die Landesunternehmen, keine Parteispenden zu bezahlen, so gute Gründe, dass die Landesregierung selbst diese Aufforderung an die Landesunternehmen gerichtet hat, weil sie „Parteispenden landesbeteiligter Unternehmen ungeachtet der eindeutigen Rechtslage nicht für angebracht“ hält.

(Abg. Gerd Scheffold CDU: In Zukunft! – Abg. Haasis CDU: Ist doch gut!)

Aus diesen Gründen haben, wie bereits erwähnt, SPD, FDP/DVP und Bündnis 90/Die Grünen die Konsequenzen gezogen und die erhaltenen Spenden zurückgezahlt. Die CDU Baden-Württemberg weigert sich jedoch beharrlich, diesem guten Beispiel zu folgen. Dabei will ich noch einmal ins Gedächtnis rufen, dass die SWEG hohe Subventionen vom Land erhält, nämlich 32 Millionen DM.

Als Antwort auf unseren hier zur Debatte stehenden Antrag schreibt die Landesregierung, sie sehe „aus rechtlichen Gründen keine Möglichkeit, auf politische Parteien in dem beantragten Sinne einzuwirken“. Dazu kann ich nur sagen: Warum soll eine solche Bitte der Landesregierung an Parteien rechtlich unzulässig sein? Richtig ist allein, dass die Landesregierung die Parteien nicht zur Rückzahlung zwingen kann.

Aber, meine Damen und Herren, wozu rechtliche Probleme aufzeigen, wenn es eine ganz einfache praktische Lösung gibt: Der Ministerpräsident redet mit dem Landesvorsitzenden der CDU, und das Problem ist ohne jede rechtliche Komplikation gelöst.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da die Landesregierung und insbesondere der Ministerpräsident dazu aber offensichtlich nicht willens sind, haben wir unseren heutigen Änderungsantrag eingebracht.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Der Landtag soll mit unserem Entschließungsantrag alle Parteien auffordern, Spenden landesbeteiligter Unternehmen an diese Unternehmen zurückzuzahlen. Mit dieser Formulierung, die wir bewusst so gewählt haben, wollen wir auch ermöglichen, dass die Kolleginnen und Kollegen der CDU unserem Antrag zustimmen können. Bei den Kolleginnen und Kollegen der FDP/DVP gehen wir ohnehin von einer Zustimmung aus, da ihre Partei sofort nach Bekanntwerden der Spende diese Spende zurückgezahlt hat.

Eine einstimmige Entschließung des Landtags wäre nach unserer Meinung eine wichtige Entscheidung zur Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der Parteien in der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

(Abg. Wettstein SPD: Sie können es kurz machen! Zustimmung signalisieren!)

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, meine Herren Kollegen! Man kann nicht bestreiten, dass von Herrn Kollegen Birzele und seiner Fraktion mit einem gewissen Geschick versucht wird, ein Thema am Köcheln zu halten und dem Landtag dazu dann scheinbar sachdienliche Vorschläge zu unterbreiten. Ich nenne dies Raffinesse, aber wir fallen darauf nicht herein.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, das Ganze ist ein durchsichtiges Spiel. Die Sozialdemokraten sind immer dann, wenn es darum geht, ein bisschen zu skandalisieren, etwas in ein schiefes Licht zu bringen

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Nur peinlich!)

oder aber die Möglichkeit der Finanzierung von Parteien weiter zu verschlechtern, an vorderster Front dabei.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn es nicht Gegenstand Ihres Antrags ist,

(Abg. Wettstein SPD: Zimmermann hat applaudiert! Hat Sie das nicht irritiert?)

will ich hier verdeutlichen, dass es nicht nur möglich, sondern sogar geboten ist, dass sich Parteien zu ihrer Finanzierung um Spenden von Bürgern und von Unternehmen in ihrem Land bemühen. Wir werden das auch in Zukunft tun, und die CDU in Baden-Württemberg und ihre Gliederungen werden auch in Zukunft dafür werben, dass Bürger und Unternehmen bereit sind, unsere Arbeit zu unterstützen und dies auch durch Spenden tun.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Natürlich bestand Handlungsbedarf, Entscheidungsbedarf bezüglich Spendenpraxis von landeseigenen und von landesbeteiligten Unternehmen für die Zukunft. Auch hierzu hat die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine wirksame Entscheidung getroffen und diese auch den landeseigenen und den landesbeteiligten Unternehmen mitgeteilt. Für die Zukunft – und nur insoweit kann man dies auch verordnen oder einen verbindlichen Appell an die Unternehmen richten – sollen landeseigene und landesbeteiligte Unternehmen von Spenden an Parteien absehen. Dies geschah; dies wird eingehalten; dies kann hinterfragt werden. Wir haben für Gegenwart und Zukunft eine tragfähige, saubere Regelung getroffen. Ich bin nicht sicher, dass in anderen Ländern, zum Beispiel in Ländern, in denen Rot oder Rot-Grün in der Verantwortung sind,

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD)

eine derart stringente Regelung den landesbeteiligten Unternehmen gegenüber angeordnet oder getroffen worden ist.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das ist ja plump! Keine Verdächtigungen bitte!)

– Herr Kollege Puchta, ich sage nur: Ich bin nicht sicher.

(Lachen bei der SPD – Abg. Nagel SPD: Wir sind auch nicht sicher, dass Sie alle einkassierten Spenden angegeben haben, überhaupt nicht sicher!)

Ich weiß nur, dass Baden-Württemberg seine Hausaufgaben gemacht hat und jeder Geschäftsführer und jeder Vorstand eines Unternehmens mit maßgeblicher Landesbeteiligung durch Schreiben des Finanzministeriums weiß, was wir erwarten, wenn es in Zukunft um Parteispenden geht.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Bleibt die Frage, ob man jetzt einmal erhaltene Spenden zurückzahlen soll. Damit auch hier klar ist: Die CDU Baden-Württemberg hat einen Landesverband und Gliederungen. Ich bekenne mich zur autonomen Verantwortung unserer Kreis- und Bezirksverbände; denn sie haben auch vor Ort die Verantwortung, wenn es um den Haushaltsausgleich, wenn es um ihre Kasse geht.

(Zuruf von der SPD: Peinlich! – Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Ich glaube, es war in der Vergangenheit legal und legitim, politisch und rechtlich in Ordnung, dass sich Kreisverbände bemüht haben, durch Bitten um Spenden auch an Unternehmen mit Landesbeteiligung für ihre Aufgaben, die ihnen vom Grundgesetz überantwortet sind, eine Finanzierung sicherzustellen. Deswegen haben wir überhaupt keine Probleme damit, wenn ein Kreisverband der CDU für diese Spenden aus der Vergangenheit sagt: „Wir geben sie nicht zurück; wir haben sie legal und legitim eingeworben; die behalten wir.“

(Beifall bei der CDU)

Ein letzter Punkt: Wohin kommen wir eigentlich in unserem Selbstverständnis,

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

wenn sich der Landtag das Recht nehmen soll, Appelle an politische Parteien zu richten? Ich glaube, es geht hier um eine zumindest politisch unzulässige Einwirkung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Selbstbedienung bei landeseigenen Unternehmen!)

Ich halte nach meinem staatspolitischen Verständnis Ihren Antrag für illegitim.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Carla Brengener SPD – Abg. Bebbler SPD: Das hat mit landeseigenen Unternehmen nichts zu tun!)

Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

Zum Thema können wir jede Frage beantworten. Es gibt nichts zu verbergen.

(Abg. Nagel SPD: Da sind wir uns nicht so sicher!)

(Oettinger)

Aber ein letzter Satz muss hier noch gestattet sein.

Die Sozialdemokraten um „Birzele & Co. KG“ versuchen ein weiteres Mal, Parteispenden per se zu denunzieren. Genau diesen Weg machen wir nicht mit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

(Unruhe)

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es waren ja interessante Ausführungen, Herr Oettinger. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion hält also die Spenden der SWEG an die CDU für legal und legitim, er hält aber einen Antrag einer Fraktion, in diesem Fall der SPD-Fraktion, der einen Appell enthält, dass das Geld zurückgezahlt wird, für illegitim. Herr Kollege Oettinger, dies wirft die Frage auf, was für ein Verständnis von Legitimität Sie eigentlich haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Birk CDU: Das müssen Sie sich auch einmal fragen lassen!)

Was ist denn eigentlich passiert? Die SWEG, also ein landesbeteiligter Betrieb mit einem hohen Anteil des Landes, hat 35 000 DM an die CDU gespendet, an die FDP/DVP und an die SPD eine kleinere Summe. Die Legalität dieser Spenden ist, glaube ich, hier nicht bestritten worden.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Na also!)

Aber es stellt sich die Frage, ob es politisch legitim ist, Gelder der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – und dazu haben Sie nichts gesagt, Herr Oettinger – in dieser Weise an die CDU auszubringen. Da sage ich Ihnen ganz klar: Wer so etwas macht, obwohl wir eine Parteienfinanzierung haben und obwohl wir im Landeshaushalt jede Mark einsparen müssen, wo es nur irgendwie geht, und viel auch im sozialen Bereich kürzen müssen – – Ich nenne nur den Bereich der Familienerholung, bei dem wir hier beim letzten Haushalt um ähnliche Summen gestritten haben, bei dem es darum geht, ob Familien, die überlastet sind, sich in den Sommerferien eine Erholung leisten können und dazu Zuschüsse des Landes bekommen. Da haben Sie die harten Sparkommissare gespielt, aber bei der Frage, dass Sie vom Geld des Landes indirekt noch einmal zusätzlich subventioniert sind, sagen Sie: legal und legitim.

(Abg. Haasis CDU: So ein Quatsch!)

Herr Oettinger, das ist keine Legitimität, sondern schlicht und einfach eine Sauerei und sonst gar nichts.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD sowie Abgeordneten der Republikaner – Abg. Haasis CDU: So ein Quatsch! – Abg. Oettinger CDU: Wir haben doch gar nicht gekürzt, Herr Kollege! Das ist doch eine falsche Behauptung!)

– Herr Oettinger, ganz ruhig!

Was soll denn eigentlich der Sinn dieser Spende sein? Jetzt frage ich einmal: Hat die SWEG im klassischen Lobbyismus-Spendensinn, so wie Sie in Bonn Gelder von der Che-

mieindustrie bekommen, eigentlich ein vernünftiges Interesse daran, die CDU zu einer anderen Verkehrspolitik zu bringen? Das ist ja schon einmal absurd, denn Sie bestimmen die Verkehrspolitik, und Sie beaufsichtigen die SWEG.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Oder geht es der SWEG vielleicht um die Frage, pauschal die Demokratie zu fördern? Da kann ich nur sagen: Da muss die CDU in den Augen der SWEG offensichtlich ein besonderes Demokratiedefizit haben, weil sie immerhin 35 000 DM bekommen hat, aber die Kollegen hier mit ihren Parteien nur 5 000 DM erhalten haben.

(Abg. Oettinger CDU: Sehr witzig, Herr Kollege!)

Also es ist doch eine Absurdität, dass eine Landesgesellschaft überhaupt auf die Idee kommt, in dieser Weise an eine Landespartei zu spenden.

Deswegen meine ich: Hören Sie nicht nur auf, sich von vorn und hinten von landeseigenen Betrieben bespenden zu lassen – das wurde ja jetzt beschlossen –, sondern geben Sie dieses Geld auch zurück.

(Abg. Haasis CDU: Wir haben doch ganz klar erklärt, dass wir keine Spenden mehr annehmen! Das ist doch absolut falsch, was Sie da behaupten! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Es gibt doch die schriftliche Erklärung!)

– Ich sage ja, Sie haben aufgehört. Aber jetzt können Sie das doch zurückzahlen.

(Abg. Haasis CDU: Das ist doch unglaublich, was Sie behaupten!)

– Herr Haasis, dann gehen wir mal weiter. Warum sagen denn Sie als Verantwortlicher für die Finanzen der CDU nicht, welche landeseigenen Betriebe oder landesbeteiligten Betriebe noch an die CDU gespendet haben?

(Abg. Haasis CDU: Wir haben keine weiteren Spenden mehr bekommen!)

Sie haben doch das Problem der ganzen Veranstaltung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Sie behaupten hier, wir ließen uns weiter spenden! Wir haben heute gesagt, dass wir keine weiteren Spenden mehr bekommen haben!)

Ich habe ein sehr gutes Gespür in den letzten Jahren entwickelt: Wenn die Wahrheit hier formuliert wird, dann jaulen Sie auf. Sie sind Spezialist für lautstarke Zwischenrufe, wenn der wunde Punkt getroffen ist.

(Abg. Haasis CDU: Von wegen! Sie haben behauptet, dass wir weitere Spenden haben, und wir haben gesagt, dass wir keine mehr haben!)

Deswegen fühle ich mich bestärkt von Ihnen, Herr Kollege Haasis.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(Kuhn)

Deswegen meine ich ganz einfach, eine Lösung sei, das Geld zurückzubezahlen und zu sagen, welche weiteren Betriebe – nicht die privaten, sondern die landesbeteiligten – an die CDU gespendet haben.

Ich gehe noch einen Schritt weiter in der Frage der Legitimität. Ich finde es auch eine Riesensauerei, was Herr Schaufler gemacht hat, wie die Spenden an den Reutlinger Fußballklub und an den Papst in Rom über die SWEG abgewickelt worden sind.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist eine scheinheilige Debatte!)

Ich bin der Meinung, dass Herr Schaufler dieses Geld aus seiner eigenen Schatulle an die SWEG zurückzahlen muss. Vielleicht ist da noch ein Funken Ehre vorhanden. Dann müsste dies geschehen.

(Abg. Birk CDU: Jetzt setzt sich der Kuhn gleich den Heiligenschein auf! – Abg. Weiser CDU: Oje!)

Es ist doch eine absolut lächerliche Veranstaltung, dass man zum Papst fliegt, da ein bisschen schöntun will, einem dann einfällt, dass auch Erwin Teufel schon einmal 10 000 DM rausgerückt hat,

(Abg. Oettinger CDU: 12 000, Herr Kollege!)

sodass das also wieder sein muss, und man dann an die Kasse der SWEG geht und sich aushelfen lässt. Das sind schöne Papstbesuche der christlich demokratischen Partei CDU!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Birk CDU: Sie würden halt auch ganz gern mal eine Audienz beim Papst bekommen! – Abg. Wieser CDU: Dass Sie nicht zum Papst gehen, ist mir klar!)

Meine Damen und Herren, Herr Oettinger, man kann doch auch einfach sagen: Das ist scheinheilig, was Sie da betreiben: Geld von anderen Leuten in Rom liegen lassen, das hier in der Verkehrspolitik des Landes fehlt, aber den Heiligenschein wollen Sie sich aufsetzen.

Also zahlen Sie das Geld jetzt zurück!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Birk CDU: Herr Kuhn, Karneval ist vorbei!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

Wir sind uns in diesem hohen Hause einig, dass es wenig Sinn macht, wenn landesbeteiligte Unternehmen Spenden an Parteien leisten. Die Diskussion dazu ist bereits im letzten Jahr in diesem Hause ausführlich geführt worden. Wir brauchen daher heute diesbezüglich aus meiner Sicht und

aus der Sicht der FDP/DVP-Landtagsfraktion keine neue Generaldebatte.

Was inhaltlich zu sagen war, ist gesagt: Keine Spenden von landesbeteiligten Unternehmen an Parteien!

(Beifall des Abg. Birzele SPD – Abg. Dr. Puchta SPD: Sehr gut!)

Die an den FDP/DVP-Kreisverband Ortenau einst gezahlte Spende in Höhe von 5 000 DM wurde zurückbezahlt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Auch sehr gut! – Abg. Nagel SPD: Wieser, zuhören! – Abg. Birk CDU: Wann habt ihr denn zurückbezahlt?)

Dies hielten wir für die richtige Reaktion.

(Lebhafte Unruhe)

– Dürfte ich einmal um Aufmerksamkeit bitten, Herr Professor.

(Abg. Birk CDU: Wann habt ihr zurückbezahlt? – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Dies hielten wir für die richtige Lösung.

(Abg. Birk CDU: Wann?)

– Die Spende wurde zurückbezahlt. Sonst würde ich hier nicht stehen. Ich zeige Ihnen nachher den Überweisungs-träger, Herr Birk.

Kollege Oettinger hat ja völlig zu Recht darauf hingewiesen – was für die CDU gilt, gilt natürlich auch für die FDP/DVP –: Der Landesverband kann den Kreisverbänden nicht einfach Weisung erteilen. Nachdem der Kreisverband Ortenau die Spende bekommen hat, gab es sofort, als die Diskussion hier im Hause aufkam, ein Telefonat zwischen Landesverband und Kreisverband. Dabei wurde vereinbart, die 5 000 DM umgehend zurückzubezahlen. Aber, wie gesagt, es gibt keine Weisungsmöglichkeit. Ich habe mich aber versichert, dass die Rücküberweisung tatsächlich erfolgt ist.

Wir hielten dies für die richtige Lösung. Wir schreiben allerdings, meine Damen und Herren, Herr Dr. Puchta, anderen Parteien nicht vor, wie sie sich in Bezug auf jene Zeit entscheiden und verhalten sollen, bevor in diesem Hause die gemeinsame Regelung getroffen wurde, von landesbeteiligten Unternehmen keine Parteispenden mehr anzunehmen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist ja noch perfider!)

– Das ist nicht noch perfider, sondern das ist eine Frage, Herr Kuhn, wie sich die jeweilige Partei entscheidet.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Sie sind gerne ein Moralapostel.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nichts gegen Apostel!)

(Kleinmann)

Ich bin Pfarrer und hoffe auf das Vertrauen der Menschen. Nicht mit der Macht, sondern mit dem Wort – so hat Luther gesagt – sollt ihr kämpfen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich will hier überzeugen, ohne dass ich einen Heiligenschein brauche. Das habe ich gar nicht nötig.

Wir, die FDP/DVP-Landtagsfraktion, lehnen daher den Antrag der SPD ab.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Lebhaftes Zurufe von der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Repräsentanten der Altparteien – und dabei kann man Sie im Ganzen sehen – haben in der Vergangenheit Landesbetriebe als Finanziers für eigene Interessen gesehen.

(Abg. Wieser CDU: Ihre Partei ist älter!)

Der frühere Umwelt- und Verkehrsminister hat uns deutlich vorgeführt, was zu tun ist, wenn man einen Landesbetrieb zum Selbstbedienungsladen macht.

(Anhaltende Unruhe)

Das wurde dann so gemacht: Ein Kabinettsmitglied hat die Mittel im Haushalt eingestellt, das andere Kabinettsmitglied hat diese gleichermaßen für einen Fußballverein, für sich selbst, für jemand anderes oder für den Papst herausgeholt. Das ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar.

(Anhaltende Unruhe)

Nicht hinnehmbar ist aber auch die Tatsache, dass jetzt die SPD, nachdem sie erwischt worden ist, 5 000 DM bekommen zu haben, dass die FDP/DVP, nachdem sie erwischt worden ist, 5 000 DM bekommen zu haben, und die Grünen erwischt worden sind, 1 000 DM von den Salzwerken bekommen zu haben, sich alle hier hinstellen und den Moralapostel spielen. Sie haben dieses Geld genommen! Spätestens nach der nächsten Sitzung, die Sie in Ihren Gremien hatten, hätten Sie dieses Geld wieder zurückzahlen müssen, wenn Sie wirklich solche Moralapostel wären.

Offen bleibt dabei noch die Frage, ob Sie überhaupt den Teil der staatlichen Parteienfinanzierung wieder zurückgeführt haben. Denn für 5 000 DM gibt es bekanntlicherweise 2 500 DM – zwar gedeckelte Masse – vom Staat. Die Frage ist, ob Sie diese Finanzierung zurückgeführt haben.

(Abg. Birzele SPD: Das ist falsch!)

Haben Sie überhaupt, Herr Birzele, eine so weiße Weste, wie Sie das gerne hätten? Sie sollten hier nicht so als Moralapostel auftreten. Die Einzigen, die in diesem Zusammenhang in Baden-Württemberg eine weiße Weste haben, sind die Republikaner.

(Beifall bei den Republikanern)

Deshalb, Herr Birzele, danken wir Ihnen für diese Debatte, bei der Sie wirklich den Menschen deutlich vorführen, dass

es in diesem Zusammenhang nur eine saubere Partei in Baden-Württemberg gibt.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben eine braune Weste, aber keine weiße!)

So ist das eben einmal.

Wir haben in der Vergangenheit zur Kenntnis genommen, dass man Leute gewähren lässt. Auch hierzu fordern wir Republikaner: Es darf nicht sein, dass sich Herr Schaufler leise und still aus dem Staub macht und sagt: „Was war, das war. Darüber diskutieren wir jetzt einfach nicht mehr.“ Dieses Geld, das er dem Papst geschenkt hat und das indirekt aus Landeskassen gekommen ist, gehört wieder zurück, und auch das, was der SSV Reutlingen unberechtigtweise bekommen hat, muss wieder zurückgegeben werden. Dafür hat der gute Mann Sorge zu tragen. Selbst wenn es juristisch in Ordnung geht, ist es moralisch nicht zu rechtfertigen, dass Herr Schaufler für eigene Zwecke Gelder einsammelt und der Staat an anderer Stelle wieder Zuschüsse für die spendenden Betriebe erhöhen muss.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Das geht nicht. Das ist nicht zu rechtfertigen, Herr Oettinger.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Das wissen Sie selbst. Da sollten Sie jetzt gar nicht so tun, als ob Sie dafür wären oder das akzeptieren könnten.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Das können Sie genauso wenig akzeptieren wie ich. Ich denke, eine so große Volkspartei wie die CDU hat es doch nicht nötig, sich wegen 35 000 DM in der Öffentlichkeit zu brüskieren.

(Zurufe, u. a. Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Es sind doch mehr!)

Vielmehr sollte man das Geld zurückgeben und einfach zeigen: Hier ist ein Fehler passiert; wir sind bereit, diesen Fehler zu korrigieren. Man sollte nicht nach dem Motto „Ruhig weiter so!“ vorgehen. Was sollen denn andere denken? Was sollen denn andere Leute machen, wenn Sie ihnen vorleben, was hier passiert? Herr Kraft hat eben in der Vergangenheit immer wieder die Gelegenheit geboten, an das zu kommen, woran man sonst nicht gekommen wäre. Sorgen Sie bitte dafür, dass das Geld wieder zurückgegeben wird.

Wir werden – das sage ich Ihnen auch klipp und klar – nicht locker lassen und werden Sie in der Öffentlichkeit immer wieder daran erinnern, dass hier etwas ist. Ich bitte aber auch Sie, Herr Kuhn, und Sie, Herr Birzele, wirklich einmal daran zu denken: Sie haben das Geld zuerst auch genommen, genauso wie die FDP/DVP.

(Abg. Wieser CDU: Da hat er Recht!)

Sie haben das Geld zuerst genommen und haben hinterher kalte Füße bekommen, weil Öffentlichkeit da war. Und jetzt versuchen Sie, hier den Saubermann zu spielen. Aber erst einmal dabei, heißt drin zu sein, und so schnell kommen Sie aus der Sache überhaupt nicht heraus.

(Rapp)

Der Appell von uns Republikanern, zukünftig allen öffentlichen Einrichtungen und allen Landesbetrieben zu verbieten, solche Spenden zu leisten, ist das Erste. Das Zweite ist aber die Forderung, erhaltene Mittel zurückzuzahlen. Wir können uns solche Spenden landesbeteiligter Unternehmen bei der maroden Haushaltssituation, die wir haben, nicht leisten. In wenigen Tagen wird uns der Finanzminister wieder sagen, wie arm dieses Land ist. Deshalb muss in diesem Zusammenhang etwas passieren. Rückzahlung ist angesagt. Meine Damen und Herren, tun Sie Ihren Teil!

Dann möchte ich noch an eines erinnern: Wir Republikaner haben in diesem Zusammenhang – da lief ja auch noch eine Honoraraffäre voraus, bei der man wieder einmal 5 000 DM in die eigene Tasche gesteckt hat – einen Antrag eingebracht, der besagt: Der Landesrechnungshof möge die Landesbetriebe und die landesbeteiligten Betriebe dahingehend untersuchen, ob in diesem Zusammenhang Weiteres passiert ist. Ich bitte Sie, wenn der Antrag kommt, wenn Sie alle solche Saubermänner sind, Herr Birzele, Herr Kuhn und Herr Pfister: Unterstützen Sie diesen Antrag. Dann sehen wir, was in der Vergangenheit wirklich war, und dann können wir in der Zukunft mehr verhindern.

Danke schön.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Diskussion hat wieder einmal gezeigt, wie man eine klare Sache mit ständig wiederholten unklaren Argumenten in ein schiefes Licht bringen kann. Es ist doch eine Tatsache, dass alle Parteien mit Ausnahme der Republikaner Spenden von landesbeteiligten Unternehmen bekommen haben. Die Republikaner haben sie deshalb nicht angenommen, weil sie nicht in Versuchung geführt worden sind.

(Lachen bei den Republikanern – Abg. Rapp REP: Woher wissen Sie das? – Abg. Wieser CDU: Was, die haben nichts gekriegt? – Unruhe)

– Ich nehme das an. – All diese Spenden, und keineswegs nur die Spenden an die CDU, gingen damals rechtlich in Ordnung. Landesbeteiligte Unternehmen sind wie alle anderen Wirtschaftsunternehmen nicht daran gehindert, Parteispenden zu geben.

Wichtig ist mir noch der Hinweis, dass die SWEG zumindest zu dem Zeitpunkt, zu dem die SWEG diese Parteispenden gegeben hat, keineswegs Landeskonzernzuschüsse bekommen hat. ÖPNV-Zuschüsse sind etwas anderes, die bekommen alle Unternehmen. Landeskonzernzuschüsse hat die SWEG zu diesem Zeitpunkt nicht bekommen.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Worum geht es also? Der SPD geht es offensichtlich darum, die CDU anzuprangern, weil diese nicht bereit ist, die Spenden zurückzuzahlen. Die SPD rühmt sich dagegen, zu-

rückgezahlt zu haben. Das stimmt zwar. Aber wann hat sie zurückgezahlt, und warum hat sie zurückgezahlt?

Die Rückzahlung der im Jahre 1996 empfangenen Spenden erfolgte erst im Mai 1998.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, und?)

Daraus kann ich nur einen Schluss ziehen: Die Organisationen der SPD hatten über zwei Jahre hinweg keinerlei Skrupel, die Spende des landesbeteiligten Unternehmens entgegenzunehmen und für eigene Zwecke zu verwenden.

Herr Kuhn, Sie haben vorhin besonders harte Worte gefunden. Zwei Jahre lang hätten sie allerdings auch für Sie gegolten. Sie haben gesagt, dass es eine Sauerei war. Aber auch Sie haben die Spenden angenommen, und Sie haben zwei Jahre lang damit gearbeitet.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Keine Spenden, nein, nein! Eine Spende!)

– Gut, Sie haben die eine Spende angenommen, und Sie haben damit zwei Jahre lang gearbeitet. Zumindest für diese zwei Jahre hat also für Sie das Gleiche gegolten.

Ich bin der Meinung, hier wird ganz deutlich, dass man die CDU instrumental als unsauber an die Wand stellen will.

(Abg. Brechtken SPD: Einfach zurückzahlen! Dann ist alles erledigt!)

Alle anderen haben das Gleiche gemacht und haben erst reagiert, als die Sache in der Öffentlichkeit angeprangert worden ist.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Ihr reagiert gar nicht!)

Meine Damen und Herren, halten Sie bitte auch der Landesregierung nicht vor, sie habe erst aufgrund der öffentlichen Kritik reagiert.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich!)

Ich bleibe dabei: Parteispenden landesbeteiligter Unternehmen sind rechtlich zulässig. Wenn wir diese Unternehmen und ihre Aufsichtsgremien gleichwohl gebeten haben, solche Spenden künftig nicht mehr zu tätigen, dann ausschließlich deshalb, weil wir – auch in unser aller Interesse – diese unwürdige Diskussion nicht länger mitmachen wollen. Wir wollen damit keinem politischen Gegner, von welcher Seite auch immer, nochmals die Gelegenheit geben, auf die die Regierung tragenden Parteien schlagzeilenträchtig mit dem Finger zu zeigen.

(Abg. Brechtken SPD: Eine tolle Begründung!)

Nun zu Ihrer konkreten Forderung, die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass die CDU die Spenden zurückzahlt. Sie wissen ganz genau, meine Damen und Herren, dass die Landesregierung dies nicht kann. Wenn Sie wollen, dass die CDU die Spenden zurückzahlt, sollten Sie sich direkt an die Parteispitze der CDU wenden.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ich verstehe auch nicht, dass Sie dazu reden! Das verstehe ich nicht!)

(Minister Stratthaus)

Bedenken Sie dabei allerdings, dass Herr Kauder zu diesem Thema bereits alles gesagt hat und insbesondere klar gestellt hat,

(Abg. Drexler SPD: Deshalb der Abänderungsantrag!)

dass die von Ihnen heute so sehr kritisierten Spenden, die Sie Ihrerseits über zwei Jahre hinweg ganz skrupellos akzeptiert haben, nicht zurückgezahlt werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf eines aufmerksam machen. Dem Herrn Finanzminister ist es offensichtlich entgangen, dass der Landtag durch den korrigierten Änderungsantrag an die politischen Parteien appellieren soll. Warum ein solcher Antrag illegitim sein soll, ist das besondere Geheimnis von Herrn Oettinger.

Der Landtag hat die Interessen des Landes wahrzunehmen. Es geht bei landesbeteiligten Unternehmen um die Interessen des Landes. Deshalb ist der Landtag durchaus berechtigt, eine solche Entschließung zu fassen.

Herr Oettinger hat versucht, einen Papiertiger aufzubauen, um ihn dann wieder zu zerstören. Ich fühle mich ja geradezu als Parteienfeind, wenn ich das höre, was Herr Oettinger über mich sagt.

(Abg. Birk CDU: Diesen Eindruck kann man gewinnen!)

Deshalb, meine Damen und Herren, sage ich zu Ohren aller, die hören wollen – aber viele von Ihnen wollen nicht hören –: Parteispenden sind notwendig. Sie werden vom Parteiengesetz ausdrücklich erwähnt und vorausgesetzt. Sie werden sogar – insoweit haben Sie sich getäuscht, Herr Rapp – unterstützt, wenn es sich um Parteispenden natürlicher Personen handelt. Nur da und nicht bei juristischen Personen gibt es den Zuschuss bei Zuwendungen von bis zu 6 000 DM.

(Abg. Deuschle REP: Das ist doch das Hauptproblem, Herr Birzele! – Zuruf von der SPD: Der Rapp hat keine Ahnung!)

Parteispenden sind also notwendig. Nun stellt sich aber eine Frage. Wenn die Landesregierung im Juni 1998 – das habe ich alles ausdrücklich erwähnt – beschließt, die Landesunternehmen aufzufordern, keine Parteispenden mehr zu leisten, und ausdrücklich erklärt, sie halte Parteispenden nicht für angebracht, dann muss doch einmal die Frage beantwortet werden, warum Parteispenden ab Juni 1998 nicht angebracht, vorher aber durchaus legitim und richtig gewesen sein sollen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Dieser Schluss muss hier noch einmal dargelegt werden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist es notwendig – der Herr Finanzminister hat dazu leider nichts gesagt –, dass diese Zahlungen zurückgeleistet werden.

Übrigens, zu der Behauptung, während der Zeit, in der die SWEG Landeszuschüsse erhalten habe, habe die CDU keine Parteispenden erhalten: Sie lesen offensichtlich Ihre Stellungnahmen nicht.

(Heiterkeit des Abg. Deuschle REP)

Ich will Ihnen das einmal darlegen: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/3164: Da heißt es, unterzeichnet von Herrn Staatssekretär Rückert:

. . . An politische Parteien hat die SWEG in den Jahren 1994, 1995 und 1997 an die CDU jeweils 10 000 DM und im Jahr 1996 an die CDU, die SPD und die FDP je 5 000 DM gespendet.

In Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag Drucksache 12/3162 steht: Kapitalzuführungen, also echte Zuführungen des Landes: 1990 5 Millionen DM; 1990 Darlehensverzicht 3,6 Millionen DM, 1992 10 Millionen DM, 1993 10 Millionen DM, 1995 4 Millionen DM. – Eindeutiger Widerspruch!

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Lesen Sie deshalb wenigstens Ihre eigenen Stellungnahmen sorgfältig!

Letzte Bemerkung: Wir haben bewusst formuliert, dass der Landtag die Parteien auffordert, weil es völlig richtig ist, dass keine Partei letztendlich präzise sagen kann, was untere Gliederungen eingenommen haben. Deshalb ist dies auch eine Selbstverpflichtung, auch für die SPD, und ich nehme an, ich kann das genauso sagen für den Kollegen Kuhn und für den Kollegen Pfister für die Partei Bündnis 90/Die Grünen und für die FDP/DVP.

(Abg. Haas CDU: Brauchen Sie nicht!)

Aber gerade wenn es um Gliederungen geht, will ich nur noch darauf hinweisen: Der Bezirksgeschäftsführer dort, wo die Spende hingegangen ist, ist Kollege Rau, und Kreisvorsitzender dort ist Kollege Stächele.

(Heiterkeit des Abg. Maurer SPD)

Also, meine Damen und Herren, geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will gern noch einmal auf die eine Spende aus dem Jahr 1992, glaube ich, 1 000 DM von der

(Kuhn)

Salzwerke AG in Heilbronn, eingehen, die meine Partei angenommen hat.

(Zurufe von den Republikanern: Aha!)

– Ja, selbstverständlich. – Ich will ganz deutlich sagen, dass diese Spende und das Annehmen dieser Spende nicht in Ordnung waren.

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

Ich wusste von der Spende nichts;

(Abg. Deuschle REP: Das sagt jeder!)

ich habe es im Zusammenhang mit den Diskussionen jetzt erfahren. Daraufhin hat meine Partei das Geld zurückgezahlt. Aber solche Spenden landeseigener Betriebe – übrigens zu Zeitpunkten, in denen es auch politische Debatten über die Frage gab, ob Sondermüll in Salzbergwerke eingelagert werden soll; das war ja hier im Haus eine politische Debatte – und auch die Annahme solcher Spenden sind selbstverständlich nicht in Ordnung. Ich will das ganz deutlich für meine Partei sagen. Das war nicht in Ordnung. Wir haben es sofort zurückgezahlt, und damit ist für uns die Geschichte vom Tisch. Wir haben daraus aber die Lehre gezogen, dass so etwas nicht mehr geschieht, und auch die Kreisverbände aufgefordert, Spenden dieser Art von landesbeteiligten Betrieben nicht mehr anzunehmen.

Selbstverständlich kann man Fehler machen – und wir haben da einen Fehler gemacht, wie alle anderen auch –, aber ein entscheidender Punkt ist schon, ob man Fehler korrigiert oder ob man sie nicht korrigiert. Da gibt es einen gewissen Unterschied in diesem Haus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/3812, in der berichtigten Fassung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Unruhe und Zurufe)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt. Der Antrag Drucksache 12/3285 ist damit erledigt.

Punkt 4 der Tagesordnung ist abgeschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung – Fragestunde – wird nach der Mittagspause aufgerufen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

- a) **Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Innenministeriums – Einbürgerung ausländischer Straftäter – Drucksache 12/1025**
- b) **Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Innenministeriums – Unrechtmäßige Einbürgerungen – Drucksache 12/1311**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b fünf Minuten, für die Aussprache zu a und b fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Käs.

Abg. Käs REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Darf ich um Ruhe bitten.

Abg. Käs REP: Die Beantwortung unserer beiden Anträge liegt mittlerweile zwei Jahre zurück. Dennoch sind diese beiden Anträge von einer ganz erheblichen aktuellen Bedeutung, denn sie treffen nun genau in die politische Diskussion über die doppelte Staatsangehörigkeit bzw. die erleichterte Einbürgerung einer großen Zahl hier lebender Ausländer.

An diesen beiden Anträgen wird sehr schön sichtbar, wie die bisherige Rechtslage ist und wie sich die Landesregierung von Baden-Württemberg vor zwei Jahren zu dieser Sachlage gestellt hat und bis heute stellt.

Wir müssen uns bei der Einbürgerungsproblematik, bei der Frage des Doppelpasses bzw. der erleichterten Einbürgerung durch verstärktes Zulassen des Doppelpasses vergegenwärtigen, dass wir in Deutschland bereits ungefähr 2 Millionen Personen haben – –

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Moment, Herr Käs. – Meine Damen und Herren, darf ich bitten, die Gespräche im Saal einzustellen. Diejenigen, die unbedingt miteinander reden wollen, sollen bitte nach draußen gehen.

Bitte schön, Herr Abg. Käs.

Abg. Käs REP: Wir haben also die Problematik der Masseneinbürgerung durch Erleichterung der doppelten Staatsbürgerschaft. Dies ist nicht unmittelbar Gegenstand dieser beiden Anträge. Ich möchte aber für meine Fraktion an dieser Stelle noch einmal bekräftigen, dass wir entsprechenden Bestrebungen zu einer Gesetzesänderung in dieser Richtung, wie sie von der aktuellen Bundesregierung in Bonn vorgenommen worden sind bzw. jetzt mit Abstrichen immer noch geplant sind, entschieden entgegenzutreten wollen.

(Beifall bei den Republikanern)

Bei den beiden Anträgen, die konkret vorliegen, geht es zum einen um die Einbürgerung krimineller Ausländer und zum anderen um die Erschleichung der doppelten Staatsbürgerschaft von vornherein mit der Absicht, hinterher die alte, eigene Staatsangehörigkeit wieder zurückzuerwerben.

Zunächst zur Einbürgerung krimineller Ausländer. Hierzu ist die Stellungnahme der Landesregierung insofern bezeichnend, als aufgrund der gegenwärtigen Gesetzeslage eine Einbürgerung krimineller Ausländer viel zu leicht möglich ist. Meine Damen und Herren, wir müssen – und da sind eigentlich alle hier einer Meinung, wenn man es so

(Käs)

hört – sicherstellen, dass Einbürgerungen krimineller Personen nach Baden-Württemberg bzw. nach Deutschland grundsätzlich – wenigstens im Prinzip – nicht möglich sein sollen. Denn wir erwarten von den Leuten, die zu uns kommen, dass sie sich in die hiesigen Verhältnisse einfügen, dass sie sich insbesondere an unsere Gesetze halten und sich nicht durch Straftaten, die nicht selten schon in Deutschland während der Phase vor der Einbürgerung begangen worden sind, von vornherein als gesetzeswidrig handelnde Personen darstellen.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Rechtslage – das ist nun eine Sache, die den Landtag nur mittelbar betrifft, aber in die allgemeine politische Diskussion zu dieser Problematik gehört – ist zu großzügig. Es muss daher auch vonseiten der Landesregierung darauf hingewirkt werden, dass diese Gesetzeslage geändert wird.

Bei dieser Gelegenheit fällt einem aber auch auf, wie weit die tatsächliche Position und Arbeit der Landesregierung bzw. der CDU von deren Äußerungen draußen auf der Straße entfernt sind, hatten doch die Bundesregierung in Bonn und die Landesregierung in Baden-Württemberg jahrelang Zeit, dafür zu sorgen, dass die entsprechenden gesetzlichen Regelungen vorgenommen werden, um eine leichte Einbürgerung krimineller Ausländer zu verhindern.

Es gibt aber noch eine Ebene darunter, die administrative. Auch hier geht man viel zu nachlässig, viel zu großzügig im Bereich der Ermessenseinbürgerung mit der Einbürgerung krimineller Ausländer um. Es ist eine sehr bezeichnende Stellungnahme, die man in der Drucksache 12/1025 zu dieser Problematik nachlesen kann.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Unglaublich!)

Der andere Aspekt ist die Erschleichung der doppelten Staatsbürgerschaft. Wir hatten in Stuttgart vor einiger Zeit – das ging auch durch die Presse – den Fall Acbulut, eine Türkin, die am Ende, nachdem sie Deutsche geworden war, darauf hingewiesen hat, dass sie nun wieder Türkin und damit im Besitz zweier Pässe sei.

Wir haben – ich sagte es eingangs schon – ungefähr 2 Millionen Doppelstaater. Darunter sind aufgrund der nachlässigen Erhebung solcher Fälle eine ganze Reihe von nicht näher bezifferbaren Personen, die hier aufgrund des Missbrauchs einer großzügigen Handhabung seitens der Landesregierung Doppelstaater sind.

Ich möchte aus der Drucksache 12/1311 die entsprechende Passage der Stellungnahme der Landesregierung zitieren:

Die Überprüfung aller in Baden-Württemberg seit dem 3. Oktober 1990 erfolgten Einbürgerungen von Ausländern auf einen etwaigen Wiedererwerb der früheren Staatsangehörigkeit wäre mit unvertretbarem Aufwand verbunden. Da die infrage kommenden Einbürgerungsvorgänge nicht gesondert abgelegt werden, müssten zunächst sämtliche in Baden-Württemberg . . . vollzogenen Einbürgerungen in die Überprüfung einbezogen werden.

Weiter unten heißt es:

Es ließe sich für die Fälle, in denen kein Anhaltspunkt dafür gegeben ist, dass deutsche Behörden getäuscht worden sind, kaum rechtfertigen.

Dazu will ich zweierlei sagen: Erstens wird hier sichtbar, wie weit die Argumentation der CDU bei ihrer Unterschriftenaktion von der Realität der aktiven Politik entfernt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Es beschleicht einen der Eindruck, dass die CDU draußen das genaue Gegenteil dessen sagt, was sie real macht: in dieser Sache nämlich nichts, ausweislich der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 12/1311.

Wenn es am Schluss der Stellungnahme zu Ziffer 1 des Antrags Drucksache 12/1311 heißt „Es ließe sich für die Fälle, in denen kein Anhaltspunkt dafür gegeben ist . . .“, frage ich Sie, Herr Minister: Wie soll man einen Anhaltspunkt finden, wenn man diese Vorgänge nicht im Einzelnen so aufbereitet, dass Anhaltspunkte überhaupt gesehen werden können? Sie können doch nicht die Augen schließen und sagen: Ich sehe nichts, und deshalb mache ich nichts.

Herr Minister, ich würde mich freuen, wenn Sie dazu ein paar Äußerungen machen würden und insbesondere darstellen würden, dass das, was Sie den Bürgern draußen versprechen, auch der tatsächlichen Arbeit der Landesregierung entspricht.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schmid.

Abg. Roland Schmid CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Beratung der beiden vorliegenden Anträge gibt zunächst einmal Anlass zu der Feststellung, dass eine große Mehrheit in unserem Land und in unseren Parlamenten eine umfassende Reform des geltenden Staatsbürgerschaftsrechts anstrebt. Im Übrigen hat es schon in der Vergangenheit nie gesetzgeberischen Stillstand gegeben. Es sind, wie auf vielen anderen Rechtsgebieten, immer wieder Anpassungen vorgenommen worden – so, wie sich die Lebenswirklichkeit entwickelt hat. Deshalb trifft es nicht zu, dass sich in diesem Bereich in den letzten Jahren kaum etwas geändert habe. Der Name ist gleich geblieben, aber inhaltlich hat sich auf diesem Rechtsgebiet durchaus sehr viel verändert.

(Abg. Hehn CDU: So ist es! Das wollen die nicht wissen!)

So haben wir bereits heute eine weit reichende Erleichterung der Einbürgerung. Die CDU ist auch zu weiteren Schritten bereit. Zu diesem Gesamtbereich liegen ja verschiedene Konzepte der Parteien vor, die sich allerdings in wichtigen Punkten unterscheiden. Da gibt es unterschiedliche Antworten und Schwerpunkte. Mit dieser Reform sind auch die Teilprobleme, die von den Antragstellern angesprochen worden sind, zu regeln.

(Roland Schmid)

Ich möchte deshalb für die CDU noch einmal betonen: Wir sehen die Einbürgerung als Schlusspunkt eines Eingliederungsprozesses, der sich über eine gewisse Zeit – nicht zu kurz, sondern eine angemessene Zeit – entwickelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir betonen – wir haben das in den letzten Monaten auch immer wieder dargelegt – die Integration als Zuwendung zu diesem Land, seiner Sprache und seiner Gesellschaft. Wenn man Integration als Prozess erreichen will, bedarf es eben auch der angesprochenen angemessenen Aufenthaltszeiten, während derer sich die Eingliederung in den Alltag in Deutschland vollziehen kann.

Eine Versagung der Einbürgerung kommt eigentlich doch nur dann in Betracht, wenn sich das Einbürgerungsziel nicht mehr erreichen lässt.

Das Ausländerrecht und das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz geben für diese Frage die Rahmenbedingungen wieder. Neben dem langjährigen Aufenthalt spielt nämlich selbstverständlich auch – das zieht sich durch die ganze Rechtsregelung hindurch – die Beachtung von Recht und Ordnung eine große Rolle. Das heißt, man fragt schon, wie sich der Bewerber in dieser Zeit verhalten hat, was er getan hat und wie sein Lebensweg und sein Persönlichkeitsbild sind.

Nicht ganz klar ist uns eigentlich, was die Antragsteller wirklich wollen. Das schreiben diese ja in dem Antrag nicht. Sie schreiben nicht: Wir wollen eine makellose, weiße Weste des Bewerbers, wir wollen bessere Deutsche als diejenigen, die schon vorhanden sind. Was wollen Sie eigentlich? Das zu schreiben haben Sie vermieden, was ich sehr bedaure.

Wir als CDU wissen dagegen sehr genau, was wir wollen. Wir wollen nämlich die Einbürgerung an der Lebenswirklichkeit ausrichten. Wir wissen ganz genau, dass ein konfliktfreies Leben, ein fehlerfreies Verhalten über 15 Jahre zwar möglich ist, aber nicht in allen Fällen vorkommt, übrigens auch nicht bei den Deutschen.

Deshalb stellt sich schon die Frage: Soll es in jedem Fall ohne weitere Frage und Prüfung zum Aus für die Einbürgerung führen, wenn jemand straffällig geworden ist? Und kann es sein, dass ich dann, wenn ich vor zehn Jahren einmal ein Verkehrsdelikt begangen habe, die deutsche Staatsbürgerschaft nicht bekommen soll, obwohl ich 15 Jahre hier wohne?

Ich glaube, es ist richtig, einmaliges Fehlverhalten oder geringfügige Rechtsverstöße, die es nach dem Gesetz gibt, auch als solche zu nehmen und die Einbürgerung deshalb nicht zu versagen. Man kann da nicht wie beim Computer immer nur mit Ja oder Nein antworten, sondern man muss das Gesamtbild des Bewerbers zugrunde legen und auch den notwendigen Raum für Individualität lassen.

(Beifall bei der CDU)

Das zweite Problem, das die Antragsteller ansprechen, wollen wir natürlich auch im Rahmen der Reform lösen. Die Position der CDU ist klar. Wir wollen am Grundsatz festhalten, Mehrstaatigkeit zu vermeiden. Und in diesem

Zusammenhang will ich einfach einmal betonen: Es wird immer wieder gesagt, wir hätten ja schon 2 Millionen Mehrstaater. Das ist nicht wahr. Wenn man sich die Zahlen einmal anschaut, ergibt sich, dass es 500 000 sind.

(Abg. Käs REP: Woher wissen Sie das? – Abg. Heiler SPD: Es sind mehr!)

– Wenn Sie die Zahlen anschauen und vergleichen und da einen Strich ziehen und zusammenzählen, kommen Sie, wenn Sie richtig zusammenzählen können, auf etwa 500 000. Und dann muss man noch schauen, woher die kommen. Ich habe mir die Zahlen geben lassen.

(Abg. Heiler SPD: Das stimmt nicht ganz!)

Ich gehe doch nicht unbedarft in eine solche Debatte.

Wenn man das alles zusammennimmt, weiß man, dass hier von mancher Seite eine Debatte losgetreten wird, die nicht in Ordnung ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Heiler SPD: Ihre Adoptionsformel stimmt hinten und vorne nicht!)

Jedenfalls ist für die CDU klar, dass wir es nicht in Ordnung finden, wenn jemand die Einbürgerung mit der Absicht des nachfolgenden Rückerwerbs der alten Staatsbürgerschaft betreibt. Das akzeptieren wir nicht, und schon nach heutigem Recht schützt im Übrigen Artikel 16 Abs. 1 des Grundgesetzes die erschlizierte Einbürgerung nicht. Man kann sie entziehen. Die Staatsbürgerschaft ist ein hohes Schutzgut. Wir wollen dies bei der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts noch konkreter fassen, und wir wollen, dass jemand, der freiwillig eine andere Staatsbürgerschaft erwirbt, automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft verliert.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Redling.

Abg. Redling SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die beiden vorliegenden Anträge der Republikaner fügen sich in die Reihe der Anträge ein, die wir in letzter Zeit hier immer wieder erhalten. Sie dokumentieren eine tumbe Ausländerfeindlichkeit.

(Abg. Käs REP: Ja, ja! Wir wissen ja, was Sie fordern!)

Gestern haben wir es von Herrn Käs gehört, als es um die Enquetekommission ging.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben es heute wieder gehört. Eines stelle ich bei den Anträgen der Republikaner in letzter Zeit auch noch fest, nämlich dass sich die Angriffe verstärkt gegen den Staat und seine Organe und Institutionen, gegen die Beamten richten. Aber auch dies kennen wir aus der deutschen Geschichte zur Genüge.

(Abg. Deuschle REP und Abg. Käs REP: Oh ja, ausgerechnet Sie!)

(Redling)

Die geheime Staatspolizei, die geheime Parteipolizei der Republikaner hat, wie es in der Begründung des Antrags heißt, Kenntnisse über angebliche Behörden, die gegen Gesetzesverstöße nicht entschieden vorgehen oder, wie es auch heißt, auch straffällig gewordene Ausländer in den deutschen Staatsverband aufnehmen, obwohl die belastenden Umstände den Behörden bekannt waren. Man wirft also den einzelnen Beamten, allerdings ohne Ross und Reiter zu nennen, vor, gegen Gesetze zu verstoßen, und dies ganz bewusst und absichtlich. Hier geht man nach der Devise vor: Irgendetwas wird an denen schon hängen bleiben, und wir, die Republikaner, haben unser Ziel erreicht.

Bedenkt man, dass Einbürgerungen nach der gesetzlichen Lage unter der Voraussetzung erfolgen, dass es sich um keine Straftäter handelt, dass es unter ganz engen Voraussetzungen, nämlich diesen 180 Tagessätzen, noch möglich ist, dass jemand deutscher Staatsbürger wird, glaube ich, dass man nicht davon sprechen kann, Straftäter erhielten bei uns großzügig die deutsche Staatsbürgerschaft.

Da die Türken in der Begründung als besondere Gruppe genannt wurden, möchte ich sagen: Es scheint den Republikanern bisher entgangen zu sein, dass aus der Situation heraus, dass Türken bei Aufgabe ihrer Staatsbürgerschaft bestimmte zivile Rechte nicht mehr hatten, zum Beispiel auch nicht mehr erben konnten, man für diese Fälle in der Türkei eine besondere gesetzliche Regelung gefunden hat. Das heißt aber nicht, dass die Türken jetzt noch die volle Staatsbürgerschaft haben.

Zu der Absicht, die die neue Bundesregierung bei ihrem Entwurf hatte, in dem vorgesehen war, die doppelte Staatsbürgerschaft zu verleihen, muss man feststellen, obwohl dieser Vorschlag nicht mehr in der Diskussion ist, dass auch unter diesen Voraussetzungen Straftäter nicht den Anspruch gehabt hätten, eingebürgert zu werden, dass auch dort die Grenze war, dass die kleineren Straftaten unbeachtlich sind.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Aber die Grenze ist entscheidend!)

In dem Entwurf der rot-grünen Bundesregierung war zum Beispiel enthalten, dass jemand, der Sozialhilfe bekommt, nicht eingebürgert wird. Das wäre sogar eine Verschärfung gegenüber der jetzigen Rechtslage.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Was ist, wenn er nach der Einbürgerung sozialhilfeberechtigt ist? Das kann man ja konstruieren!)

Zwischen den demokratischen Parteien, Herr Schmid, besteht ein Dissens in der Frage: Ist die deutsche Staatsbürgerschaft bei der infrage kommenden Gruppe von Menschen das Ende der Integration oder ein Mittel, um die Integration zu fördern?

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Aber nicht das alleinige!)

Hier unterscheiden wir uns. Wir glauben, dass man jenen Menschen, die schon lange bei uns leben, die unsere Rechtsordnung akzeptieren, die bei uns zum Volksvermögen beitragen, auch die Möglichkeit geben muss, deutsche Staatsbürger zu werden,

(Abg. Ingrid Blank CDU: Haben wir doch! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das bestreiten wir ja gar nicht!)

ohne in jedem Falle die andere Staatsangehörigkeit abgeben zu müssen.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Von 16 bis 23 Jahren kann man sich einbürgern lassen, wenn man acht Jahre hier ist!)

Ich glaube, dies ist ein richtiger Weg, auch wenn Sie, genau wie bei der letzten Diskussion darüber, geifern.

Jedenfalls wird die Bundesregierung eine vernünftige Regelung vorschlagen, die, glaube ich, dem dient, was Sie haben wollen, nämlich eine bessere Integration der hier lebenden Ausländer.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Thon.

Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch heute nützen die Republikaner die Plenarsitzung wieder dazu, über ihre Lieblingsthemen zu reden, Kriminalität und Ausländer, und besonders gern in dieser Verbindung.

(Abg. König REP: Ihr würdet es weiter tabuisieren!)

Ich stelle zunächst fest: Obwohl seit Stellung der Anträge zwei Jahre vergangen sind

(Abg. Deuschle REP: Macht nichts aus!)

und nach Zahlen von 1990 gefragt wird – es soll ermittelt werden, wie viel Eingebürgerte mit Mehrstaatigkeit es gibt –, ist seitdem eigentlich nichts Schlimmes hier bei uns im Land passiert.

(Abg. Deuschle REP: Was ist mit den Krawallen?)

Es ist also so, dass die Gefahr, die angeblich von diesen Doppelstaatern ausgeht, wohl doch etwas zu hoch gehängt wird.

Ich behaupte weiter: Einbürgerungen, und zwar erleichterte Einbürgerungen, voranzutreiben ist ein wichtiges integrationspolitisches Zeichen. Dazu gibt es bei allen im Bundestag vertretenen Parteien befürwortende Stimmen. Auch Herr Schmid hat es in seiner Rede angesprochen.

Wenn wir also davon ausgehen, dass über 50 % der bei uns lebenden Nichtdeutschen über zehn Jahre hier sind, viele noch wesentlich länger, dann handelt es sich dabei inzwischen um Einwanderer. Es ist auch wichtig, diesen Begriff zu verwenden und nicht immer weiter von Ausländern zu sprechen. Darin besteht auch ein hoher integrationspolitischer Wert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(Renate Thon)

Die 13. Legislaturperiode im Deutschen Bundestag sollte ja eine umfassende Reform des Staatsangehörigkeitsrechts bringen.

(Zuruf des Abg. Hehn CDU)

Es ist leider nichts umgesetzt worden. Ich sage sogar: Das Gegenteil war der Fall. Mit der Einführung der Kinderversumspflicht hat man ein integrationsfeindliches Zeichen von hoher Symbolkraft bei den hier lebenden Nichtdeutschen gesetzt. Sie wissen alle, dass es dazu auch Kritik aus den Reihen der CDU gab.

Man kann ja innerhalb der im Bundestag vertretenen Parteien durchaus über die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts geteilter Meinung sein. Dass aber die neue Bundesregierung dieses wichtige politische Ziel endlich energisch angeht,

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

ist ihr sehr hoch anzurechnen, auch wenn dabei vielleicht Fehler gemacht wurden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Klar ist beim vorgelegten Entwurf, der ja derzeit überarbeitet wird, dass Straffälligkeit einer Einbürgerung entgegensteht. Herr Kollege Redling hat dazu schon Ausführungen gemacht. Es kann also keine Rede davon sein, wie es die Reps gerne darstellen, dass jeder kommen kann und eingebürgert wird. Ich habe neulich die Chance gehabt, einen Kollegen hier vor einer Schulklasse so reden zu hören.

Im Übrigen verweise ich auf die jeweiligen Stellungnahmen der Landesregierung, in denen ebenfalls dargelegt wird, welche Straftatbestände und welche Strafhöhen einer Einbürgerung entgegenstehen.

Außerdem erwecken die Reps in der Begründung ihres Antrags den Eindruck, als handelten die Behörden hier in Baden-Württemberg völlig willkürlich und hielten sich an überhaupt keine Vorschriften.

(Zuruf des Abg. Redling SPD)

Auch Herr Redling hat schon in diesem Sinne gesprochen.

(Abg. Wilhelm REP: Das ist nicht gerade das Intelligenteste, was Herr Redling sagt!)

Ich hoffe, dass der Herr Innenminister diesem Eindruck noch entgegengetreten wird.

Abschließend möchte ich aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 20. August 1998 aus einem Artikel von Günter Apel zitieren:

Wenn sie isoliert bleiben, die auf Dauer in Deutschland wohnenden „Ausländer“, ist dies nicht nur für sie selbst, sondern auch für die deutsche Mehrheitsbevölkerung von Nachteil. Integration liegt im beidseitigen Interesse; sie sollte allerdings nicht zum Zwang entarten, die besondere Identität gänzlich aufzugeben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kluck.

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unter dem Mäntelchen der Sorge um die innere Sicherheit in unserem Land wird hier wieder einmal versucht, Neubürger ganz generell in den Geruch der Kriminalität zu bringen.

(Lebhafte Zurufe von den Republikanern, u. a.: „Neubürger“!)

– Jawohl, Neubürger. – Deswegen werden erfolgte Einbürgerungen – wenn jemand eingebürgert ist, ist er ein Neubürger, was denn sonst –

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

mit dem Etikett „unrechtmäßig“ versehen, und den zuständigen Beamtinnen und Beamten wird gleichzeitig unterstellt, beim Prüfen von Einbürgerungsanträgen ihre Pflichten verletzt zu haben. Beides ist zutiefst unanständig und kann nur auf dem Mist gewachsen sein, der da drüben bei Ihnen produziert wird.

Ich bewundere das Innenministerium, dass es sich dennoch um eine sachliche Stellungnahme bemüht hat. Sie lässt eigentlich keine Fragen offen. Wir hätten das hier gar nicht mehr diskutieren müssen.

Die Landesregierung hat in der Stellungnahme noch einmal klargestellt, dass bei Einbürgerungen besonders strenge Maßstäbe angelegt werden, indem lediglich eine Verurteilung zu einer Geldstrafe von nicht mehr als zehn Tagessätzen als geringfügig angesehen wird. Es gibt also gar keinen Anlass zur Panikmache.

Das Problem der doppelten Staatsangehörigkeit ist doch bei uns im Lande gar keines. 1996 erfolgten insgesamt 11 758 Einbürgerungen. Von diesen Neubürgern behielten 1 855 ihre vorherige Staatsangehörigkeit bei.

(Abg. Capezzuto SPD: Wie Herr Krisch auch!)

– Ja. – Das wurde vorwiegend hingenommen, weil sich das Herkunftsland weigerte, die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit zu beurkunden. Wir wissen, dass das beispielsweise der Iran grundsätzlich nicht macht. Wir wissen aber auch, dass lateinamerikanische Staaten das nicht tun. Sie können ja Ihren Kollegen Krisch fragen. Er ist in São Paulo geboren – ich habe schon darauf hingewiesen –, und darum ist er Brasilianer. Wenn er nach Bonn geht und bei der Brasilianischen Botschaft einen Pass beantragt, dann bekommt er ihn – ich habe mich extra erkundigt –, unabhängig davon, ob er als Kind dort war, und unabhängig davon, wie lange er dort war.

(Abg. Heiler SPD: Streiten Sie mit denen doch nicht herum!)

Er hat einen Anspruch darauf; das steht fest.

(Abg. Käs REP: Er macht das nicht!)

– Ist ja gut, die anderen nehmen es vielleicht auch nicht in Anspruch.

(Kluck)

(Abg. Capezzuto SPD: Herr Kluck, nicht mit denen streiten! Das sind die gar nicht wert!)

Der Gegner des Khomeini-Regimes im Iran wird es ja auch nicht in Anspruch nehmen.

(Zuruf des Abg. Käs REP – Abg. Heiler SPD: Die brauchen Sie nicht zu belehren, weil die das eh nicht kapieren!)

Sie müssen sehen: Diese 1 855 Doppelstaatsangehörigkeitsfälle, die wir in Baden-Württemberg 1996 hatten, waren etwas mehr als eineinhalb Prozent. Das ist also unerheblich. Selbst wenn in dem einen oder anderen Fall getrickst worden ist und man nicht dahinter gekommen ist, dann ist das auch unerheblich.

Sie wissen, dass die FDP generell gegen eine doppelte Staatsangehörigkeit ist. Wer Deutscher werden will, muss sich ohne Wenn und Aber dafür entscheiden.

(Abg. Rapp REP: Seit wann?)

Aber um diese Entscheidung – –

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

– Das sage ich Ihnen doch gleich. Ruhig, Herr „Deuschle“, ruhig! – Um diese Entscheidung aber erst möglich zu machen, wollen wir hier auf die Welt kommenden Kindern von Ausländern, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen, mit der Geburt automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit geben. Weil kein Staat der Welt Kinder aus der Staatsangehörigkeit entlässt

(Abg. Käs REP: Ob sie es wollen oder nicht!)

und Kinder die Entlassung selber auch gar nicht beantragen können, soll bis zum Erreichen einer Altersgrenze die doppelte Staatsangehörigkeit hingenommen werden. Bis zum 23. Lebensjahr – darüber kann man reden, von mir aus auch bis zum 22. oder bis zum 21. Lebensjahr – muss man sich dann entscheiden, ob man die deutsche Staatsangehörigkeit behält oder für die Staatsangehörigkeit der Eltern optiert. Das ist also ein ganz normales und auch rechtlich abgesichertes Modell.

Aber ich werde bei Ihren Anträgen dazu, meine Herren, den Eindruck nicht los, dass es Ihnen gar nicht um die Modalitäten der Einbürgerung geht,

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

sondern um die Einbürgerung überhaupt. Sie wollen keine Einbürgerung.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. König REP: Richtig! – Abg. Käs REP: Er hat es verstanden!)

Weil aber viele Deutsche zu faul sind – das muss man auch einmal sagen –, sich in ausreichendem Maße zu vermehren, sind wir auf Zuwanderung angewiesen. Neulich war in der FAZ zu lesen, dass der Bielefelder Professor Birg einmal geschrieben hat: Bis zum Jahr 2050 wird die Zahl der Deutschen von 82 Millionen auf 50 bis 60 Millionen sinken.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Die Auswirkungen des Mangels an Nachwuchs werden noch durch die Überalterung – dadurch, dass wir alle älter werden, was ich uns allen ja gönne – verschärft. Das heißt, ohne Zuwanderung sind dann alle unsere Sozialsysteme nicht mehr haltbar.

(Abg. Deuschle REP: Aber mit auch nicht! – Abg. Rapp REP: Aber mit der doppelten Staatsangehörigkeit auch nicht!)

Ohne Zuwanderung wird unsere Wirtschaft nicht mehr leistungsfähig sein.

Der Innovationsbeirat der Landesregierung hat erst im letzten Jahr wieder darauf hingewiesen, dass Baden-Württemberg jährlich, meine Damen und Herren, einen Einwanderungsüberschuss von 25 000 Menschen braucht. Das ist durch innerdeutsche Wanderbewegungen allein gar nicht zu erreichen. Wir brauchen also auch Zuwanderung. Darum fordern wir nochmals ein Zuwanderungsgesetz.

(Zuruf des Abg. Wilhelm REP)

Denn heute findet die Zuwanderung ungesteuert und unkontrolliert statt, also über Familiennachzug, durch Aussiedlerzug, über Asylbewerber und Flüchtlinge. Wir sind der Meinung, dass sich die Zuwanderung stärker an unseren eigenen Interessen orientieren muss. Deswegen wollen wir ein Zuwanderungsgesetz.

(Abg. Roland Schmid CDU: Was wollen Sie beim Asylrecht? Nichts?)

Wir hoffen, dass alle anderen auch einmal über ihren Schatten springen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Käs.

Abg. Käs REP: Herr Kluck, ich kann mich hier wirklich nur sehr über das Ergebnis freuen, dass Sie verstanden haben, worum es uns im Grunde geht, nämlich darum, dass wir prinzipiell, das heißt nur mit wenigen Ausnahmen, eigentlich eine Einbürgerung für nicht sinnvoll halten.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Roland Schmid CDU: Eine Ausbürgerung wollen Sie!)

Wenn Sie dann aber – sicherlich zu Recht – darauf hinweisen, dass es zu wenig Deutsche gibt, sagen wir mal verkürzt – das haben Sie ja so angedeutet –, dann ist natürlich zunächst einmal zu fragen, woran das vielleicht liegt. Dann müssen Sie vielleicht über Fragen der Familienförderung nachdenken. Dann müssen Sie darüber nachdenken, warum es in einem der reichsten Länder der Welt immer noch zu Sozialbedürftigkeit führt, wenn man zwei, drei oder vielleicht sogar vier Kinder hat,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Weil er nicht arbeiten will!)

warum das zu einer sozialen Deklassierung in unserem Land führen kann. Das kinderfeindliche Klima in unserem Land ist nicht zuletzt eine wesentliche Ursache dafür.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Roland Schmid CDU)

(Käs)

Zu Herrn Kollegen Schmid möchte ich auch noch etwas sagen. Ich habe gerade mit Interesse gehört, dass die CDU bemüht ist, hier an den Dingen etwas zu ändern in der Richtung, an der uns ja auch im Grunde gelegen ist. Allerdings fehlt mir hier ein klein wenig der Glaube, denn die CDU hätte ja auf Bundesebene 16 Jahre Zeit gehabt, und sie hätte auch hier in Baden-Württemberg Zeit gehabt, durch entsprechende Initiativen dafür zu sorgen.

(Abg. Roland Schmid CDU: Wir waren vielleicht auch in einer Koalition! Ich weiß nicht, ob Sie das registriert haben! Wir waren nicht allein! – Abg. Hehn CDU: Gott sei Dank seid ihr nirgends in der Regierung!)

Ein zweiter Punkt ist mir da auch noch wichtig. Sie haben dann darauf hingewiesen, dass es nur 500 000 Doppelstaater gebe. Sie sind mir aber die Erklärung schuldig geblieben, woher Sie das so genau wissen. Aus der Antwort auf die Frage geht hervor, dass die Akten gar nicht entsprechend aufbereitet sind, dass man das so genau gar nicht weiß, dass man die Doppelstaatigkeit nicht genau nachschauen kann und dass man auch keine Anhaltspunkte im Hinblick auf eventuelle missbräuchliche Wahrnehmungen der Einbürgerungsmöglichkeiten herauslesen könne.

Zu Herrn Redling möchte ich zum Schluss auch noch etwas sagen. Er hat uns ja einen Angriff auf den Staat vorgeworfen – Herr Kluck dann auch noch einmal mit einem Satz – und gesagt, wir unterstellten Datenschutz- und Pflichtverletzung. Nein, meine Kollegen,

(Abg. Redling SPD: „Kollege“ verbitte ich mir!)

wir unterstellen etwas ganz anderes. Wir unterstellen hier, dass eine zu großzügige, zu nachlässige Politik Pforten öffnet, die aufgrund der jetzt schon geltenden Gesetzeslage gar nicht geöffnet werden müssten.

(Beifall bei den Republikanern)

Herr Redling, wenn Sie uns hier einen Angriff auf den Staat vorwerfen, dann müssen gerade Sie sich in Acht nehmen. Sie haben ja gestern gefordert, dass für politisch Andersdenkende in unserem Land Lager eingerichtet werden müssten.

(Abg. Redling SPD: Nein! – Abg. Brechtken SPD: Aber nur vor Ihnen muss man sich in Acht nehmen! – Weitere Zurufe)

Das wird Ihnen noch eine ganze Weile nachgehen, Herr Kollege Redling.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP zu Abg. Redling SPD: Wollen Sie neuer Lagerleiter werden? Soll ein neues Lager aufgemacht werden? – Gegenruf des Abg. Redling SPD)

Im Übrigen, Herr Präsident, bitten wir darum, über unseren Antrag Drucksache 12/1311 namentlich abzustimmen.

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

(Zu- und Gegenrufe von den Republikanern und der SPD, u. a. Abg. Redling SPD: Es ist doch bloß Käs, was bei euch rauskommt! – Abg. Rapp REP: Gesagt ist gesagt! – Abg. Capezzuto SPD: Herr Minister, machen Sie es kurz, damit wir zum Mittagessen kommen!)

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben uns ja gestern Morgen über die Gesamthematik – jedenfalls mittelbar – unterhalten, auch gestern Abend. Wir hatten auch in der letzten Plenarsitzung eine umfangreiche Debatte über die Gesamthematik des Staatsangehörigkeitsrechts. Deshalb, glaube ich, liegt es im allseitigen Interesse und besteht auch Einverständnis, wenn ich mich auf drei Punkte, die jetzt noch einmal eine gewisse Rolle gespielt haben, beschränke und gleichzeitig auch konzentriere.

(Abg. Capezzuto SPD: Sehr gut! Kurz, das reicht für die!)

– Vielen Dank.

Der erste Punkt, der angesprochen worden ist und auch einem der beiden Anträge der Fraktion Die Republikaner zugrunde liegt: Folgender Fall: Ein türkischer Staatsangehöriger erwirbt die deutsche Staatsangehörigkeit, gibt zu diesem Zweck seine türkische Staatsangehörigkeit auf und erwirbt hinterher, gewissermaßen hinter unserem Rücken, erneut die türkische Staatsangehörigkeit, umgeht also das heute noch geltende generelle Verbot der doppelten Staatsangehörigkeit.

Da ist ganz klar – das will ich unmissverständlich äußern –, dass dies nicht hingenommen werden kann. In Fällen, in denen uns so etwas bekannt wird, schreiten wir auch ein. Ich darf daran erinnern, dass auch die Stadt Stuttgart, in diesem Fall vertreten durch Herrn Bürgermeister Beck, versucht, die deutsche Staatsangehörigkeit wegen arglistiger Täuschung wieder zu entziehen. Allerdings fehlt es hierzu bisher noch an einer gerichtlichen Entscheidung.

Das große Problem ist nicht so sehr, dass bei uns der Wille nicht vorhanden wäre, mit allen rechtlichen Möglichkeiten einzuschreiten, sondern das eigentliche Problem ist ein praktisches Problem: Der türkische Staat erteilt uns leider keine Auskunft darüber, in welchen Fällen ehemalige Türken, die inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, dann sozusagen durch arglistige Täuschung uns gegenüber mithilfe des türkischen Staates die türkische Staatsangehörigkeit erneut erwerben. Der damalige Bundeskanzler Kohl hatte dies vor zwei oder drei Jahren – auch dies war Gegenstand einer Debatte hier in diesem hohen Hause – gegenüber seinem türkischen Amtskollegen angesprochen. Damals war seitens des türkischen Staates auch fest zugesagt worden, dass solche Bestrebungen, wenn sie vorhanden sein sollten – und sie sind ja jedenfalls punktuell vorhanden –, abgestellt werden würden. Inzwischen beruft sich, wie ich erfahren habe, die Türkei bei ihrer fehlenden Auskunftsbereitschaft auf das, was auch in Deutschland immer wieder als Argument verwandt wird, nämlich auf den Datenschutz.

(Lachen bei den Republikanern – Abg. Eigenthaler REP: Herr Schmid, was sagen Sie jetzt?)

(Minister Dr. Schäuble)

Lassen Sie mich deshalb ganz eindeutig feststellen: Der türkische Staat muss uns auch in diesem Punkt, wie überhaupt beim ganzen Integrationsthema der vielen Millionen in Deutschland lebenden türkischen Staatsangehörigen helfen, und er darf uns dabei nicht behindern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Ich habe hier schon mehrfach gesagt und darf es noch einmal wiederholen: Es würde uns schon einen Schritt nach vorn bringen, wenn sich der türkische Staat in etwa zu einer vergleichbaren Regelung, wie sie noch heute in Deutschland gilt, entschließen würde. Bei uns ist es bekanntlich so: Wenn ein Deutscher in einen anderen Staat auswandert, dort auf Dauer verbleibt und dann zum Beispiel die kanadische Staatsangehörigkeit annimmt, verliert er kraft Gesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit. Dies ist eine klare und saubere Regelung,

(Abg. List CDU: So ist es, jawohl!)

die wir unseren Landsleuten zumuten. Wir müssten darauf bestehen, dass auch die Türkei zu einer jedenfalls vergleichbaren Regelung bereit wäre.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Sehr gut!)

Bislang ist aber das Gegenteil der Fall.

(Abg. Deuschle REP: So!)

Ich darf darauf hinweisen, dass in dem jetzt ad acta gelegten ursprünglichen Entwurf von Bundesinnenminister Schily eine umgekehrte Regelung enthalten war, nämlich eine Regelung in dem Sinne, dass auch Deutsche die deutsche Staatsangehörigkeit nicht verlieren, wenn sie im Ausland leben und zusätzlich eine andere Staatsangehörigkeit annehmen. Das ist ein Punkt, der meines Erachtens wie so viele Punkte bei dem ursprünglichen Entwurf völlig in die falsche Richtung geht.

Aber noch einmal die klare Aussage: Der türkische Staat ist aufgefordert, sich auch hier – gestern haben wir uns im Zusammenhang mit den Kurden über sein Verhalten unterhalten – einfach so zu verhalten, wie es sich im Völkerrecht gehört und wie es sich gehört, wenn verschiedene Staaten einen korrekten Umgang miteinander pflegen.

Der zweite Punkt, der angesprochen worden ist, betrifft Straftäter, die eingebürgert werden. Ich schlage für heute Folgendes vor: Ich halte nichts davon, jetzt kurz vor der Mittagspause erneut die ganze Thematik der Staatsangehörigkeitsproblematik aufzurollen. Offensichtlich ist es so, dass der Bundesinnenminister seinen ursprünglichen Entwurf in die Schublade gelegt hat und ihn daraus auch nicht mehr hervorholen will.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Da wird er verstauben!)

Also werden wir auf diese ganze Thematik und auf diese ganze schwierige Problematik dann zurückkommen, wenn uns ein neuer Entwurf präsentiert wird. Dann wird es sicherlich Gelegenheit geben, auch in diesem hohen Haus,

im Landtag von Baden-Württemberg, die Meinung der einzelnen Fraktionen dazu dezidiert zu äußern. Deshalb sage ich insoweit nur Folgendes:

Die geltende Rechtslage halte ich für in Ordnung. Nach heutigem Recht steht es einem Einbürgerungsanspruch nicht entgegen, wenn jemand zu einer Geldstrafe von maximal 180 Tagessätzen oder zu einer Freiheitsstrafe von maximal sechs Monaten mit Bewährung verurteilt worden ist. Wenn dies auch künftig so bleibt, dann wäre hier meines Erachtens kein Problem gegeben.

Allerdings komme ich noch einmal auf Folgendes zurück, denn das wird in den künftigen Diskussionen eine Rolle spielen: In dem Augenblick, in dem neben dem Abstammungsprinzip auch das Territorialprinzip, also das so genannte Jus soli, in unser Staatsangehörigkeitsrecht Eingang fände, wäre natürlich klar: Bei einem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt gäbe es dann keine Möglichkeit mehr, die Einbürgerung von später im Jugendlichen- oder Erwachsenenalter zu Straftätern werdenden Personen zu verhindern, weil sie ja schon vorher durch Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hätten. Deshalb muss dieser Gesichtspunkt in der Diskussion eine Rolle spielen,

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben doch gesagt, dass Sie das heute nicht bringen wollten!)

zumal wenn man sieht, dass leider Gottes tatsächlich ganz klar eine Zunahme der Zahl jugendlicher Straftäter, die Ausländer sind und die zum Teil wie bei der PKK aus Fanatismus straffällig werden, zu verzeichnen ist. Auf diesen Punkt werden wir bei der Diskussion über die Staatsangehörigkeit zurückkommen müssen. Jeder, der für das generelle Jus soli ist, also für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt, muss sich darüber im Klaren sein, dass er dann automatisch diese Folgen, über die wir auch gestern gesprochen haben, auslösen wird. Nach jetzigem Recht ist das nicht der Fall.

Bleibt der dritte Punkt. Herr Kollege Redling, Sie haben das Thema Sozialhilfe angesprochen. Nach jetzigem Recht steht die Sozialhilfebedürftigkeit dann einer Einbürgerung entgegen, wenn der Betreffende sie selbst zu vertreten hat. Nach der inzwischen ad acta gelegten Überlegung des Kollegen Schily hätte es so kommen sollen, dass Sozialhilfebedürftigkeit zwar einem Anspruch auf Einbürgerung entgegensteht, eine Einbürgerung dann aber immer noch im Ermessenswege möglich gewesen wäre.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist doch logisch!)

Ich kann Ihnen sagen: Da wäre für mich ganz klar, dass die rot-grün gefärbte Bundesregierung im Rahmen der üblichen Verwaltungsvorschriften allen nachgeordneten Einbürgerungsbehörden in Deutschland an die Hand gegeben hätte, dass auch Sozialhilfebedürftige sehr wohl eingebürgert werden können. Das wäre, glaube ich, wirklich zu erwarten gewesen.

(Abg. Brechtken SPD: Es gibt doch wohl auch Fälle, wo Sie dem zustimmen würden!)

(Minister Dr. Schäuble)

– Natürlich, Herr Kollege Brechtken. Aber ich habe für den Fall, dass es so käme, Folgendes prophezeit – –

(Abg. Brechtken SPD: Ihre prophetische Gabe! – Abg. Redling SPD: Falscher Prophet! – Abg. Brechtken SPD: Es geht um eine Ermessensentscheidung, die Sie treffen müssen; Sie können doch keine prophetische Gabe entwickeln, wie das Ermessen ausgeübt würde! – Abg. Redling SPD: Obwohl alles hinfällig ist, weil der Entwurf ja nicht mehr da ist! – Abg. Brechtken SPD: Angstmacherei ist das!)

– Lieber Herr Kollege Brechtken, das, was ich in diesem Zusammenhang bisher vorhergesagt habe, ist eingetroffen. Zum Beispiel habe ich in der letzten Plenarsitzung gesagt: Bei diesem Entwurf der doppelten Staatsangehörigkeit wird es nicht bleiben. Damals haben Sie noch gesagt: Ja, warten Sie einmal die Hessen-Landtagswahl ab; dann werden Sie sich überhaupt nicht mehr trauen, sich so zu äußern. Nun haben wir bei der Hessen-Wahl gewonnen, und inzwischen ist der Entwurf verschwunden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Brechtken SPD: Das ist ja klar!)

Genauso wird auch meine heutige Vorhersage eintreffen.

Lassen Sie mich auf den Punkt zurückkommen, den Sie angesprochen haben, nämlich dass man in Einzelfällen entgegenkommen kann. Es muss darauf geachtet werden, dass die Ermessensentscheidung nicht über eine Verwaltungsvorschrift generell dazu führt, dass eine Einbürgerung auch bei Sozialhilfebedürftigkeit erfolgen kann.

Auf ein Zweites, Herr Kollege Redling, habe ich schon in der vorletzten Plenarsitzung hingewiesen. Besonders gravierend ist die Frage der Sozialhilfebedürftigkeit in den bisherigen Überlegungen von Rot-Grün beim Familiennachzug. Bisher kann jemand im Rahmen des Familiennachzugs zu einem Ausländer, der einen verfestigten Aufenthaltsstatus in Deutschland hat, kommen, wenn derjenige, zu dem er in Deutschland ziehen will, Unterhalt und Wohnraum garantieren kann. In dem Augenblick, in dem dieser Personenkreis die deutsche Staatsangehörigkeit, egal, ob allein oder über die doppelte Staatsangehörigkeit, hätte, würden die einschränkenden Voraussetzungen wegfallen. Das heißt, der Familiennachzug könnte auch dann stattfinden, wenn absehbar ist, dass der Nachziehende in Deutschland zum Sozialhilfefall wird.

Das ist genau der Grund, warum die kommunalen Verbände, insbesondere der Deutsche Städtetag, die große Sorge hatten und haben, dass eine solche Regelung zu einem enormen Anstieg der Sozialhilfekosten in Deutschland – der Städtetag spricht von einem Betrag in Milliardenhöhe – führen würde. Darum geht es.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: 4,5 Milliarden DM!)

Wenn wir heute sagen, wir sollten einmal abwarten, was uns in der zweiten Runde von Rot-Grün zum Staatsangehörigkeitsrecht auf den Tisch gelegt werden wird, dann möchte ich auch sehr dafür plädieren, dass dieser Punkt

von Rot-Grün im Vorfeld noch einmal überdacht und im Vergleich zu den bisherigen Vorstellungen korrigiert wird.

In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen wir, glaube ich, heute die Diskussion nicht weiterzuführen.

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte aber darum, die Anträge der Republikaner eindeutig abzulehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung.

(Abg. Käs REP: Wir beantragen namentliche Abstimmung!)

Der Antrag Drucksache 12/1025 ist erledigt. – Sie stimmen dem zu.

Zum Antrag Drucksache 12/1311 hat die Fraktion Die Republikaner namentliche Abstimmung beantragt.

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

Ich nehme an, dass der Antrag die vorgeschriebene Unterstützung hat.

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag Drucksache 12/1311 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Herrmann, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben O.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Oje! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, behalten Sie bitte Ruhe, damit verstanden werden kann, wie abgestimmt wird.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung wird geschlossen.

Meine Damen und Herren, die Schriftführer werden das Ergebnis feststellen. Es wird zu Beginn der Nachmittagsitzung bekannt gegeben werden.

Ich unterbreche die Sitzung bis 13:45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:28 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:48 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/1311, bekannt.

An der Abstimmung haben sich insgesamt 138 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 14 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 124 Abgeordnete.

Damit ist der Antrag Drucksache 12/1311 abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Dagenbach, Deuschle, Eigenthaler, Hauser, Herbricht, Huchler, Käs, König, Krisch, Rapp, Dr. Schlierer, Schonath, Troll, Wilhelm.

Mit N e i n haben gestimmt:

Bebber, Behringer, Birgitt Bender, Hans-Michael Bender, Heiderose Berroth, Birk, Birzele, Bloemecke, Brechtken, Carla Bregenzer, Dr. Carmina Brenner, Brinkmann, Buchter, Capezzuto, Dr. Caroli, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Drexler, Beate Fauser, Fischer, Fleischer, Dr. Glück, Göbel, Göschel, Heinz Goll, Dr. Inge Gräßle, Stephanie Günther, Haas, Haasis, Hackl, Hauk, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Hehn, Heiler, Heinz, Herrmann, Hofer, Jacobi, Junginger, Keitel, Kiel, Kielburger, Kiesswetter, Birgit Kipfer, Kleinmann, Kluck, Dr. Klunzinger, Köberle, Kretschmann, Ursula Kuri, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, List, Lorenz, Mappus, Maurer, Dr. Mauz, Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Moser, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Dr. Walter Müller, Nagel, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oelmayer, Oettinger, Pfister, Pfisterer, Dr. Puchta, Renate Rastätter, Rau, Rech, Reddemann, Redling, Reinelt, Dr. Reinhart, Annemie Renz, Dr. Repnik, Ruder, Christine Rudolf, Dr. Schäfer, Dr. Schäuble, Schaufler, Gerd Scheffold, Dr. Stefan Scheffold, Scheuermann, Nils Schmid, Roland Schmid, Schmiedel, Schöffler, Schuhmacher, Lieselotte Schweikert, Rosely Schweizer, Seimetz, Seltenreich, Sieber, Helga Solinger, Stächele, Staiger, Dr. Eva Stanienda, Dr. Steim, Stolz, Stratthaus, Straub, Teßmer, Renate Thon, Tölg, Traub, Dr. Vetter, Wabro, Wacker, Walter, Weiser, Wettstein, Wieser, Winckler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeiher, Zimmermann.

*

Tagesordnungspunkt 6 ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Fragestunde – Drucksache 12/3766

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

M ü n d l i c h e A n f r a g e d e s A b g . U l r i c h D e u s c h l e R E P – P r o b l e m e , E r k e n n t n i s s e u n d M a ß n a h m e n b e i E i n s a t z v o n P o l i z e i u n d V e r f a s s u n g s s c h u t z a n l ä s s l i c h P K K - g e s t e u e r t e r D e m o n s t r a t i o n e n i n S t u t t g a r t

Das Wort erhält Herr Abg. Deuschle zur Verlesung seiner Anfrage. Bitte schön, Herr Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Inwieweit trifft es zu, dass zwischen dem 16. Februar und dem 20. Februar 1999 bei Kurden-Demonstrationen

in Stuttgart eingesetzte Polizeikräfte einerseits nicht, nicht ausreichend oder nicht zeitgerecht gepflegt wurden und andererseits nicht mit einsatzadäquater Brandschutzbekleidung ausgestattet waren?

b) In welchem Umfang kam es anlässlich der Ereignisse nach Buchstabe a zu Aufruf und Alarmierung dienst- bzw. schichtdienstfreier Kräfte von Polizei und Verfassungsschutz, und womit wurden diese die Beamten und Beamtinnen zusätzlich belastenden Anforderungen begründet?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Innenminister Dr. Schäuble, Sie haben das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Herr Kollege Deuschle, nach unseren Informationen waren warme und kalte Getränke sowie warme und kalte Verpflegung in ausreichender Menge bereitgestellt und vorgehalten. Uns ist ein Beschwerdefall bekannt, wonach ein Alarmzug erst mit – allerdings erheblicher – zeitlicher Verzögerung gepflegt werden konnte. Ursache dafür war aber nicht, dass kein Essen und keine Getränke vorhanden gewesen wären. Vielmehr hat die Lageentwicklung eine frühere Zuführung der bereits ausgegebenen Lunchpakete nicht ermöglicht.

Was das Thema Brandschutzbekleidung angeht: Die Polizei verfügt neben dem Einsatzanzug über keine weitere feuerhemmende Oberbekleidung. Um die Einsatzkräfte in entsprechenden Lagen trotzdem, so gut es geht, vor Brandsätzen zu schützen, sind bei jedem Zug Feuerlöschtrupps vorhanden. Dabei handelt es sich um Polizeibeamte, die an der Landesfeuerweherschule speziell ausgebildet wurden und mit Feuerlöschgeräten ausgestattet sind. Sie haben neben dem taktischen Auftrag auch die Aufgabe, die Einsatzkräfte zu sichern. Natürlich wird gegebenenfalls immer auch die örtliche Feuerwehr einbezogen.

Zur zweiten Frage: Ich bitte schon um Verständnis dafür, dass uns bei der Kürze der Zeit seit den Ereignissen noch kein konkretes Zahlenmaterial vorliegt, aus dem sich der Umfang bzw. die Anzahl der Beamten aus Polizei und Verfassungsschutz ablesen ließe, die im genannten Zeitraum zum Einsatz herangezogen worden sind, obwohl sie nach dem Dienstplan eigentlich dienstfrei gehabt hätten. Nur bitte ich auch einfach Folgendes zu sehen: Die Personalstärke keiner Polizei und auch nicht des Verfassungsschutzes wird so sein können, dass sie sich an temporären Spitzenbelastungen, wie sie durch solche Ereignisse zwangsläufig hervorgerufen werden, ausreichend ausrichten kann. Solche Zeiten müssen immer durch einen entsprechenden Einsatz der Polizeibeamten, der ja, wie gestern auch allseits gewürdigt worden ist, bis an die Grenzen der Kräfte oder manchmal über diese Grenzen hinausgehen muss, durchgehalten werden. Letztendlich ist dies auch im Bundesrechtsrahmengesetz für die Beamten verankert, wonach ja Beamte verpflichtet sind, über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus Dienst zu leisten, wenn zwingende dienstliche Verhältnisse dies erfordern. Es besteht wohl kein Zweifel daran, dass bei den Demonstrationen und Gewalttaten der PKK ein solcher zwingender Grund vorlag.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Innenminister, ist Ihnen bekannt, dass am Mittwoch, dem 17. Februar 1999, bei PKK-Demonstrationen in Stuttgart eingesetzten Kräften des Polizeieinzeldienstes das Tragen des Dienstanoraks untersagt worden ist, obwohl keine anderen einsatzadäquaten Schutzbekleidungen für diese Beamten bereitgestellt worden waren?

Innenminister Dr. Schäuble: Ich habe es im Vorfeld dieser Fragestunde gehört und kann dazu mitteilen, dass eine entsprechende Weisung der LPD II, die ja dafür zuständig war, die dies untersagt hätte, nicht erteilt wurde. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass der nachgeordnete taktische Führer lageabhängig das Tragen des Anoraks untersagt hat. Das entzieht sich unserer Kenntnis. Das kann deshalb nicht ausgeschlossen werden, weil dieser Anorak bei entsprechenden Brandsätzen brennbar wäre, sodass man dann vielleicht gesagt hat: Bitte, jetzt in dieser gefährlichen Situation nicht die Anoraks anziehen. Aber das entzieht sich unserer Kenntnis. Eine Weisung der LPD II bestand, wie gesagt, nicht. Ich halte es für vernünftig, dass der nachgeordnete taktische Führer schon entscheiden können muss, ob er vielleicht die Lage für so gefährlich hält, dass man sagt: Auch wenn es ein bisschen kalt ist usw., bitte keinen Anorak anziehen.

(Abg. Deuschle REP: Obwohl die Beamten damals gefroren haben!)

– Was ist das geringere Übel?

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Innenminister, inwieweit ist der von Journalisten in Ihrer Pressekonferenz vom 19. Februar gewonnene Eindruck zutreffend, dass der Leiter des Verfassungsschutzes von Baden-Württemberg bis zum 19. Februar trotz der von Dienstag, dem 16. Februar, an laufenden heißen Phase der PKK-Krawalle in Urlaub bleiben durfte?

Trifft es zu, dass auf derselben Pressekonferenz der Leiter des Verfassungsschutzes bekannt gab, dass er sich aufgrund urlaubsbedingter Abwesenheit vom Dienst zu diesem Zeitpunkt noch keinen konkreten Überblick über die aktuelle PKK-bestimmte Sicherheitslage in Baden-Württemberg verschaffen konnte?

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Kollege, erstens: Der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, Herr Rannacher, hat seinen Urlaub abgebrochen, um am 19. Februar vorzeitig zu kommen.

Zweitens: Es gibt im Landesamt für Verfassungsschutz einen Stellvertreter, der gerade auch für solche Fälle vorgesehen ist. Sonst bräuchte man keinen Stellvertreter.

Drittens: Die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik sind in der heutigen Zeit fantastisch. Nehmen Sie zum Beispiel meine Person: Auch ich bin frühzeitig, sobald man es in Deutschland bzw. in Baden-Württemberg überhaupt wusste, am Fastnachtsdienstag von den Vorfällen verständigt worden und bin auch, obwohl

ich nicht in Stuttgart war, permanent auf dem Laufenden gehalten worden und konnte, soweit es erforderlich war, mich selbst in den Entscheidungsprozess einbringen. Das ist bei den heutigen Kommunikationstechniken kein Problem.

Zu Ihrer zweiten Frage: Sie haben Recht. Herr Rannacher hat dies zunächst gesagt, aber dann – das haben die Journalistinnen und Journalisten auch mitverfolgen können – anschließend in der Erläuterung der Lage und auch der Perspektive so sachkundig geantwortet, dass sich gezeigt hat: Er war auch in diesem Augenblick auf der Höhe der Lageerkenntnisse. Ich war ja dabei.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Rech.

Abg. Rech CDU: Herr Innenminister, ist Ihnen etwas davon bekannt, dass im Vorfeld der Kurdendemonstrationen von anderen Bundesländern Einsatzkräfte aus Baden-Württemberg angefordert wurden oder angefordert worden sein sollen?

Innenminister Dr. Schäuble: Diese Demonstrationen und Gewalttätigkeiten – ich empfehle immer „vor allem der PKK“ zu sagen – haben Deutschland überrascht, aus Gründen, die auf Bundesebene schon erörtert worden sind. Das brauche ich hier wohl nicht noch einmal darzulegen. Entsprechend war es auch in den Ländern.

Dies hat aber konkret dazu geführt, Herr Kollege Rech, dass mit dem Bekanntwerden dieses Ereignisses, nämlich der Verbringung von Öcalan in die Türkei, auch in Baden-Württemberg bereits eine solche Situation gegeben war, dass wir nicht in der Lage waren, noch andere Bundesländer zu unterstützen.

Allerdings hat das bei einer Telefonkonferenz der Innenminister und -senatoren am Aschermittwoch in Bezug auf Baden-Württemberg auch keine Rolle mehr gespielt, denn da waren die beiden problematischen Städte Hamburg und Berlin. Da hätte man sowieso nicht an eine Verstärkung aus Baden-Württemberg gedacht, sondern aus den benachbarten Bundesländern und durch den Bundesgrenzschutz. So ist es meines Wissens auch gemacht worden.

(Abg. Rech CDU: Vielen Dank!)

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Lothar König REP – Landeszuschuss für das Festspielhaus in Baden-Baden

Herr Abg. König, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Unter welchen Umständen ist die Landesregierung bereit, trotz einer anders lautenden vertraglichen Vereinbarung das Festspielhaus in Baden-Baden mit einem Landeszuschuss zu unterstützen?

(König)

b) Trifft es gegebenenfalls zu, dass der Einstieg des Investors K. beim Festspielhaus Baden-Baden davon abhängt, dass die Landesregierung einen weiteren Landeszuschuss in Millionenhöhe zusagt?

Ich möchte noch ergänzen, dass heute in den „Stuttgarter Nachrichten“ ein Artikel steht, worin der Name „K.“

(Abg. Deuschle REP: Nicht für „König“ steht!)

ausgeschrieben ist, also eigentlich nicht mehr der Geheimhaltung unterliegt, und wonach eine Zusage des Landes – –

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. König.

Abg. König REP: Das sind aktuelle Dinge, die die Fragestellung teilweise überholen.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. König, Sie haben Ihre Anfrage zu verlesen und keine Debatte zu führen.

Abg. König REP: Alles klar. – Ich bitte um Beantwortung der beiden Fragen.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Wirtschaftsminister Dr. Döring, Sie haben das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die baden-württembergische Landesregierung befasst sich selbstverständlich mit dem Thema Festspielhaus Baden-Baden. Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist an keiner Stelle eine Entscheidung getroffen worden, wonach die Landesregierung nochmals – wie dies in Ihrer Anfrage zum Ausdruck kommt – einen Millionenbetrag zuschießt, sondern es gilt für die Landesregierung nach wie vor das, was verschiedene Vertreter der Landesregierung ausgeführt haben und was ich selber seit einem starken halben Jahr immer wieder zum Ausdruck bringe, dass wir darauf warten, dass ein in sich schlüssiges, tragfähiges, in die Zukunft gerichtetes und überzeugendes Konzept vorgelegt wird und aufgrund dieser Vorlage darüber zu entscheiden sein wird, in welcher Weise die Landesregierung Baden-Baden nochmals zu unterstützen gedenkt.

Im Zusammenhang mit der Fondslösung ist ein neues Thema aufgekommen. Bisher gab es an keiner Stelle – von keinem Abgeordneten der die Landesregierung tragenden Fraktionen und erst recht von keinem Mitglied der Landesregierung – jemals eine Aussage im Zusammenhang mit einer Fondslösung oder im Zusammenhang mit dem Einstieg in einen solchen Fonds, sondern von verschiedenen Vertretern der Regierung und der sie tragenden Fraktionen wurde immer die klare Aussage gemacht, dass eine Unterstützung für das Festspielhaus Baden-Baden grundsätzlich infrage komme, dass diese grundsätzliche Unterstützung aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht beziffert werden könne und eine Entscheidungsgrundlage für eine konkrete Bezifferung noch nicht vorliege.

Die Landesregierung ist selbstverständlich im Gespräch mit den Verantwortlichen der Stadt Baden-Baden. Es gibt eine Arbeitsgruppe unter der Federführung des Wirtschaftsministeriums, die sich mit dem Gesamtkomplex befasst, und es sind weitere Gespräche terminiert, sodass wir

in absehbarer Zeit auch mit Entscheidungen und konkreten Bezifferungen rechnen können. Es ist aber heute noch nicht die Zeit, hierüber zu sprechen.

Wichtig wäre vor allem auch, dass man bei der Diskussion in der Öffentlichkeit und bei öffentlichen Wortmeldungen vermeidet, darüber zu sprechen, in welcher Größenordnung welche Unterstützungen möglich sind. Auch solche vermeintlich gut gemeinten Aussagen, was dort an Hilfestellung geleistet werden müsste und welche Größenordnung diese haben müsste, sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sehr hilfreich. Diese führen womöglich zu falschen Erwartungen und Hoffnungen und zu ungunstigen Überlegungen. Deswegen bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir die Gespräche führen, dass es den Arbeitskreis gibt und die Landesregierung festgelegt hat, dass wir von unserer Seite eine grundsätzliche Unterstützung für wohl möglich, richtig und angebracht halten, dass wir aber eine solche weiter gehende grundsätzliche Unterstützung auch an klare Erwartungen und Bedingungen geknüpft haben. Sobald die vorliegen, wird eine Gesprächsgrundlage vorhanden sein. Das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber noch nicht der Fall.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Frau Abg. Solinger.

Abg. Helga Solinger SPD: Herr Wirtschaftsminister, können Sie heute ausschließen, dass eine, wie Sie sagen, „grundsätzlich infrage kommende Unterstützung“ aus Mitteln des Kunstetats erfolgt? Denn bei der damaligen Beschlussfassung hier im Landtag wurde ausdrücklich darauf Wert gelegt, dass dies eine Wirtschaftsförderung und keine Kulturförderung ist.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Ich möchte zum heutigen Zeitpunkt deswegen nichts ausschließen, weil wir noch gar nicht wissen, um welchen Betrag es sich eventuell handelt und wie die Größenordnung und die sich dann ergebende Zusammensetzung aussehen.

Es ist aber so, wie die Frau Kollegin Solinger zu Recht sagt. Es geht, wenn eine Förderung erfolgen sollte, darum, dass diese aus dem Wirtschaftsbereich kommt. Da wir aber noch nicht wissen, wie dieses Instrument aussehen wird, ob es eventuell eine Bürgschaft, ein einmaliger Zuschuss oder ein längerfristiger Zuschuss sein wird, ist auch darüber noch keine endgültige Entscheidung zu treffen. Deswegen wäre es zum gegenwärtigen Zeitpunkt, zu dem uns nicht klar ist, ob, gegebenenfalls in welcher Größenordnung und zu welchem Zeitpunkt wir was tun, falsch, von vornherein eine Zusammensetzung auszuschließen.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. König.

Abg. König REP: Herr Minister, inwieweit werden die heute in den „Stuttgarter Nachrichten“ genannten Zahlen und Forderungen des möglichen Investors, wonach die Hälfte eines Fonds von 18 Millionen DM, der zur Rettung dieses „Kulturtempels“ notwendig wäre, übernommen wird, wenn die Stadt Baden-Baden und das Land Baden-Württemberg zusammen die restlichen 9 Millionen DM absichern, indem sie eine Schließungsgarantie geben, Grundlage der von Ihnen genannten Verhandlungen in den nächsten Tagen sein?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Über die Fondslösung ist bis jetzt mit uns noch nicht gesprochen worden. Wir werden über solche Themen auch nicht über die „Stuttgarter Nachrichten“ oder sonstige Medien verhandeln, sondern wir werden das mit denjenigen tun, die, wenn sie sich denn an uns wenden, eine Lösung auch tatsächlich zustande bringen werden. Eine Beteiligung an einer solchen Fondslösung – das sage ich noch einmal – ist bisher an keiner Stelle von Mitgliedern der Landesregierung und nach meinem Kenntnisstand auch nicht von Mitgliedern der die Landesregierung tragenden Fraktionen in Aussicht gestellt worden. Eine Fondsbeteiligung betrachte ich als eine eher sehr unwahrscheinliche Lösung, weil man damit ja in eine längerfristige Beteiligung einsteigen würde. Noch einmal: Bisher ist hierüber mit uns nicht gesprochen worden, und ich werde diese Diskussion auch nicht über die Medien führen.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Frau Abg. Solinger.

Abg. Helga Solinger SPD: Herr Minister, können wir davon ausgehen, dass für den Fall, dass die Landesregierung beschließt, noch einmal Geld in dieses waghalsige Unternehmen zu stecken, auch einmal eine langfristige Kosten-Nutzen-Analyse gemacht wird, damit wir nicht zu einer Dauerfinanzierung kommen, die ja nie gewollt war und die auch kulturpolitisch nicht zu verantworten wäre?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Ja, davon können Sie ausgehen.

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen.

Frau Abg. Ursula Haußmann hat sich mit einer schriftlichen Beantwortung ihrer Mündlichen Anfrage einverstanden erklärt.

*

Mündliche Anfrage der Abg. Ursula Haußmann SPD – Verzögerungen bei der Beihilfebearbeitung

Trifft es zu, dass sich die Wartezeiten bei der Beihilfeerstattung in den letzten beiden Jahren verlängert haben?

Schriftliche Antwort des Finanzministeriums

Nein, die Wartezeiten bei der Beihilfebearbeitung durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung haben sich in den beiden letzten Jahren nicht verlängert. Das Finanzministerium sieht generell eine Bearbeitungsdauer, die einen Zeitraum von vier Wochen zwischen Antragseingang und Bescheiddatum nicht überschreitet, als angemessen und zumutbar an. Die Bearbeitungsdauer liegt derzeit unter dieser Zeitspanne, obgleich nach dem Jahreswechsel ein überdurchschnittlich hoher Antragseingang zu verzeichnen war.

Der Antragseingang unterliegt im Verlaufe des Jahres sehr starken Schwankungen; die Personalausstattung der Beihilfereferate des Landesamtes kann jedoch nicht nach den Monaten mit der Spitzenbelastung bemessen werden. Dadurch kann es zu saisonbedingt unterschiedlich langen Be-

arbeitungszeiten kommen. Im Durchschnitt wird jedoch die vorgegebene maximale Bearbeitungsdauer eingehalten.

*

Stellv. Präsident Birzele: Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

a) Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Justizministeriums – Aktuelle Lage des Justizvollzugsdienstes – Drucksache 12/1056

b) Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Finanzministeriums – Umsetzung des Bundesratsbeschlusses zu Artikel 16 a Versorgungsreformgesetz für den mittleren Justizvollzugsdienst – Drucksache 12/3037

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b fünf Minuten und für die Aussprache über a und b fünf Minuten je Fraktion.

Herr Abg. Troll, Sie haben das Wort.

Abg. Troll REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erneut hat unsere Fraktion auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass sich Landtag und Landesregierung mit der Lage des Justizvollzugsdienstes in unserem Land befassen. Unsere Anträge vom 20. Februar 1997 und 8. Juli 1998 haben zum einen die Erfahrung der aktuellen Situation des Justizvollzugsdienstes zum Gegenstand, zum anderen mahnen wir substantielle und strukturelle Verbesserungen für die Mitarbeiter in diesem wichtigen Sektor der inneren Sicherheit an. Unser Antrag behandelt einen Sachverhalt von dauernder Aktualität.

Wir halten es daher bereits eingangs der Debatte für angezeigt, den im Justizvollzugsdienst Beschäftigten, die unter teilweise unsäglichen Arbeitsbedingungen ihren verantwortungsvollen Dienst an der Gemeinschaft leisten, zu danken.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Mitarbeiter im Justizvollzugsdienst sollen wissen, dass wir Republikaner ihre berechtigten Interessen trotz der Unlust, Einfalls- und Einsichtslosigkeit auf der anderen Seite dieses Hauses entschlossen und unbeeindruckt von Anfeindungen auch weiterhin im Parlament und bei der Regierung zu Gehör bringen werden.

Wie bereits in der 11. Legislaturperiode bei der Landesregierung von uns angemahnt, halten wir auch heute diese parlamentarische Befassung mit der aktuellen Lage des Justizvollzugsdienstes für dringend geboten. Denn – und dem wird niemand ernsthaft widersprechen können – die Wirklichkeit im Alltag des Vollzugs zeigt auf, dass hier unendlich viel Handlungsbedarf besteht. Wer 1994 und 1995 im Landtag und von den Betroffenen innerhalb der Justiz geglaubt hat, dass die vom damaligen CDU-Justizminister Dr. Schäuble bei der Beratung unseres seinerzeitigen Antrags Drucksache 11/1418 zum Thema „Personallage im Justizvollzugsdienst“ hier vorgetragene optimistische Sicht der Dinge eine Wende zum Besseren für die Beschäftigten

(Troll)

bewirken würde, sieht sich heute, fünf Jahre später, bitter enttäuscht. Denn außer blumigem, gebetsmühlenhaft verabreichtem Kanzleitrost für die Mitarbeiter im Justizvollzugsdienst ist eigentlich gar nichts substanziell besser geworden. Die angekündigten Zustandsverbesserungen für das Personal sind nirgendwo in Baden-Württemberg spürbar eingetreten. Wahrlich, Herr Justizminister, auf diesem Gebiet des Strafvollzugs haben Sie von Ihrem Vorgänger im Amt eine schlimme Erblast aufgedrückt bekommen.

Auch wenn Sie, Herr Professor Dr. Goll, nachher pflichtschuldig Herrn Schäuble, Ihrem Amtsvorgänger, attestieren, was für ein fantastisch guter Justizminister er gewesen sei, womöglich noch der bislang beste – von Ihnen selbstverständlich ganz abgesehen –, wird es Ihnen nicht gelingen, diese katastrophale Erblast von Erfüllungsdefiziten im Strafvollzug schönzureden.

Wenn Sie, Herr Justizminister, ehrlich und selbstkritisch genug sind, müssen Sie gegenüber den Betroffenen des Vollzugs und gegenüber der Öffentlichkeit zugeben, dass Sie selbst auf diesem wichtigen Aufgabengebiet der inneren Sicherheit nichts gestaltet, sondern nur den Mangel verwaltet haben. Genau dieses Unvermögen, echte Verbesserungen im Strafvollzug zu erreichen, lässt sich als Botschaft aus Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag Drucksache 12/1056 entnehmen. Sie, Herr Minister, stehen damit in direkter Kontinuität Ihres Vorgängers.

Ob Sie es hören wollen oder nicht: Die Geschichte der Bemühungen um eine wirksame Zustandsverbesserung der Bedingungen im Strafvollzug beginnt ja nicht erst mit dem Stabwechsel im Justizministerium 1996. Richtig ist, dass zu diesem Zeitpunkt bereits alle Versäumnisse, Unterlassungen und Fehlentwicklungen im Strafvollzug des Landes offen lagen.

(Beifall bei den Republikanern)

Immer wieder haben Praktiker im Vollzug und insbesondere deren Berufsvertretungen auf die zunehmenden Probleme aufmerksam gemacht. Erinnern will ich nur an die letztmals im Oktober 1998 in den Medien erschienene Aussage des Bundes der Strafvollzugsbediensteten. Mit den dort aufgezeigten Problemen muss sich das Parlament heute befassen.

Es ist aber nicht damit getan, wie wir Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag entnehmen, Herr Minister, auf die angeblich besseren Verhältnisse im baden-württembergischen Justizvollzug gegenüber anderen Bundesländern zu verweisen und damit eigene Untätigkeit kaschieren zu wollen. Auch darüber wird noch zu sprechen sein.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Bender.

Abg. Hans-Michael Bender CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Justizvollzug von Baden-Württemberg mit seinen insgesamt rund 3 600 Bediensteten erfüllt einen zunehmend anspruchsvoller und schwieriger werdenden Dienst für den Rechtsstaat und im Interesse der Allgemeinheit. Erhebliche vollzugspolitische und organisa-

torische Herausforderungen einerseits und ein enger werdender finanzieller Handlungsspielraum andererseits bestimmen heute den Justizvollzug in unserem Lande.

Besondere Anforderungen ergeben sich aus den äußeren Rahmenbedingungen, wie der angespannten Belegungssituation, über die man nicht hinweggehen darf, für die jahresdurchschnittlich rund 8 600 Gefangenen in unseren 21 Vollzugsanstalten. Wichtig ist deshalb, dass das Bauprogramm für dringend nötige zusätzliche Haftplätze bereits in Angriff genommen ist und auch der Bau der neuen Vollzugsanstalt in Offenburg inzwischen in greifbare zeitliche Nähe gerückt ist.

Wachsende Gewaltbereitschaft der Gefangenen, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender organisierter Kriminalität, ein hoher Anteil ausländischer Gefangener

(Abg. Deuschle REP: Das ist richtig!)

mit zum Teil keinen oder unzulänglichen Kenntnissen der deutschen Sprache, immer mehr betäubungsmittelabhängige oder -gefährdete Gefangene, das ist die Realität, die teilweise sehr harte Realität, der sich der Justizvollzugsdienst heute gegenüber sieht.

(Beifall bei den Republikanern)

Eine tagtäglich zu bewältigende Herausforderung stellen andererseits die berechtigten Erwartungen der Gesellschaft an einen modernen Justizvollzug dar. Stichwort: Resozialisierung, das heißt Vorbereitung der Gefangenen auf ein straffreies Leben nach der Haftentlassung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, meine Damen und Herren, stellen sich mit wirklich großem Engagement dieser seit Jahren anhaltend hohen und zugegebenermaßen teilweise auch belastenden, aber, Herr Kollege Troll, nicht unsäglichen Herausforderung.

(Abg. Deuschle REP: Na ja!)

Sie leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur inneren Sicherheit des Landes. Die CDU-Landtagsfraktion dankt ihnen für diesen Einsatz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP sowie des Abg. Brechtken SPD)

Es ist ein Einsatz weitgehend hinter hohen Mauern und verschlossenen Toren, meine Damen und Herren, der von der Bevölkerung naturgemäß nur bedingt wahrgenommen wird. Umso mehr besteht für uns hier im Parlament Anlass und Grund, den Bediensteten im Justizvollzug öffentlich zu danken.

Meine Damen und Herren, Worten müssen auch Taten folgen.

(Abg. Rech CDU: Jetzt wird's ernst! – Abg.
Brechtken SPD: Auch keine schlechte Idee!)

Meine Fraktion hält es für geboten, die Verbesserungen der Stellenstruktur im mittleren Polizeivollzugsdienst auch dem Justizvollzugsdienst zukommen zu lassen.

(Abg. Deuschle REP: Ah ja!)

(Hans-Michael Bender)

Dies ist durch Artikel 18 des Versorgungsreformgesetzes möglich geworden, das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist und das die Bundesländer ermächtigt, im Rechtsverordnungswege die nötige Rechtsgrundlage für Besoldungsverbesserungen für den mittleren Justizvollzugsdienst zu schaffen. Analog zum Polizeivollzugsdienst sollen die neuen Stellenobergrenzen im allgemeinen Strafvollzugsdienst und im Werkdienst in vier Jahresschritten, beginnend noch in diesem Jahr, ausgeschöpft werden.

(Abg. Rech CDU: Sehr gut!)

Dadurch, meine Damen und Herren, können in den Jahren von 1999 bis 2002 immerhin insgesamt 874 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten unseres Landes befördert werden.

(Abg. Rech CDU: Das ist doch ein Wort! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

In einer ersten Stufe sollen – wie gesagt, noch in diesem Jahr – 191 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im allgemeinen mittleren Vollzugsdienst befördert werden. Im Werkdienst wären es 28 Stellenhebungen.

(Abg. Hauk CDU: Das ist ein Wort!)

Es wird sich also noch in diesem Jahr etwas für unseren Justizvollzugsdienst tun. Ich meine, wir sind hier auf dem richtigen Weg.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kiesswetter FDP/DVP – Abg. Hauk CDU: Sehr gut! – Abg. Rech CDU: Ausgezeichnet! Wenn das nichts ist! Herr Troll, haben Sie es gehört? – Gegenruf des Abg. Troll REP: Ich habe es zur Kenntnis genommen!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Capezzuto.

Abg. Capezzuto SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beschäftigten im baden-württembergischen Strafvollzug haben eine verantwortungsvolle und für die innere Sicherheit des Landes bedeutende Aufgabe wahrzunehmen – wie Sie, Herr Kollege Troll, auch ausgeführt haben –, die in den vergangenen Jahren aus verschiedenen Gründen keineswegs einfacher geworden ist. Unsere Vollzugsanstalten sind dramatisch überbelegt. In Einzelzellen müssen manchmal zwei oder drei Gefangene auf engstem Raum leben,

(Abg. Rech CDU: Wenn das rechte Kerle sind!)

und die Aggressionen auch gegenüber dem Vollzugspersonal, Herr Kollege Rech, steigen. Längst nicht allen Gefangenen kann Arbeit angeboten werden,

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

und fehlende Freizeit- und Sportmöglichkeiten, Herr Kollege, verursachen alltäglichen Stress, den das Personal tagtäglich auffangen und bewältigen muss. Hinzu kommen kulturelle und sprachliche Probleme mit der hohen Zahl

von ausländischen Gefangenen – das hat Herr Kollege Bender hier ebenfalls festgehalten –, die den Gefängnisalltag zusätzlich belasten.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Die Landesregierung und der Justizminister wollen diese Probleme durch den Ausbau bestehender Anstalten wie zum Beispiel in Freiburg oder durch den Neubau der Justizvollzugsanstalt Offenburg mildern.

(Abg. Rech CDU: Sehr gut!)

Dies kann man aber nur dann tun, Herr Minister, wenn man zusätzlich auch ein Konzept darüber vorlegt, wie diese zusätzlichen Vollzugskapazitäten personell ausgestattet werden sollen; denn zusätzliches Personal kann ja nach Auskunft der Landesregierung nicht eingestellt werden. Bereits heute leiden die Anstalten darunter, dass sie noch heute auf Personal, das in die neugebaute Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Hall abgeordnet wurde, verzichten müssen. Das kann jedoch keine dauerhafte Lösung sein, meine Damen und Herren, wenn der Landesregierung wirklich das Wohl der Beschäftigten und die Sicherheit des Strafvollzugs am Herzen liegt. Hier bleibt die Regierung bislang eine Antwort schuldig, und die Vollzugsbediensteten sehen ungewissen Zeiten entgegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Republikaner – Abg. Rapp REP: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Im Zusammenhang mit der Personalsituation muss auf einen Punkt hingewiesen werden: Das Stelleneinsparungsprogramm der Landesregierung hat auch vor dem Strafvollzug nicht Halt gemacht. Zwar waren dort die Stellenstreichungen bislang ausdrücklich auf den Bereich des Verwaltungsdienstes beschränkt; jedoch sind die Einsparungsvorhaben nach meinem Kenntnisstand bislang noch nicht erbracht, und im Verwaltungsdienst ist kaum noch Spielraum vorhanden.

Ich kann die Landesregierung nur dringend davor warnen, im allgemeinen Vollzugsdienst oder im Werkdienst Stellen zu streichen; denn dies wäre angesichts der oben geschilderten Situation unverantwortlich.

(Abg. Brechtken SPD: Sehr richtig!)

Die Landesregierung führt in ihrer Stellungnahme zur aktuellen Lage des Strafvollzugsdienstes aus, dass sich seit 1992 für die Vollzugsbediensteten einiges verbessert habe. So wurde zum Beispiel während der großen Koalition im Jahr 1993 beim allgemeinen Vollzugsdienst und beim Werkdienst das Eingangssamt nach Besoldungsgruppe A 7 erhöht.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Gegen den Widerstand der SPD!)

Trotzdem ist die Situation der Beschäftigten nach wie vor nicht rosig, vor allem wenn man die Beförderungschancen betrachtet. Man spricht hier schon vom so genannten A-7-Bauch.

(Abg. Haasis CDU: Was?)

(Capezzuto)

Ich hoffe, dass die Landesregierung und vor allem die sie tragenden Fraktionen ihre öffentlichen Ankündigungen wahr machen – Herr Kollege Bender hat dazu bereits etwas ausgeführt – und durch die Ausschöpfung der neuen Stellenobergrenzen endlich die Stellenhebungen im mittleren Dienst und im Werkdienst ermöglichen.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Was heißt „endlich“? – Abg. List CDU: Wer hat hier blockiert?)

– Wir blockieren hier keineswegs. Aus dem, was ich gesagt habe, konnten Sie das absolut nicht heraushören.

Die entstehenden Beförderungsmöglichkeiten, meine Damen und Herren, könnten zumindest eine gewisse Entspannung der Situation bringen und wären eine Motivation für viele Bedienstete, die bereits seit 10 oder – man höre! – 15 Jahren auf ihre Beförderung nach A 8 warten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Rech CDU – Abg. Rech CDU: Wie bei der Polizei!)

Ansprechen möchte ich noch die Frage der Umsetzung der 40-Stunden-Woche in den Dienstplänen des allgemeinen Vollzugsdienstes. Mein Kollege Walter Heiler hat bereits Ende 1997 von der Landesregierung gefordert, dass die Dienstpläne – wie in der übrigen Landesverwaltung auch – auf der Grundlage der 40-Stunden-Woche und nicht, wie derzeit noch üblich, auf der Basis der 38,5-Stunden-Woche erstellt werden.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU unterhält sich mit Abg. Rech CDU.)

– Herr Kollege Bender, wenn Sie mir bitte zuhören würden.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sagen Sie mir einmal bitte, wie die Überstunden sonst abgebaut werden können!)

– Lassen Sie mich bitte ausreden, Herr Kollege Bender! Dann ergibt sich die Antwort.

(Abg. Brechtken SPD: Sehen Sie!)

Dadurch kann das Land zwar rechnerisch Überstunden abbauen; für die Beschäftigten bedeutet dies jedoch oftmals eine Sechstageswoche anstatt einer Fünftageswoche. Die Regierung hat eine Änderung aus fiskalischen Gründen abgelehnt, und die Beschäftigten klagen nun zu Recht auf Wahrung ihrer Rechte.

Meine Damen und Herren von der Regierung, da kann ich nur sagen: Wer sich ein Haus der Geschichte für über 70 Millionen DM leistet,

(Zurufe von der CDU: Oje! – Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

tut sich natürlich mit den berechtigten Ansprüchen der Vollzugsbediensteten auf Vergütung ihrer Überstunden schwer.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Troll REP)

Darauf, wie Sie diese politische Prioritätensetzung
(Zuruf des Abg. Rech CDU)

– Herr Rech, regen Sie sich bitte nicht auf; ich weiß, die Wahrheit tut weh – den Bediensteten im Strafvollzug erklären wollen, sind wir gespannt.

(Abg. List CDU: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine Bemerkung.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe in den wenigen Monaten meines Amtes als Strafvollzugsbeauftragter noch keinen umfassenden Überblick über die Situation im Strafvollzug gewinnen können.

(Abg. List CDU: Das merkt man! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Selbstversuch, Mario! – Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

– Herr Bender, ich weiß nicht, ob Sie in Ihrer ganzen Tätigkeit auch schon in zwölf Anstalten waren.

(Abg. Drexler SPD: Nur in einer! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Ich habe die Anstalten nur besucht. Eine Einsicht ist für mich nach meinen bisherigen Gesprächen und Besuchen in Vollzugsanstalten jedoch offenkundig – und jetzt hören Sie bitte genau zu –: Die Bediensteten im Strafvollzug zeigen eine überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft, Augenmaß und Engagement; Herr Kollege Troll hat das ebenfalls erwähnt. Was es bedeuten würde, wenn dies nicht der Fall wäre, brauche ich Ihnen nicht zu schildern. Deshalb, meine Damen und Herren, gilt unser aller Dank allen Vollzugsbediensteten.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rech CDU: Mario, der Rest wird zur Bewährung ausgesetzt!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Anträge, deren Beantwortung – zumindest die eines Antrags – ja jetzt gut zwei Jahre zurückliegt, gehören ja zum Thema „Aktuelle Lage im Justizvollzugsdienst“. Deswegen möchte ich hier an dieser Stelle jetzt keine allgemeine Justizvollzugsdebatte aufmachen, wie das ja zum Teil jetzt geschehen ist, sondern ganz themenorientiert

(Beifall des Abg. Rech CDU)

ein paar Punkte erwähnen, Kollege Rech.

Der erste Punkt ist der, dass es sich entgegen der Auffassung der Republikaner bei dem Dienst zwar um einen menschlich wirklich harten und auch menschlich anspruchsvollen Dienst handelt, dass es aber meines Erachtens und auch nach Auffassung unserer Fraktion nicht um einen unsäglichen Dienst geht,

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

(Oelmayer)

den die Beamten des Landes in den Justizvollzugsanstalten leisten.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es! Richtig!)

Meine Erfahrung, die ich Ihnen hier berichte, beziehe ich aus Besuchen in Justizvollzugsanstalten von Berufs wegen. Ich kann nur bestätigen, dass die Tätigkeiten, die dort zu verrichten sind, tatsächlich menschlich anspruchsvoll sind, aber von Unsäglichkeit kann keine Rede sein.

Ein weiterer Punkt, der meines Erachtens auch in den Anträgen zum Ausdruck kommt, in dem aber zwischenzeitlich natürlich auch neue Entwicklungen eingetreten sind – dazu können wir ja nachher auch den Justizminister hören –, ist insbesondere die Frage der Beförderungsmöglichkeiten von Beamten in diesem Justizvollzugsdienst.

(Abg. Rech CDU: Das ist der Punkt!)

Wir haben vor wenigen Tagen eine Antwort des Justizministers auf eine Kleine Anfrage erhalten, die sich gerade mit Beförderungsmöglichkeiten im Werkdienst auseinandersetzt. Darin hat der Justizminister angekündigt, dass die aufgrund der neuen Gesetzeslage vorgesehene Möglichkeit der Anhebung der Stellenobergrenze in jedem Fall kommen wird; man sei in Abstimmung mit den anderen Bundesländern. Dieses Vorhaben wird von uns ausdrücklich begrüßt,

(Beifall des Abg. Hauk CDU – Abg. Rech CDU: Sehr gut!)

weil wir der Auffassung sind, dass dort tatsächlich etwas geschehen muss. Wenn man sich einmal anschaut, wie viel die Menschen dort verdienen, dann muss man wirklich sagen: Das ist quasi ein Sozialhilfesatz. Das ist für den Einsatz, den die Menschen dort zu erbringen haben, schlichtweg zu wenig. Deswegen wird unsere Fraktion dieses Vorhaben für den Werkdienst in jedem Fall mittragen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Capezzuto SPD)

Wir gehen natürlich auch davon aus, Herr Justizminister, dass es nicht nur für den technischen Dienst gilt, sondern auch für den nichttechnischen Dienst. Wir haben ja Ähnliches schon der Presse entnommen. Deswegen gehen wir davon aus, dass der Justizminister nicht in der Presse so argumentiert und dann nachher im Tatsächlichen wieder anders

(Abg. Rech CDU: Wir vergessen nix!)

und sich insbesondere auch die CDU-Fraktion beim Wort nehmen lässt, wenn es dann um diese Frage geht.

Warum dort etwas getan werden muss, das wird aus den Zahlen deutlich, die zum Teil auch in der Stellungnahme des Justizministeriums enthalten sind. Dazu hätte ich gern auch noch aktuelle Zahlen. 1995 hatten wir in diesem Bereich 105 000 Überstunden. Das bedeutet, auch wenn man sich da um die genaue Antwort herumdrückt, ganz klar, dass natürlich der Personalbedarf größer ist, als er tatsächlich angesetzt wurde. Auch wir als Bündnisgrüne sind na-

türlich der Auffassung, dass man in Anbetracht der finanziellen Lage des Landes nicht grenzenlos neue Stellen schaffen kann, aber da wäre doch auch eine aktuelle Zahl, Herr Justizminister, vielleicht aus dem Jahr 1998, wie der Überstundenstand sich jetzt darstellt, ganz interessant von Ihnen zu hören, wenn wir schon über die aktuelle Lage diskutieren wollen.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Ein weiterer Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist die Frage der Finanzierung. In der Antwort auf unsere Kleine Anfrage wird ausgeführt, Herr Justizminister – das muss ich wortwörtlich vorlesen; das kann ich mir nicht merken; das räume ich ganz offen ein –:

Es ist beabsichtigt, diese Stellenhebungen in vier aufeinander folgenden Tranchen zu etatisieren.

Herr Justizminister, da hätte ich ganz gern um eine Konkretisierung gebeten.

(Abg. Rech CDU: Das hat nichts mit tranchieren zu tun!)

Bedeutet dies, dass sich das, wie Kollege Bender für die CDU hier vorgetragen hat, jetzt über vier Jahre erstreckt, zumindest was den Werkdienst anbelangt? Das ist meine erste Frage. Wenn ja – das ist die zweite Frage –: Wie wird dann finanziert? Durch Umschichtungen im Justizetat? Muss man sich darauf gefasst machen, dass an anderer Stelle gestrichen wird? Oder werden Mittel aufgestockt? Auch dazu haben Sie leider in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage keine Ausführungen gemacht.

Ein letzter Punkt – auch schon wieder ein kleiner Widerspruch zum Vortrag des Kollegen Bender –:

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das sehe ich Ihnen nach!)

Ich gehe mal davon aus, dass er als Mitglied einer Regierungsfraktion natürlich aktuellere Zahlen beziehen kann, als wir sie haben. Jedenfalls wird hier ausgeführt, für den Werkdienst gäbe es 111 Hebungsmöglichkeiten, wenn die Stellenobergrenze angepasst wird.

Also, in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage – –

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Mit 4 multiplizieren! Dann kommen Sie auf die Zahl!)

– Nein, nein. Der Kollege Bender hat davon gesprochen, dass es jetzt, aktuell 1999, noch zu zirka 80, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Nein, nein! 28!)

– wenn ich sie richtig im Kopf habe – –

(Abg. Capezzuto SPD: Der Minister wird das schon richtig stellen!)

Das bedeutet natürlich, dass auch hier noch Aufklärungsbedarf besteht, Herr Justizminister, wann und wie die Anhebung der Stellenobergrenze wirken wird, insbesondere wann dann welche Beförderungsmöglichkeiten bestehen.

(Oelmayer)

Sie können versichert sein, dass wir diese Initiative der Landesregierung – wenn auch viele andere nicht – mittragen werden, weil wir der Auffassung sind, dass insbesondere im Justizvollzugsdienst Abhilfe geschaffen werden muss. Die Motivation der Menschen, die im Strafvollzug tätig sind, darf man nicht grenzenlos belasten. Sie brauchen Hilfe. Diese kann man insbesondere dadurch leisten, dass man auch finanzielle Zugeständnisse macht.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Rech CDU: Die Vollzugsbeauftragten sind halt eine echte Solidargemeinschaft! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Guter Mann! Aus Oberschwaben!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kiesswetter.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In dem Gesamtkonzept zur Stärkung der inneren Sicherheit darf der Justizvollzug nicht vernachlässigt werden. Die Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten leisten einen erheblichen Beitrag, der für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung von außerordentlicher Bedeutung ist. Da diese Beschäftigten aber für die Bevölkerung nicht wie die Kollegen des Polizeivollzugsdienstes täglich auf der Straße sichtbar sind, geraten ihre Belange leider allzu oft in Vergessenheit.

Deshalb ist es begrüßenswert, dass sich der Justizminister in den letzten Jahren besonders für diese Beschäftigten eingesetzt hat. Er hat hierfür die volle Unterstützung der FDP/DVP-Landtagsfraktion.

(Abg. Drexler SPD: Was heißt das?)

Das Land Baden-Württemberg macht von der Ermächtigung für den mittleren Dienst in den Justizvollzugsanstalten dahin gehend Gebrauch, dass es günstigere als die bundesrechtlich gültigen Stellenobergrenzen festsetzt. Ähnlich wie für den Bereich der Polizei ist eine stufenweise Umsetzung der verbesserten Stellenobergrenzen vorgesehen und im Hinblick auf die Finanzlage auch geboten.

Erreicht wurde, dass in den nächsten vier Jahren insgesamt 874 Stellen gleichmäßig angehoben werden können. 763 davon entfallen auf den allgemeinen Vollzugsdienst und 111 auf den Werkdienst. Dies ist bei der angespannten Finanzlage ein großer Erfolg. Damit wird auch dort endlich eine belastende Beförderungsblockade gelockert.

Der Finanz- und der Justizminister haben einvernehmlich über die neuen Stellenobergrenzen in den mittleren Besoldungsgruppen entschieden. Hierfür gebührt sowohl dem Finanzminister als auch dem Justizminister und den die Landesregierung tragenden Fraktionen Dank.

(Beifall des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

Das Motto „Versprochen – gehalten“ ist voll umgesetzt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Diese Erfolge lassen uns jedoch nicht ausruhen, sondern wir werden weitere strukturelle Verbesserungen durchführen.

Nachdem wir von dem allseits bekannten Gießkannenprinzip wegkommen wollen und es richtig ist, dass auch die Leistung des Einzelnen berücksichtigt werden soll, sollte für die Leistungsträger im Vollzug etwas getan werden. Das sind die Vollzugsdienstleiter und Werkdienstleiter in größeren Anstalten, die Vollzugsdienstleiter in kleineren Anstalten sowie die Dienstleiter großer Außenstellen, die Leiter der Sicherheitsgruppe, der Gefangenentransportzentrale und der Krankenpflegeschule.

In Anbetracht des sehr großen Verantwortungs- und Führungsbereichs dieser Personengruppen kann kaum noch von einer funktionsgerechten Besoldung im Vergleich mit der großen Zahl der unterstellten Beamten gesprochen werden. Hier wären Verbesserungen sehr wünschenswert.

Nach dem Wegfall der Anwärtersonderzuschläge und durch die 15-prozentige Verringerung der Anwärtervergütung ab dem 1. Januar 1999 sind, so fürchte ich, die Anreize für geeignete Personen für den Justizvollzug drastisch gesunken.

(Abg. Rech CDU: Ja, das ist bedauerlich!)

Aufgrund der Besoldungssituation dürfte es derzeit oft nicht möglich sein, gute Bewerber für die Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes und Werkdienstes zu gewinnen. Die jetzigen Einstellungsrunden haben gezeigt, dass sich überwiegend nur noch solche Bewerber für den Strafvollzug interessieren, die entweder andernorts ohne jegliche berufliche Perspektive sind oder für die eine Tätigkeit im Justizvollzug den Einstieg ins Berufsleben darstellt.

Probleme, die motivations- und leistungsschwache Beamte auf längere Zeit mit sich bringen, sind bekannt. Unstreitig ist, dass in einem faktisch nicht auflösbaren Beamtenverhältnis langfristig nichts teurer ist als die Einstellung von Mitarbeitern zweiter Wahl,

(Beifall der Abg. Hans-Michael Bender und Rech CDU)

vom Sicherheitsproblem ganz zu schweigen.

Im Interesse eines funktionierenden Justizvollzugs, der mit der Qualität seiner Bediensteten steht und fällt, erscheint es sachlich geboten und aufgrund der dargelegten Besonderheiten gerechtfertigt, über die Wiedereinführung des Anwärtersonderzuschlags mit dem Koalitionspartner zu beraten.

(Abg. Rech CDU: Sehr gut! Unterstützung zugesagt! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ja!)

– Gut. Es freut mich, das zu hören.

(Abg. Capezuto SPD: Nicht immer so schnell schießen!)

Festgehalten werden kann, dass im Ländervergleich ein effektiver Personaleinsatz in den baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten vorliegt. Hier hat die Dienstplan-

(Kiesswetter)

kommission erfolgreich gearbeitet. Sie hat nicht, wie früher, immer nachgefragt, wie viel Personal man denn noch gern hätte, sondern sie hat sich bemüht, eine angemessene Verteilung des vorhandenen Personals auf die Anstalten zu erreichen.

Eine Verbesserung der angespannten Personallage wird es mit einem Neubau einer Justizvollzugsanstalt geben. Dasselbe gilt auch dann, wenn Planungen für Erweiterungsbauten zu vorhandenen Anstalten umgesetzt sind. Hier müssen zusätzliche neue Stellen geschaffen werden, um den Dienst der Anstalt sicherstellen zu können.

Ferner müssen Überlegungen angestellt werden, bestimmte Bereiche, die nichts mit dem Sicherheitsbereich zu tun haben, auszulagern. Hier könnten durchaus private Anbieter Arbeiten übernehmen, private Anbieter, die selbstverständlich zum Beispiel in der Küche, in der Wäscherei, in der Krankenversorgung, im Werkdienst unter Einbeziehung der Gefangenen Arbeiten kostengünstiger durchführen könnten, als es in den Anstalten derzeit möglich ist. Hier muss neu nachgedacht werden. Auch im Justizvollzug muss über Privatisierungsmaßnahmen gesprochen werden. Dies wird uns in naher Zukunft noch öfter beschäftigen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Troll.

Abg. Troll REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie zu erwarten war, belegt der Verlauf der Debatte einmal mehr, dass es verschiedenen anderen Fraktionen nicht um die Verbesserung der teilweise bedrückenden Situation im Strafvollzug geht. Dabei ist die Diskussion darüber, was im Strafvollzug erforderlich ist, so alt wie die Diskussion um die Probleme der inneren Sicherheit in diesem Land überhaupt.

Wenn wir angesichts der wachsenden Bedrohung durch die Kriminalität die Aufgaben der inneren Sicherheit von morgen meistern wollen, müssen wir heute die Weichen stellen.

(Abg. Drexler SPD: Also!)

Kernpunkt der Arbeit der Landesregierung bleibt weiterhin die Personalverstärkung der Justiz, denn wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die Sicherheit der Bürger in diesem Land – so lauten Aussagen der Landesregierung.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

Mit diesen Manifestationen haben sowohl der damalige CDU-Ministerpräsident als auch seine Führungsgehilfen im Justiz- und im Innenministerium am 5. Dezember 1978 im Sicherheitsplan II den Aufbruch in eine heile Welt der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg verkündet.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Haben wir doch! Wo leben Sie denn? – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Glauben Sie, dass wir hier im Paradies leben?)

Ergänzend darf ich sagen, dass es in diesem Sicherheitsalmanach der Landesregierung auch geheißen hat – ich darf zitieren –:

Wir werden dafür Sorge tragen, daß die Ziele des Sicherheitsplans II kontinuierlich bis 1987 erfüllt werden.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Anhand der nachweisbaren Erfüllungsdefizite im Sicherheitsplan II lässt sich dies sogar dokumentieren. Das im Sicherheitsplan II aufgelistete Bedarfssoll für den Justizvollzugsdienst geht von 7 300 Haftplätzen im Jahr 1988 aus bei einem gleichzeitigen Bedarf im Vollzugsbereich von 4 301 Stellen.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Fakt ist inzwischen, dass am 31. Juli 1998 zwar 8 761 Straftäter in den Hafteinrichtungen des Landes einsaßen, obwohl nur 8 065 Haftplätze vorhanden waren, gleichwohl jedoch nur 3 565 Planstellen für die Vollzugsbediensteten vorhanden waren.

Während frühere Landesregierungen bis Anfang der Achtzigerjahre laut eigenen Aussagen im Sicherheitsplan II 58 Stellen des Justizvollzugsdienstes auf 100 Gefangene für erforderlich gehalten haben, gibt sich die amtierende Landesregierung 1999 mit nur noch 42 Vollzugsstellen auf 100 Strafgefangene zufrieden. Im Ländervergleich liegt Baden-Württemberg damit an letzter Stelle.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört! – Abg. Drexler SPD: Wie immer!)

Angesichts dieses Zustands, der nicht ohne Auswirkungen auf die Verhältnisse innerhalb der Hafteinrichtungen des Landes bleibt, muss es alarmieren, wenn der Bundesstrafvollzugsbeauftragte in einer kritischen Bestandsaufnahme schreibt – ich zitiere –:

Das Leben dort

– gemeint sind die Hafteinrichtungen –

ist mindestens so brutal wie draußen.

Darin heißt es weiter, dass dort gedealt, gespritzt, geraubt, bestochen, erpresst, vergewaltigt und zusammengeschlagen werde, die Vollzugsbediensteten unter personeller Unterbesetzung litten und von dieser Entwicklung zudem überfordert seien.

Diese Lagezuspannung wird bestimmt durch eine andauernde Überlast an Gefangenen, eine personelle Unterbesetzung im Vollzug, einen überproportionalen Anteil ausländischer Gefangener, eine zunehmende Gewaltbereitschaft, fortdauernde funktionale und bauliche Mängel, unzureichende Aus- und Fortbildung für Bedienstete und – das möchte ich besonders herausstellen – soziale Unterprivilegierung durch fehlende aufgabenbezogene Vergütung und demotivierende Aufstiegs- und Beförderungschancen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

(Troll)

Wie Sie, Herr Justizminister, angesichts dieses Lagebilds noch ruhig schlafen können, sollten Sie den Vollzugsbeamten einmal vor Ort verraten.

(Unruhe und Zurufe)

Es wäre Ihre Aufgabe, Herr Justizminister, entschlossen, tatkräftig und lösungsorientiert diese Problemvielfalt anzugehen. Bisher sind Sie dieser selbstverständlichen Pflichtaufgabe nicht nachgekommen.

Meine Damen und Herren, eine Debatte über die Lage des Strafvollzugsdienstes wäre unvollständig, wenn wir uns nicht auch mit den berufsständischen Anliegen der Bediensteten befassen. Den Wunsch nach einer grundlegenden strukturellen Verbesserung ihrer sozialen und materiellen Lage halten wir schon seit langem für gerechtfertigt. Ich sage ganz deutlich an die Adresse der für diese Mitarbeiter der Justiz Verantwortung tragenden Regierung und die Regierungsfractionen: Die innere Sicherheit in Baden-Württemberg ist nicht sektoral auseinander zu dividieren. Es kann auch nicht sein, dass die Notwendigkeit von Verbesserungen für die Polizei zu Recht unstrittig ist, aber das gleiche Anliegen aufgabengerechter Vergütung bzw. Besoldung für die zahlenmäßig wesentlich kleinere Gruppe der Strafvollzugsbediensteten von der Landesregierung offensichtlich als vernachlässigenswert angesehen wird.

Wir anerkennen, dass sich die Tätigkeit der Strafvollzugsbediensteten hinsichtlich der Schwierigkeit des Dienstes und des Ausmaßes an persönlicher Gefährdung und von Risiken zum Teil nicht wesentlich von jener der Polizeibeamten unterscheidet. Es ist daher ein längst überfälliger Akt der Gerechtigkeit, dass sich an diesen Gegebenheiten auch Einstufungen und Beförderungsmöglichkeiten im Justizvollzugsdienst orientieren müssen. Wir fordern daher die Landesregierung heute schon auf, mit der Umsetzung des Bundesratsbeschlusses zu Artikel 18 des Gesetzes zur Umsetzung des Versorgungsberichts, das am 1. Januar 1999 in Kraft getreten ist, Ernst zu machen und die entsprechende Rechtsverordnung auf den Weg zu bringen, damit endlich auch im mittleren Justizvollzugsdienst leistungsgerechte und motivierende Beförderungsperspektiven geschaffen werden.

Danke.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Justizminister Dr. Goll.

(Abg. Drexler SPD: Er tut einen schweren Gang!)

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die aktuelle Lage im Strafvollzugsdienst ist sicher ein ernstes Thema. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Bevor ich aber auf die Lage zu sprechen komme, möchte ich meine Freude darüber ausdrücken, dass in der bisherigen Debatte eigentlich klar geworden ist, dass alle Fraktionen des Hauses, die hier zu Wort gekommen sind, die Anliegen des Strafvollzugs unterstützen und sie für hochrangige Anliegen halten. Umso mehr muss man natürlich deutlich machen, dass es fast ans

Lächerliche grenzt, wenn eine Fraktion so tut, als sei sie der einzige Anwalt des Vollzugsdienstes, der diese Themen pflegt und den man hier bräuchte. Das ist die Fraktion, die sicher am wenigsten zu melden hat und die übrigens in dieser Debatte noch als Einzige versucht hat, ein Zerrbild herzustellen,

(Beifall bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der FDP/DVP)

immer dieses Zerrbild oder diese Zerrbilder, die wir natürlich teilweise auch ein bisschen aus der Zeitung mit den großen Buchstaben kennen, wenn ich das noch hinzufügen darf. Wir sollten die jetzige Debatte nutzen. Sie kann einen positiven Aspekt haben. Wir sollten sie dazu nutzen, über das tatsächliche Bild zu reden und natürlich auch den Dank an die Justizvollzugsbediensteten auszusprechen, den sie mehr als verdient haben. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Justizminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Deuschle?

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Justizminister, können Sie mir sagen, welche anderen Fraktionen sich in letzter Zeit hier im Landtag in einer Debatte um die aktuelle Lage des Justizvollzugsdienstes gekümmert haben, nachdem Sie der Fraktion, die das hier tut, einen Vorwurf machen?

(Abg. Capezzuto SPD: Wir machen das vor Ort!
Wir gehen hinein! – Abg. Hans-Michael Bender
CDU: Außerdem haben wir eine Große Anfrage
eingebracht! – Abg. Drexler SPD: Nicht schwätzen,
schaffen! – Abg. Hans-Michael Bender CDU:
Nicht reden, sondern handeln!)

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Lieber Herr Abg. Deuschle, gestern hat uns Ihre Fraktion noch eine überflüssige Debatte mit dem Titel „Reden statt Handeln“ aufgetischt. Die anderen Fraktionen haben gehandelt und nicht nur geredet.

(Beifall bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der FDP/DVP)

Die Verbesserungen, die Sie fordern, sind schon längst da.

(Abg. Deuschle REP: Nicht ausreichend, Herr Minister!)

Ich habe zwei Drittel der Vollzugsanstalten, schätze ich einmal, mittlerweile selbst gesehen. Ich kann Ihnen auch sagen, wie solche Besuche ablaufen. Da schaut man sich die ganze Anstalt an, um sich einen kompletten Eindruck zu verschaffen. Ich rede jedes Mal natürlich auch ausgiebig mit der Personalvertretung. Ich rede jedes Mal mit der Gefangenenvertretung oder zumindest mit Gefangenen. Die sind für mich feste Gesprächspartner. Ich glaube, wenn man zwei Drittel der Anstalten angeschaut hat, hat man sich schon einen relativ guten Eindruck verschafft.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Ich sage Ihnen hier deutlich: Die Lage in den Vollzugsanstalten ist in Ordnung. Das ist ein schwieriges Geschäft. Es herrschen schwierige Randbedingungen, aber ich bin von jedem Besuch positiv beeindruckt wieder weggegangen. Ich bin positiv beeindruckt, was man aus zum Teil schwierigen Bedingungen dort macht. Die Bausubstanz ist oft alt. Es herrscht natürlich auch eine räumliche Enge, die Zusammensetzung der Gefangenen hat sich verändert, und wir haben eine Überbelegungssituation.

Trotzdem kann ich hier deutlich sagen: Ich schlafe ruhig. Der Strafvollzug in Baden-Württemberg funktioniert. Er funktioniert dank einer hohen Motivation der Betroffenen, die sich übrigens auch darin ausdrückt, dass sie sich kürzlich ein Leitbild gegeben haben. Ich habe es fast ein bisschen bereut, dass ich es heute nicht dabei habe. Wir werden Ihnen dieses Leitbild in der nächsten Plenarsitzung austeilten. Dann sehen Sie, wie die Belegschaften sich selbst Gedanken machen, wie ein funktionierender Vollzug aussehen könnte. Dann sehen Sie, wie hoch die Motivation ist und wie gut die Vollzugsziele der Sicherung der Allgemeinheit und der Resozialisierung unter den gegebenen Umständen wahrgenommen werden.

Das geht übrigens nur mit einer konsequenten und sehr durchdachten Personalwirtschaft. Vorhin war von der 40-Stunden-Woche und Ähnlichem die Rede. Auf diese Punkte möchte ich an dieser Stelle ganz kurz eingehen. Es stimmt, dass wir mit Bayern zusammen am wenigsten Personal in den Vollzugsanstalten beschäftigen. Trotzdem ist noch nie jemand in der Republik auf die Idee gekommen, zu sagen, in Bayern oder in Baden-Württemberg gebe es einen schlechten Strafvollzug. Die Einschätzungen sind eher umgekehrt.

(Zuruf von der SPD: Wie lange noch?)

Man muss sich einmal fragen, woran das liegt. Es liegt daran, dass wir unser Personal optimal einsetzen. Es liegt natürlich auch an der 40-Stunden-Woche, mit der wir übrigens die Überstunden abgebaut haben. Die Überstunden sind nicht mehr so dramatisch zurückgegangen wie im Vorjahr, aber sie sind auch im letzten Jahr weiter zurückgegangen. Der neueste Stand von 1998: Es sind noch über 60 000 Überstunden. Die Tendenz ist weiter langsam fallend.

(Abg. Brechtken SPD: Ihr habt die Überstunden wegdefiniert!)

Wir nutzen die Erhöhung der Arbeitszeit um wöchentlich 1,5 Stunden übrigens nicht, um zusätzliche Schichten für eine Sechstageswoche zu bilden. Das stimmt nicht. Wir nutzen diese anderthalb Stunden, um die Überstunden abzubauen. Da kann man sagen, was man will: Die Situation bei den Überstunden hat sich in den zurückliegenden Jahren deutlich verbessert.

(Abg. Redling SPD: Herr Goll, das ist eine Rechnung! – Abg. Brechtken SPD: Jetzt hören Sie aber auf!)

– Sie können etwas dagegen haben.

(Abg. Brechtken SPD: Wenn Sie die Arbeitszeit auf 50 Stunden erhöhen, haben Sie noch weniger Überstunden!)

– Dann sagen Sie doch, was Sie meinen. Dann sagen Sie bitte, dass Sie dagegen sind, dass die Beamten wieder 40 Stunden arbeiten. Das ist der Kern.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Genau! Das ist doch der Punkt!)

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen waren dafür, dass die Beamten wieder 40 Stunden arbeiten. Übrigens nicht nur bei uns, sondern in der Mehrzahl der Bundesländer arbeiten die Beamten wieder 40 Stunden. Jetzt sage ich Ihnen nur: Wir nutzen diese 40 Stunden optimal, und dadurch ist die Anzahl der Überstunden gefallen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Super!)

Es wird niemand hier im Raum diesen Befund ernsthaft widerlegen können.

Aber es funktioniert natürlich nur dadurch, dass die Betroffenen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei diesem optimalen Personaleinsatz auch mitziehen. Ich bin mit dem Personalrat natürlich vielfach in Diskussionen über die Gestaltung der Dienstpläne gewesen. Ich will gar nicht leugnen, dass die Beamten auch zu uns gesagt haben, sie hätten es lieber, wenn wir auf Achtstundenschichten gehen könnten, wenn wir mehr Überlappungen in den Schichten hätten, wenn das Geschäft auf diese Art etwas erleichtert würde. Wir können das bei diesem Überhang an Überstunden nicht tun. Wir werden künftig, wenn die Überstunden abgebaut sind, zu anderen Dienstplänen kommen können, aber nicht eher. Vorrangig steht der Überstundenabbau im Raum, und vorrangig ist jetzt die Funktionsfähigkeit der Anstalten auch unter schwierigen Bedingungen zu sichern.

An dieser Stelle möchte ich den Bediensteten einen ganz herzlichen Dank meinerseits aussprechen. Es sind schwierige Bedingungen. Sie sind sicher nicht unsäglich, aber sie sind sicher schlechter als die, unter denen wir hier arbeiten, auch wenn wir uns in einem geschlossenen Behältnis befinden.

(Heiterkeit bei der CDU)

Herzlichen Dank an die Bediensteten für ihren harten Einsatz jeden Tag!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Es wird unter Bedingungen gearbeitet, zu denen ich nicht mehr viel sagen möchte, weil schon viel dazu gesagt worden ist. Die Gefangenzahlen sind angestiegen. In nackten Zahlen: Wir hatten im letzten Jahr durchschnittlich 8 650 Gefangene auf gut 8 000 Plätzen. Das ist eine deutliche Überbelegung. Das ist auf der anderen Seite aber auch eine Situation, bei der man sich vorstellen kann, dass davon das Ganze noch nicht aus der Kurve gerät. Da kommen wir aber an die Grenzen des Möglichen. Bei dieser Relation 8 650 Gefangene auf 8 000 Plätzen kann ich Ihnen sagen, dass das schon noch funktioniert. Aber wir sind in der Nähe der Grenze der Belastung angelangt. Wir werden auch darauf reagieren. Wir werden in zweierlei Hinsicht reagieren. Deswegen ist, wie ich meine, ein Blick in die Zukunft, auf das, was wir vorhaben, ganz wichtig.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Wir werden die Haftkapazitäten erweitern. Der Bau eines neuen Haftgebäudes in Freiburg mit rund 140 Haftplätzen ist schon begonnen worden. Die Planungen für Offenburg sind in vollem Gang – erste Konsequenzen für den Bau in Offenburg werden im Doppelhaushalt 2000/2001 zu ziehen sein –, und wir prüfen im Moment, wie wir an vorhandenen Standorten erweitern können. Wir haben sicherlich noch bauliche Möglichkeiten, etwas zu tun. Wir sind gerade mit der Finanzseite im Dialog darüber, was dort realisiert werden kann.

Wir werden diese Lücke, von der die Rede ist, in den kommenden Jahren im Grunde genommen schließen.

(Abg. Redling SPD: Dann! Dann aber erst! Abwarten!)

Damit ist die Diskussion über die Überbelegung für uns gegessen.

(Abg. Redling SPD: Aber erst dann!)

– Ja sicher, Sie müssen das Ganze solide planen und dann tun.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Wollen Sie auch die Uhrzeit wissen, Herr Kollege Redling?)

Aber ich glaube nicht, dass Sie ein Bundesland finden, das, was die Erweiterung der Kapazitäten angeht, ähnliche Pläne wie Baden-Württemberg hat, und zwar Pläne, die man auf den Tisch legen kann. Wir können genau sagen, wann der nächste Schritt erfolgt. Insofern kann man wohl ohne Zögern sagen, dass der Handlungsbedarf erkannt worden ist und in der kommenden Zeit abgedeckt werden wird. Natürlich wird uns das beim Personal vor Probleme stellen. In der Debatte soeben ist ja im Hinblick auf das Personal viel behauptet worden. Das Personal im Vollzug ist auch in den letzten Jahren noch um 200 Stellen aufgestockt worden, und auch beim Vollzugsdienst und beim Werkdienst ist keine einzige Stelle gestrichen worden. Ich meine auch, dass man dort keine einzige Stelle einsparen kann. Das wird auch die Linie der Zukunft sein müssen. Wir werden mit dem vorhandenen Personal gerade noch die Erweiterung in Freiburg betreiben können; das ist der Stand von heute. Aber wenn zusätzliche Haftplätze geschaffen werden, muss man auch über zusätzliches Personal reden. Um dieses Problem frühzeitig anzugehen – ich sage das, weil auch das manchmal missverstanden wird –, reden wir ja auch über Privatisierung im Strafvollzug. Wir reden ja nicht über die Privatisierung als Selbstzweck, sondern wir stellen zum Beispiel die Frage, ob Bedienstete des Landes kochen müssen oder ob dies unter Umständen auch ein Dritter, ein Unternehmer, in der Anstalt tun kann. Mir ist sehr wohl bewusst, welche Bedeutung das Thema Essen und die Qualität des Essens in den Anstalten haben.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Dann muss es auch organisiert sein!)

Deswegen sind wir auch daran interessiert, dass, wenn wir in solchen Bereichen Dritte einschalten, sie in der Anstalt tätig werden und die Gefangenenarbeitsplätze erhalten bleiben.

(Abg. Rech CDU: Sehr gut!)

Der Hintergrund dieser Überlegungen ist für uns, dass wir prüfen, ob wir für Bereiche, in denen nicht unbedingt Landesbedienstete tätig sein müssen, andere Lösungen finden können, um die Landesbediensteten in den sicherheitsrelevanten Bereichen einsetzen zu können. Dadurch schaffen wir ein Stück weit Luft für den Betrieb neuer Haftplätze. Aber trotzdem sage ich Ihnen deutlich: Die neuen Plätze sind mit dem vorhandenen Personal nicht zu betreiben. Davon ist auch in der bisherigen Debatte innerhalb der Regierung niemand ausgegangen. Gerade darauf bezieht sich ja auch im Moment die Diskussion über die Finanzseite. Wenn man neue Bauten erstellt, muss man auch über das Personal dafür reden.

Damit sind wir beim Personal. Wir möchten etwas für das Personal tun. Wir möchten honorieren, dass der Einsatz schwierig ist. Auch in dieser Hinsicht kann man nicht sagen, dass in der Vergangenheit nichts passiert sei. Wir haben die Eingangsstufe immer mehr angehoben, zuletzt 1993 auf A 7. Es ist im Vergleich zu anderen Laufbahnen schon etwas, dass man im allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst heute in der Besoldungsgruppe A 7 anfängt. Dadurch haben wir uns natürlich das Problem geschaffen, dass die Wartezeiten für die Beförderung von A 7 nach A 8 sehr lang geworden sind. Das muss man fairerweise auch sagen. Das Problem ist dadurch entstanden, dass man die Eingangsstufe angehoben hat. Jetzt müssen wir dieses Problem lösen, und wir werden es auch lösen. Wir machen von den Möglichkeiten Gebrauch, die uns der Bundesgesetzgeber auf diesem Gebiet eröffnet hat. Übrigens sind es unter den 16 Bundesländern gerade zwei, die davon Gebrauch machen:

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Hört, hört!)

Baden-Württemberg und Bayern machen davon Gebrauch.

(Hört, hört! bei der CDU)

Wir mussten sogar noch Angst haben, dass uns die anderen das verbieten; denn wenn Sie so etwas vorhaben, müssen Sie es in allen Ländern herumreichen und fragen: Dürfen wir? Wenn mehrere Länder Einspruch erhoben hätten, hätten wir das nicht einmal tun dürfen. Gott sei Dank ist dieses Verfahren der Anhörung bei den anderen Ländern jetzt durch. Wir können handeln, und wir werden handeln. Wir werden die Stellenobergrenzen im Strafvollzug verändern, ähnlich wie man es beim Obermeisterbauch bei der Polizei macht. Ich will das alles nicht wiederholen; es wurde schon mehrfach gesagt. Es sind über 800 Stellenhebungen, die in vier Tranchen vorgenommen werden.

Ich bin den Kollegen in der Regierung und den die Regierung tragenden Fraktionen dankbar dafür, dass sie schon im Vorfeld ihre Unterstützung signalisiert haben, den Fraktionen der FDP/DVP und der CDU; ich nenne sie jetzt nicht nach der Größe, sondern nach dem Zeitpunkt des Einsatzes.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hauk CDU: Nach dem Zeitpunkt, nicht nach der Qualität! – Abg. Rech CDU: Für so einen Spaß sind wir zu haben! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das merke ich mir!)

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Ich bin den Fraktionen dankbar, dass sie das unterstützen und dass wir zu einem neuen Stellenschlüssel im allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst kommen werden. Wir werden das, wie gesagt, in vier Tranchen machen. Die erste kommt in den Nachtrag. Sie kommt also noch 1999, und dann wird man wohl innerhalb von vier Jahren die über 800 Stellenhebungen durchführen. Das ist, glaube ich, ein vernünftiger Plan.

Die Zahlen sind zum Teil schon genannt worden. Wir werden in den Besoldungsgruppen A 9 und A 8 zu erheblichen Verstärkungen kommen. Dafür werden natürlich die Stellen in A 7 weniger. Es gibt also eine deutliche Verschiebung in den Bereich von A 8 und A 9. Das ist ein entscheidender Fortschritt für den Strafvollzug. Ich sage Ihnen: In einer Zeit, in der sich in keinem Land besoldungsmäßig nennenswert irgendetwas verbessert, sind das schon Maßnahmen, auf die wir in Baden-Württemberg stolz sein können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Da ist aber Nachholbedarf! – Abg. Bebbler SPD: Wenn man ganz hinten steht, muss man etwas tun!)

Dieses Signal wird auch von den Bediensteten wahrgenommen. Das höre ich in den Anstalten. Wir können nicht jeden Wunsch befriedigen; aber es wird von den Bediensteten doch dankbar wenigstens als Signal entgegengenommen, dass die Landesregierung in einer Zeit, in der das Handeln auf diesem Gebiet schwer fällt, ein Zeichen setzt und zu Verbesserungen kommt.

Das betrifft nicht nur die Stellenobergrenzen, sondern auch die Gewinnung von Personal. Wir sind ja daran interessiert, dass wir qualifiziertes Personal gerade im allgemeinen Vollzugsdienst bekommen. Das sind Menschen, die in der Regel schon eine abgeschlossene Berufsausbildung und oft schon Familie haben. Diese Leute müssen wir, wenn wir sie danach in einem Alter von vielleicht 25 Jahren einstellen, so bezahlen, dass sie wenigstens in der sich anschließenden Anwärterzeit heil über die Runden kommen. Deswegen ist seitens der Landesregierung beschlossen worden, den Anwärtersonderzuschlag im Bereich des Strafvollzugs wieder einzuführen.

(Beifall des Abg. Kiesswetter FDP/DVP)

Ich halte auch das für einen ganz wichtigen Schritt nach vorne und für ein ganz wichtiges Signal.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Justizminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Redling?

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Ja, bitte.

Abg. Redling SPD: Herr Justizminister, wie halten Sie es denn in diesem Zusammenhang mit der Besetzungs- und Beförderungssperre?

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Da muss ich Ihnen ehrlich sagen: Hinsichtlich der Besetzungs- und Beförderungssperre kann ich natürlich nicht zu jedem praktischen Fall Stellung nehmen. Aber in Fällen eines unabweisbaren Bedarfs ist es ja möglich, von der Besetzungs- und Beförderungssperre abzusehen.

Meinen Sie jetzt die Beförderungssperre oder die Besetzungssperre?

(Abg. Redling SPD: Beides zusammen!)

Bei den Stellenhebungen?

(Abg. Redling SPD: Sie haben eben angekündigt: In A 8 und A 9 wollen Sie mehr Stellen schaffen!)

– An der Beförderungssperre und Besetzungssperre scheitert das sicher nicht. Ich muss sagen: Ich habe im Moment ein bisschen Mühe, den technischen Zusammenhang der Frage zu verstehen. Das ist ja nun eher eine Frage der Durchführung. Daran, dass wir innerhalb von vier Jahren diese vier Tranchen durchziehen, gibt es überhaupt keinen Zweifel, und dem wird sicher auch keine Beförderungssperre im Wege stehen.

(Abg. Redling SPD: Wie machen Sie das technisch?)

– Wir haben ja Luft, wenn wir es in vier Tranchen machen. Das ist sicher technisch in den Griff zu kriegen. – Ich hoffe, dass Ihre Frage damit beantwortet ist.

Ich darf noch einmal zur Situation insgesamt zurückkommen. Wir sollten feststellen, dass sie schwierig ist, dass wir nicht alle Wünsche erfüllen können, dass sich aber der Strafvollzug insgesamt in einem Zustand befindet, bei dem man sagen kann: Er funktioniert. Wir haben eine Reihe von Maßnahmen für die Zukunft ergriffen. Wir können den betroffenen Beschäftigten jetzt schon eine Reihe von Verbesserungen bieten, die ihnen – ich sage es noch einmal – woanders nicht geboten werden.

Vor diesem Hintergrund möchte ich am Schluss die Frage stellen: Woher beziehen Sie vonseiten der antragstellenden Fraktion eigentlich Ihre Informationen und Ihr Bild vom Vollzug? Mit dem, was sich im Vollzug tatsächlich abspielt, hat das nichts zu tun. Wir werden die Realität in diesem Bereich weiter verbessern.

Ich darf mich zum Schluss noch einmal für die Unterstützung der Fraktionen, insbesondere der die Regierung tragenden Fraktionen, aber auch aller anderen Fraktionen bedanken, die sich heute für die Belange des Strafvollzugs eingesetzt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Es handelt sich um zwei Berichtsansträge. Ich gehe davon aus, dass sie durch die Aussprache erledigt sind. – Sie stimmen dem zu.

Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Forschung und Entwicklung – Drucksache 12/1063

(Stellv. Präsident Birzele)

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erhält Herr Abg. Hausmann.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorlage, über die wir heute diskutieren, ist nicht mehr ganz taufrisch. Von daher geben die Antworten etwas weniger her. Trotzdem meine ich, dass sich die Diskussion darüber lohnt, wie wir mit neuen Produkten und Dienstleistungen umgehen, wie wir die Forschung, die Entwicklung und die Markteinführung entsprechend unterstützen können, damit am Ende neue Produkte stehen, damit am Ende natürlich neue Arbeitsplätze stehen, damit unsere Wirtschafts- und Förderpolitik etwas für die Menschen in Baden-Württemberg tun kann und damit letztlich unser Land gestärkt wird.

Die Innovationszyklen – darüber sind sich, glaube ich, alle einig – haben sich in den letzten Jahren rasant verändert. Wir haben im Bereich der Großcomputer vor zehn Jahren noch viereinhalb Jahre für die Entwicklung einer neuen Generation gebraucht, heute sind es 18 Monate. Beim PC ist die Entwicklung von drei Jahren auf ein Jahr gegangen, und in der Automobilindustrie ist der Zeitraum der Entwicklung des Autos von sieben bis acht Jahren auf vier bis fünf Jahre zurückgegangen.

Meine Damen und Herren, es gibt Anforderungen an die Unternehmen und Forschungseinrichtungen, aber auch Anforderungen an die Förderpolitik und an die Wirtschaftspolitik des Landes. Dazu sind aus meiner Sicht zwei Dinge notwendig: zum einen dass berücksichtigt wird, dass das Land die Aufgabe hat, spezifische Schwächen der kleinen und mittleren Unternehmen durch eine entsprechende Förderpolitik auszugleichen, zum anderen eine verlässliche, berechenbare, aber auch zielgerichtete und effektive Förderung zu betreiben.

Ich fange mit dem Aspekt der Verlässlichkeit an. Herr Wirtschaftsminister Döring

(Abg. Reinelt SPD: Der nicht da ist!)

hat in diesem Hause vor knapp zwei Jahren ausgeführt, dass das CI-Programm zweistellig bleiben müsse – was den Millionenbetrag angeht –, dass Kürzungen in der Anwendungsforschung an der Schmerzgrenze angelangt seien. Wenn wir uns dann die mittelfristige Planung anschauen, entdecken wir in Titelgruppe 74 der mittelfristigen Planung für das Jahr 2000 einen Ansatz von sage und schreibe null DM!

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, das ist natürlich keine berechenbare Politik. Ich denke, in die Titelgruppe 74 müssen feste und berechenbare Haushaltsansätze aufgenommen werden. Denn alles andere schadet der Förderkultur des Landes, statt ihr zu nützen.

Zum Aspekt der Zielgerichtetheit und Effektivität: Es gibt bis heute keine verlässlichen Daten, wie wirksam unsere Programme sind, wie sich neue Produkte, Dienstleistungen auf dem Markt etablieren können. Es gibt lediglich ein paar

Anhaltspunkte: Anhaltspunkt CI-Programm als Antwort auf eine von uns damals gestellte Anfrage. Es gibt ein paar Indizien in der Verbundforschung nach dem Motto „Wie viele Unternehmen sind insgesamt bei entsprechenden Projekten beteiligt?“, aber es gibt weder rückwirkend noch für die Zukunft die notwendigen Kriterien, die eine möglichst hohe Effektivität gewährleisten würden.

Meine Damen und Herren, es ist an der Zeit, endlich ein Instrumentarium zu erarbeiten und anzulegen, das über geeignete Controllinginstrumente zum einen überprüfbare Wirkungen von Programmen feststellen lässt und zum anderen vor allem für die konzeptionelle Weiterentwicklung deutliche Daten und Anhaltspunkte an die Hand gibt.

(Beifall bei der SPD)

Was findet tatsächlich statt? Derzeit werden in der Förderpolitik vorhandene Produkte und Ergebnisse bearbeitet – nicht sehr spektakulär, aber immerhin notwendig. Ich glaube, dass es unter diesem Aspekt nicht viel zu meckern gibt. Zum Beispiel halte ich den Ansatz der Telearbeit in Baden-Württemberg für gelungen. Daran sind alle wesentlichen Gesellschaftsgruppen beteiligt, da ist der Geschäftsführer neben dem Betriebsrat, der Unternehmer neben dem Gewerkschafter, Herr Dr. Spöri mit Herrn Dr. Döring an einem Tisch. Ich denke, es gibt Aussichten, dass da etwas Ordentliches herauskommt.

(Abg. Bebber SPD: Wo ist denn der Wirtschaftsminister? – Abg. Reinelt SPD: Wo ist denn der Minister?)

– Das ist vielleicht auch das Problem hier.

Aber, meine Damen und Herren: Warum um Himmels willen nutzt das Land seine Möglichkeiten bei diesem positiven und guten Ansatz nicht voll aus? Wir haben bei 270 000 Beschäftigten derzeit sage und schreibe weniger als 20 Telearbeitsplätze in Baden-Württemberg. Ich meine, das Land vertut sich eine Chance, das Land vertut sich Möglichkeiten. Es hat Nachholbedarf, da einiges einzu- bringen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das alles ist gute handwerkliche Arbeit. Sie wird im Mittelmaß bleiben, wenn es so weitergeht, dass die Spitzentechnologie und deren Förderung und die Entwicklung überhaupt nicht mehr stattfinden. Zu diesem Teil werde ich in der zweiten Runde noch Ausführungen machen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Keitel.

Abg. Keitel CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute über einen Antrag der SPD mit einem reichlich alten Datum. Er ist am 21. Februar 1997 eingegangen und wurde am 6. Juni 1997 beantwortet. Die SPD hat damals abgefragt, wie sich die Ausgaben für Forschung und Bildung im Land Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Ländern entwickelt

(Keitel)

haben. Sie hat auch Fragen zur Forschungsstruktur gestellt. Sie hätten den Antrag schon lange hier diskutieren können, aber Sie haben natürlich schon gedacht, dass es nicht gerade ideal wäre, ihn noch vor der Bundestagswahl hier zu diskutieren.

(Abg. Bebbler SPD: Jetzt bruddeln Sie doch nicht so! Reden Sie zur Sache! Dann geht die Sache weiter!)

Denn wenn Sie die Daten sehen – lesen Sie die Antworten nach, die in der Stellungnahme zu dem Antrag stehen –, dann können Sie daraus entnehmen,

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

dass das Land Baden-Württemberg in Forschung und Entwicklung bundesweit an der Spitze steht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, in der Stellungnahme zu Ihrem Antrag haben Sie Zahlen, die, glaube ich, aus dem Jahr 1993 stammen. In der Zwischenzeit liegen neueste Zahlen für 1995 vor – Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Diese Zahlen müssen Sie sich einmal anhören. Demnach gibt das Land Baden-Württemberg für Forschung und Entwicklung pro Kopf 1 770 DM aus. Danach kommt Bayern, und dann kommen irgendwo das große Flächenland Nordrhein-Westfalen mit 740 DM pro Kopf, Niedersachsen mit 700 DM pro Kopf und das Saarland mit 370 DM pro Kopf.

Sie haben den Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt abgefragt. Da schaut es ganz genauso aus: Baden-Württemberg liegt mit 3,7 % Anteil dieser Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt einsam an der Spitze. Nordrhein-Westfalen hat einen Anteil von 1,7 %, Niedersachsen 1,8 % und das Saarland 0,9 %. Ich könnte das fortführen.

Bei den F-und-E-Ausgaben insgesamt – alles, was an F-und-E-Ausgaben getätigt wird – hat das Land Baden-Württemberg 18,2 Milliarden DM aufgewendet. Hessen hat 7,1 Milliarden DM aufgewendet, Nordrhein-Westfalen 13,2 Milliarden DM.

Weil Sie gesagt haben, diese Politik wirke sich nicht auf die Beschäftigung in Baden-Württemberg aus, noch eine Zahl: In diesem Land Baden-Württemberg arbeiten in F-und-E-Bereichen in Vollzeitäquivalenten, also als Vollzeit-arbeitskräfte, 82 780 Menschen. Im großen Flächenland Nordrhein-Westfalen sind es 61 970.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann nicht nachvollziehen, was der Vorredner dazu hier vorgetragen hat.

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Wenn Sie sich die F-und-E-Ausgaben insgesamt auch einmal weltweit betrachten, dann sehen Sie: Baden-Württemberg liegt europaweit und weltweit, gemessen am Bruttosozialprodukt, an der Spitze.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben die Forschungsinfrastruktur angesprochen, Herr Vorredner.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Auch da sollten Sie sich einmal die Infrastruktur insgesamt in Baden-Württemberg ansehen.

(Abg. Bebbler SPD: Spitze!)

Es gibt im Moment kein Land, das eine so breit gefächerte Forschungsinfrastruktur hat wie Baden-Württemberg.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Das beginnt bei der Grundlagenforschung an unseren Hochschulen. Es geht weiter über die anwendungsorientierte wirtschaftsnahe Forschung, die ein wichtiges Bindeglied zu unserer mittelständischen Wirtschaft ist. Meine Damen und Herren, das geht hinein in den Forschungstransfer. Ich will da keine Einzelheiten ansprechen; lesen Sie dazu die Stellungnahme zum Antrag nach: zehn Institute der industriellen Gemeinschaftsforschung, acht Vertragsforschungseinrichtungen

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

– das müssen Sie sich schon anhören; wenn Sie einen solchen Antrag stellen, müssen Sie auch die entsprechenden Antworten ertragen –, über 200 Transferzentren der Steinbeis-Stiftung. Das ist einzigartig in Deutschland.

Ich will überhaupt nicht bestreiten, dass wir, wie Sie sagten, in den letzten Jahren angesichts der Haushaltsprobleme in einzelnen Programmen, insbesondere bei der wirtschaftsnahen Forschung, ein Stück weit Einsparungen vornehmen mussten. Aber, meine Damen und Herren, nach wie vor sind die Ansätze mit denen jedes Landes in der Bundesrepublik vergleichbar und besser. Deswegen lasse ich mir auch von Ihnen nicht vorhalten, wir seien da nachlässig.

Wir haben über unsere Zukunftsoffensive Junge Generation 100 Millionen DM in die Verbundforschung gesteckt. Dort wird jedes Forschungsinstitut verpflichtet, fünf mittelständische Betriebe mit ins Boot zu nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist eine ganz zielgerichtete Forschungs- und Entwicklungspolitik für Mittelstand und Handwerk. Suchen Sie so etwas einmal in einem anderen Land Deutschlands, zum Beispiel dort, wo Sie politische Verantwortung haben!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, das CI-Programm wurde angesprochen. Auch wir sind der Meinung, dass das CI-Programm ein zielgerichtetes Programm für den Mittelstand und für unsere Wirtschaft ist, und auch wir wünschen uns, dass es da in den nächsten Jahren wieder zu einer höheren Dotierung kommt. Aber wir wissen natürlich, in welchen haushaltspolitischen Sachzwängen wir stehen. Ich habe da Ihrer Kritik nichts hinzuzufügen; ich unterstreiche das, was

(Keitel)

Sie gesagt haben. Wir wollen gemeinsam versuchen, in den nächsten Jahren eine Verbesserung zu erreichen. Aber ich sehe überhaupt keinen Anlass, uns große Vorwürfe zu machen.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Lassen Sie mich eine Bemerkung zu dem machen, was Sie zur schnelleren Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse in der Wirtschaft gesagt haben. Es handelt sich in der Tat um ein Anliegen, das wir gemeinsam angehen müssen, und ich will auch nicht bestreiten, dass es da in den letzten Jahren ab und zu einmal Reibungsverluste gegeben hat.

Aber lesen Sie auch dazu die Stellungnahme zu Ihrem Antrag nach. Die Umsetzungszyklen sind drastisch verkürzt worden. Ich kann nur darum bitten, in Zukunft verstärkt darauf zu achten, dass wir nicht nur beraten, sondern auch die Firmen bei der Umsetzung direkt begleiten. Ich denke, da muss das eine oder andere besprochen werden. Aber auch dies ist machbar, und es wird vorangebracht.

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluss kommen. Sie sind in Bonn an der Regierung, und Sie haben eine große Verantwortung dafür, dass technische Entwicklungen und Innovationen auf den Weg gebracht werden. Sie sind mit großen Vorgaben angetreten.

(Minister Dr. Döring: Und bringen nichts!)

Ich kann nur sagen: Bis zum heutigen Tag haben Sie nichts, aber auch überhaupt nichts gebracht.

(Abg. Bebber SPD: Übernehmen Sie sich nicht! –
Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Sie bringen nicht einmal die steuerlichen Rahmenbedingungen hin, die notwendig wären, um Wissenschaft und Forschung in diesem Land zu fördern.

(Beifall bei der CDU)

Ich prophezeie Ihnen: Wenn Sie so weitermachen wie bisher, werden Sie im Bereich der Wirtschaftspolitik eine Bauchlandung ohnegleichen erleben, und Sie werden sehen, wohin die Politik führt, die Sie auf diesem Gebiet in der Zwischenzeit in Bonn betreiben.

(Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich bei der Landesregierung dafür, dass wir in diesem Land auf dem Feld, das für das rohstoffarme Land Baden-Württemberg eine zentrale Bedeutung hat, in den letzten Jahren so innovativ waren. Ich bin fest davon überzeugt, dass dieses Land diese Spitzenposition in der Bundesrepublik Deutschland in Zukunft auch ohne Sie halten wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Nagel SPD: Ohne Sie auch!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Keitel, ich weiß nicht, warum Sie sich hier angegriffen fühlen.

(Abg. Bebber SPD: Er fühlt sich immer angegriffen!)

Ich habe Herrn Kollegen Hausmann nicht so verstanden, als wollte er Ihnen nachweisen, dass das Land Baden-Württemberg in punkto Forschung und Entwicklung nicht Spitze sei. Nur: Die Begründung „Wir sind deshalb Spitze in Baden-Württemberg, weil wir Spitze sind“ ist doch etwas dünn.

Sie haben darauf hingewiesen, dass dieser Antrag nunmehr zwei Jahre alt ist. Daraus ergibt sich erstens das Problem, dass sich der Referenzzeitraum, mit dem wir hier in den Antworten umgehen müssen, auf die Jahre 1992 bis 1996 bezieht und die Zahlen mittlerweile schon drei Jahre alt sind. Es ergibt sich auch ein anderes Problem – das hat nichts mit dem Alter des Antrags zu tun, sondern mit dem Antrag selber –: Er schlüsselt nicht spezifisch genau die Branchen auf.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Die Antwort, die in der Stellungnahme zu dem Antrag enthalten ist, lautet – und die ist richtig und unbestritten und auch überhaupt nicht neu –, dass das Land Baden-Württemberg, wenn man es mit anderen Bundesländern vergleicht, auch wenn man es europaweit vergleicht, was die öffentlichen Ausgaben und was die Ausgaben der Privaten für den Bereich Forschung und Entwicklung angeht, tatsächlich Spitze ist. Das ist unbestritten. Das ist ein Verdienst der in Baden-Württemberg ansässigen Unternehmen, die einfach hier auch Geld investieren. Das ist auch ein Verdienst – das will ich gar nicht bestreiten – der Landesregierung, die natürlich auch seit Jahrzehnten aufgrund der Tatsache, dass Baden-Württemberg eben ein rohstoffarmes Land ist, insbesondere in den Bereich Forschung und Entwicklung Geld investiert hat. Das, meine Damen und Herren, kann aber gar nicht der Gegenstand des Streitigen sein.

Der Gegenstand des Streitigen, wenn es denn ein Streit sein soll – ich denke eher, man sollte sich über die Frage auseinander setzen, was man denn besser machen könnte –, muss die Frage sein, ob nicht die Zahlen allein trügen, ob also nicht die nackten Zahlen, was hier für Forschung und Entwicklung ausgegeben wird, vielleicht blind und satt machen, dass der Erfolg also dazu führt, dass man nicht so genau hinschaut. Sie kennen das ostasiatische, das japanische Wort „Kaizen“. Das ist ständige Erneuerung, ständige Verbesserung und die Tatsache, dass man nicht aus dem Erfolg heraus glaubt, dass sich dieser Erfolg von allein perpetuiert.

(Abg. Keitel CDU: Sie hätten gern Misserfolg?)

Das ist die Frage, über die man sich auseinander setzen soll, und so habe ich Herrn Hausmann auch verstanden.

(Abg. Keitel CDU: Sie hätten gern Misserfolg! Ist doch wahr!)

– Herr Kollege Keitel, das ist kein Grund, einfach nur die Zahlen zu wiederholen, sondern Sie sollten sich dieser Auseinandersetzung stellen.

(Abg. Keitel CDU: Ich stelle mich ihr!)

(Dr. Salomon)

Interessant an diesen Zahlen ist – das ist schon angeklungen, das ist nämlich die Frage von vor zwei oder drei Jahren gewesen –, dass viele unserer Gelder im Forschungsbereich – für das Kernforschungszentrum, das jetzige Forschungszentrum Karlsruhe, für das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrttechnik, für die Fraunhofer-Forschungsgesellschaft usw. – an eine komplementäre Finanzierung des Bundes gekoppelt sind, dass der Bund 90 % gibt und wir 10 % geben. Daher sind diese Gelder – was ja richtig ist – von uns aus nicht einfach einseitig kürzbar. Das hatte aber dann zur Folge, dass die Ansätze bei den Titelgruppen 74 und 79, wie es Herr Hausmann angesprochen hat, dort, wo die Mittel für die einzelbetriebliche Förderung ausgebracht waren – das CI-Programm und andere –, deshalb bei einer globalen Minderausgabe als einzig kürzbare Mittel gegen null gefahren wurden. Das ist natürlich ein großes Problem. Dieses Problem haben Sie erkannt, aber Sie haben es meines Erachtens noch nicht behoben. Das ist aber nur ein Punkt, nämlich der, bei dem es um die öffentliche Förderung geht.

Der Punkt, über den man sich streiten sollte, ist – ich habe es gesagt –, ob dieses Erfolgsmodell nicht zu Lernbarrieren im Sinne von „Wir sind immer noch gut“ führt, während die Entwicklung mittlerweile in einigen Bereichen vielleicht an uns vorbeigeht. Beispiel: Patente.

(Abg. Keitel CDU: Wir bleiben gut!)

Baden-Württemberg ist bei den Patenzulassungen immer noch Spitze, bundesweit und europaweit.

(Abg. Keitel CDU: Tatsache!)

Das sind, wenn Sie genau hingucken, aber Patente im Medizintechnikbereich, nicht im Hightechbereich.

(Minister Dr. Döring: Ist doch nicht wahr! – Abg. Keitel CDU: Das ist doch falsch!)

Das heißt, uns fehlen Spitzenentwicklungen. Wir konzentrieren uns immer noch auf die alten baden-württembergischen Industrien. Das sind der Maschinenbau und die Fahrzeugtechnik, aber die Spitzenentwicklungen fehlen uns noch. Wir haben ein Schnittstellenproblem dort, wo es hin zu neuen Werkstoffen, zur Software, zur Dünnschichttechnologie, Mikrosystemtechnik usw. geht.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ha, ha! – Abg. Keitel CDU: Stimmt doch nicht!)

Da machen wir zwar etwas – –

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Salomon, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Steim?

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber bitte, Herr Kollege.

Stellv. Präsident Weiser: Bitte.

Abg. Dr. Steim CDU: Herr Salomon, warum ist die Kraftfahrzeugindustrie kein Hightechunternehmen?

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Die Kraftfahrzeugindustrie ist, was ihre Elektronik angeht, natürlich schon ein Hightechunternehmen.

(Abg. Keitel CDU: Aber das wollen Sie nicht! Deswegen! Das ist Ideologie!)

Die Frage ist nur, ob dort Hightechentwicklungen und Patentierungen stattfinden. Das wird von den Experten verneint. Das ist aber eine ganz andere Geschichte.

(Abg. Keitel CDU: Sie hätten das Auto gern los!)

Dieser Frage müssen Sie sich stellen. Das ist die Frage, über die wir diskutieren müssen. Um diese Frage, Herr Kollege Keitel, haben Sie sich herumgedrückt.

Es wäre schön, wenn ich noch mehr Redezeit hätte, damit man sich mit dieser Frage beschäftigen könnte.

(Abg. Keitel CDU: Dann müssten wir uns noch mehr Ideologie anhören! Sie haben noch nichts gesagt!)

Ich glaube aber, dass dieser Antrag mit seiner unspezifischen Fragestellung, die nicht nach Branchen aufgeschlüsselt ist, das überhaupt nicht hergibt.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Fauser.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Es ist wirklich schade, dass Herr Salomon keine Zeit findet, sich näher zu erkundigen. Wir haben gerade im Hightechbereich sehr viel neue Erfindungen. Erst gestern hatten wir das große Vergnügen, die revolutionäre CIS-Technologie im Solarbereich endlich auf den Weg zu bringen.

Ich freue mich außerordentlich über den Antrag der SPD, weil er uns die Chance liefert, Ihnen klarzumachen, dass wir im Land wirklich gut sind und auch in Zukunft gut bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Ich kann dieses Gemeckere nicht mehr hören: apocalypse now, es geht abwärts. Dabei muss man sich nur flächendeckend umschaun, um festzustellen, dass wir besser sind als jedes SPD-regierte Land.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

Das sind Tatsachen, meine Damen und Herren. Baden-Württemberg ist führend in Europa.

(Abg. Nagel SPD: Wir sind sogar besser als Uganda!)

– Herr Nagel, das ist dummes Geschwätz.

(Abg. Weimer SPD: Bleiben Sie doch einmal ein bisschen ruhiger!)

Ich möchte Ihnen ein paar Zahlen nennen. Baden-Württemberg hat über 100 Forschungseinrichtungen. Wir haben 14 Max-Planck-Institute, das sind 20 % aller Max-Planck-Institute in der Bundesrepublik. 14 Fraunhofer-Institute –

(Beate Fauser)

das sind 40 % aller Institute, die es in der Bundesrepublik gibt – sind in Baden-Württemberg angesiedelt. 25 % aller Großforschungsinstitute sind in Baden-Württemberg. So etwas muss doch einmal erwähnt werden. Die jungen Leute werden ja – wie gestern geschehen – erschreckt, dabei müssen wir ihnen für die Zukunft Hoffnung machen.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Ja!)

Baden-Württemberg hat mit 70 Hochschuleinrichtungen, davon neun Universitäten und 15 technisch orientierte Fachhochschulen, ganz hervorragende wissenschaftliche Einrichtungen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Erzählen Sie doch einmal etwas Neues, Frau Kollegin! – Gegenruf des Abg. Keitel CDU: Ihr Beitrag war bereits, Herr Salomon!)

Das ist wichtig, und das brauchen wir auch, sonst werden wir in Zukunft unseren Spitzenplatz nicht halten können.

Mit den Berufsakademien, deren Gründung ein echter Fortschritt war, haben wir einen weiteren Baustein zwischen Theorie und Praxis. Wir beschäftigen sage und schreibe 65 000 Professoren, Assistenten und weiteres Personal an den Hochschulen, und wir haben 800 000 Erwerbstätige in forschungintensiven Bereichen. Das sind 20 % aller Arbeitnehmer. Da stellt sich Herr Salomon hin und sagt: In Zukunft sind die alle nicht mehr in der Lage, neue Dinge zu entwickeln.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Lesen Sie doch einmal das Protokoll! Das habe ich mit keinem Wort gesagt!)

Herr Salomon, Sie sind einfach nicht in der Lage, etwas Positives anzuerkennen. Ihnen liegt daran, zu nörgeln. Unter den 10 000 Patenten gibt es bestimmt solche und solche, aber es wird Sie doch freuen, zu hören, dass wir in der Nähe von Ulm ein neues Forschungszentrum der Firma Daimler-Chrysler haben, in dem allein 150 Ingenieure an der Entwicklung der Brennstoffzelle arbeiten.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das bräuchten Sie auch einmal, eine Brennstoffzelle!)

Es ist ein herausragendes Zeichen dafür, welche gute Leute wir in Baden-Württemberg haben, dass unsere Industrie 75 % aller Forschungstätigkeiten in diesem Land abwickelt.

Um es gleich noch einmal zu sagen: Sie dürfen versichert sein, dass in den SPD-regierten Ländern mit einer Leistungsnivellierung, mit einem Schulsystem, das sich mit einem „Struwelpeter-Abitur“ hervortut, solche Leistungen überhaupt nicht vollbracht werden können. Das muss man einmal ganz deutlich sagen.

(Abg. Birzele SPD: Ja sag einmal! Wie weit ist die FDP gesunken!)

– Herr Birzele, beruhigen Sie sich.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Wenn man so etwas hört! – Abg. Birzele SPD: Lesen Sie einmal aus den vergangenen Legislaturperioden, was Ihre Kolleginnen und Kollegen gesagt haben! – Weitere lebhaftes Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren!

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Wir sind auch im Bereich Biotechnologie wirklich vorne mit 80 Unternehmen, während Nordrhein-Westfalen gerade auf 65 kommt und Bayern auf 60.

Baden-Württemberg ist im Bereich Multimedia auf Platz 1 im deutschsprachigen Raum, und diese Position wird weiterentwickelt, unter anderem mit dem Vorhaben der Fraunhofer-Gesellschaft

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Weimer SPD: Das wird ja immer schlimmer mit Ihnen!)

– Herr Weimer, beruhigen Sie sich; schauen Sie nach Tübingen, dort gibt es sehr gute Institutionen, die sollten Sie einmal besuchen –

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Gerade bei Multimedia nicht! Das ist doch offensichtlich! – Zuruf des Abg. Weimer SPD)

„Kundenorientiertes Kooperationsnetzwerk“, bei dem Anwender und Anbieter von Software für dreidimensionale Darstellung von komplexen Produkten und Prozessen von einem Informationsvermittler zusammengeführt werden.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Meine Damen und Herren, beruhigen Sie sich, oder gehen Sie nach draußen, wenn Sie weiterreden wollen.

(Oi-Rufe – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Deuschle REP – Unruhe)

Die vom Land geförderte Verbundforschung erfährt eine breite Resonanz, die engere Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft wird weiter vorangetrieben.

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

– Herr Nagel, mit Ihrer Politik wären wir schon lange am Ende.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Nagel SPD: Das haben wir am 27. September gemerkt! – Weitere Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Hier sind nicht nur die Existenzgründungszentren am Campus zu erwähnen, sondern ist auch eine neue Art der technologiespezifischen Zusammenarbeit im Rahmen des sogenannten Foundry-Konzepts für Mikrosystemtechnik zu nennen, die interessierten Unternehmen

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Entwicklungsdienstleistungen und Fertigungskapazitäten aus einer Hand anbietet.

Die Entwicklung der virtuellen Hochschule ist nur ein Thema. Die Messe „Wissenschaft trifft Wirtschaft“ ist ein weiterer Mosaikstein der Zukunftsentwicklung. Die in vielen Bereichen hervorragende Arbeit der Steinbeis-Stiftung gehört immer wieder hervorgehoben. Denn hier können sich die Unternehmen in 200 Transferzentren die entsprechenden wissenschaftlichen Problemlösungen erarbeiten lassen bzw. sich Informationen und Rat einholen.

Stellv. Präsident Weiser: Frau Kollegin, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, ich bedanke mich für den Hinweis.

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Weiser: Sie dürfen sich nicht nur für den Hinweis bedanken, Sie müssen ihn auch beachten.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ich möchte eines ganz klar sagen: Wir brauchen hier im Land eine Aufbruchstimmung, und zwar nicht die, die Rot-Grün in Bonn zelebriert, bei der sich die Firma Henkel inzwischen überlegt, den gesamten chemischen Bereich aus Deutschland abzuziehen. Vielmehr brauchen wir eine Aufbruchstimmung, damit die Leute hier im Biotechnologiebereich, in anderen Zukunftsforschungen weiter tätig sind.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Entwicklung neuer Produkte und Prozesstechnologien für Märkte in einer Marktwirtschaft ist eine originäre Aufgabe der Unternehmen. Die Verantwortung des Staates liegt in erster Linie in der Gestaltung innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen und einer flexiblen, leistungs- und anpassungsfähigen wissenschaftstechnischen Infrastruktur. In der Forschungsförderung sind die öffentlichen Mittel für die Grundlagenforschung möglichst marktkonform einzusetzen, ohne strukturlenkend zu wirken.

Wir Republikaner sind der Auffassung, dass sich darüber hinaus die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung nicht im Rahmen eines staatlich-bürokratischen Prozesses planen lässt. Ich habe den Eindruck, manche – vor allem von links – wollen hier eine solche Strukturplanung. Entscheidend für die Umsetzung von Erfolg versprechenden Innovationen sind unternehmerische Entscheidungen. Daher muss jede Bevorzugung oder Diskriminierung von Forschungsvorhaben im anwendungsorientierten Bereich unterbleiben.

Dies bedeutet nach unserer Auffassung, Herr Minister, eine Umstellung der Forschungsförderung von der gegenwärtigen stark projekt- oder objektbezogenen Förderung hin zu einer indirekten Förderung, zu einem indirekten Förderungssystem. Dies soll am besten durch Vergabe von öffentlichen Zuschüssen und/oder von Steuerermäßigungen für betrieblich nachgewiesene Forschungsausgaben geschehen. Dies bringt viel mehr Flexibilität und auch eine höhere Erfolgsrate bei der marktmäßigen Durchsetzung von Neuerungen als staatliche Planung. Dazu hätte ich von Ihnen, Herr Minister, nachher gern etwas gehört. Ein indirektes Fördersystem sorgt auch – das ist für uns ganz wichtig – für eine bessere Einbeziehung mittelständischer Betriebe in diese Forschungsförderung.

Wenn man weiß, dass es 756 – ich wiederhole: 756 – verschiedene Förderprogramme für den Mittelstand gibt, davon 150 beim Bund, 106 bei der EU und 500 bei den Ländern, stellt sich die Frage, wie sich hier ein kleiner Mittelständler ohne eine Forschungsabteilung, wie sie ein Großbetrieb hat, durch einen solchen Förderungsdschungel durchkämpfen soll. Herr Minister, ich würde gern wissen, was Sie vorhaben, um dies zu verändern, und wie Sie dadurch vielleicht auch mehr Effizienz in der Förderung erreichen wollen.

Es ist auch ein Irrglaube, meine Damen und Herren, dass Großunternehmen per se forschungs- und innovationsfreundlicher wären als kleine, mittelständische Betriebe. Herr Dr. Schade hat am Fall eines großen Automobilunternehmens nachgewiesen, dass sich die technische Weiterentwicklung im Großbetrieb im Grunde entlang der vorhandenen Technologien und der vorhandenen Entwicklungspfade vollzieht, weil Innovationen, die zur Verbesserung vorherrschender Techniken beitragen, in einem Großbetrieb viel leichter als in einem Klein- oder Mittelbetrieb umsetzbar seien, während wirkliche Neuheiten nur sehr schwer oder gar nicht zu erreichen sind und oft an der innerbetrieblichen Bürokratie von Großunternehmen scheitern. Das heißt also, dass wir schwerpunktmäßig auf die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe orientiert sein sollten, die uns auch im Zuge der Globalisierung nicht so im Stich lassen wie Großbetriebe, die ihre Produktion auch immer mehr verlagern.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, die Forschungsinfrastruktur in Baden-Württemberg ist im Ländervergleich hervorragend. Das wurde schon von verschiedener Seite gesagt. Wir haben auch gar kein Problem, das hier zu sagen. Auch als Vertreter einer Oppositionsfraktion gilt es, dies anzuerkennen. Ich freue mich – das sage ich ganz offen – im Gegensatz zu Rot-Grün darüber, dass es unserem Land hier gut geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Da könnten vielleicht auch die Kollegen von der CDU einmal klatschen.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Ich nehme nicht an, dass das bei Ihnen gleich einen Parteiausschluss zur Folge hat.

(Abg. Capezzuto SPD: Doch!)

Erfreulich ist auch, dass die deutsche Wirtschaft im Jahr 1998 erstmals wieder ansteigende Ausgaben für Forschung und Entwicklung vermelden kann. Dies hat der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft erst vor kurzem dargelegt. Ob sich diese Entwicklung aber auch bei einer rot-grünen Regierung fortsetzt, muss füglich bezweifelt werden, da der grüne Koalitionspartner eher durch eine dumpfe Technikfeindlichkeit aufgefallen ist.

(Beifall bei den Republikanern – Oh-Rufe vom Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber die Reps sind allem Neuen aufgeschlossen! – Abg. Rudolf Hausmann SPD: O Mann! Redezeit!)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Deuschle REP: Danke, Herr Präsident, aber es musste an dieser Stelle auch gesagt werden, dass wir durch diese Technikfeindlichkeit von Rot-Grün die Bedingungen für unser Land verschlechtern und dass wir die Zeche für Ihre verfehlte Politik noch zu zahlen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Nagel SPD:
Es sprach der steinzeitpolitische Sprecher der
Reps!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Hausmann.

(Abg. Capezzuto SPD: Hausmann! – Gegenruf:
Das hat er doch gesagt!)

Stellv. Präsident Weiser: Das habe ich doch gesagt. Sie müssen zuhören und sollten nicht immer dazwischenrufen. Ich stelle es nur fest.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Wenn der Herr Präsident mich reden lässt, dann rede ich jetzt.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Fauser, ich wollte einfach vorsichtshalber als Vorbemerkung darauf hinweisen, dass die tollen Zahlen, die Sie zitiert haben, in einer Zeit zustande gekommen sind, in der Sie sich, wenn ich mich recht erinnere, ausschließlich in der Opposition befunden haben.

Herr Keitel, ich möchte Sie daran erinnern, dass die tollen Zahlen, die Sie zitiert haben, in einer Zeit zustande gekommen sind, in der die SPD mit an der Regierung war.

(Abg. Keitel CDU: Ach du liebe Zeit! – Oh-Rufe
von der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn Frau Fauser und Herrn Keitel nichts Besseres einfällt, als immer wieder zu sagen, wie toll wir doch seien, habe ich bei Ihnen, Herr Keitel – ich wusste gar nicht, dass Sie reden –, Lust, zum Dichter zu werden und zu sagen: Nicht so eitel, Herr Keitel. Auch die Besten können einmal ganz nach hinten kommen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Sehr
gut!)

Wenn man in der Debatte auf die Bundesregierung zu sprechen kommt, darf ich daran erinnern – vielleicht haben Sie es nicht registriert oder nicht aufgepasst oder sonst etwas –, dass die neue Bundesregierung im ersten Haushalt, den sie zu verantworten hat, für Forschung und Bildung 1 Milliarde DM mehr als bisher eingestellt hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Weimer SPD: Aha!)

Ich möchte Sie einmal bitten, das zur Kenntnis zu nehmen, zumal Sie wissen, dass die Forschung zum großen Teil im Verhältnis 9 : 1 zwischen dem Bund und dem Land hier bei uns im Land funktioniert.

Was ich ganz schlimm finde – das sage ich Ihnen jetzt –, was ich dramatisch finde, ist, dass Ihnen überhaupt nichts

einfällt, als aus der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zum Antrag vorzulesen, dass Sie überhaupt nicht in der Lage sind, zu problematisieren, und sich überhaupt nicht in der Lage gezeigt haben, die unglaublich guten Voraussetzungen, die es in Baden-Württemberg gibt, so kritisch anzuschauen, dass sie ordentlich und sauber und perspektivreich entwickelt werden können. Das ist Ihre Schwachstelle und Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Salomon hat es vorhin aus meiner Sicht richtig gesagt: Sie haben ein Problem mit der Spitzentechnologie. Ich nenne jetzt ein Beispiel, mit dem Sie vielleicht nicht ganz einverstanden sind, nämlich die Entwicklung der Set-Top-Box. Das ist eine alte Diskussion von vor zwei Jahren, die ich gar nicht auffrischen will.

(Abg. Wieser CDU: Sprechen Sie doch mal über
die Datenautobahn von Spöri!)

– Wir sind doch bei der Datenautobahn.

Herr Hofer von der FDP/DVP hat damals gesagt, dem PC im Zusammenhang mit dem Internet gehöre die Zukunft. Beispielsweise in der Fachzeitschrift „e-commerce“ wird im Februar 1999 jedoch festgestellt, dass damit gerechnet wird, dass der PC im Jahr 2005 in der Internetanwendung von Nicht-PC-Geräten überholt sein wird. Da lag eine ordentliche Fehleinschätzung von Ihnen vor.

Die Fehleinschätzung ist aber gar nicht das Dramatische, denn ein Politiker kann sich einmal täuschen, wie jeder andere auch. Das Dramatische ist, dass Sie aus der Fehleinschätzung keine Konsequenzen ziehen. Sie haben damals eine falsche Politik entwickelt und ziehen heute nicht die Konsequenzen daraus, eine ordentliche andere Politik zu entwickeln. Ich will gar nicht von der Akzeptanzfrage reden, die Sie damals versäumt haben für sich ordentlich zu bearbeiten.

(Abg. Wieser CDU: Wie bei der Atomenergie,
Herr Kollege!)

Es muss klar sein, dass ich, wenn ich zu Hause eine Schreibmaschine und einen Internetzugang brauche, mir nicht unbedingt einen mehrere tausend Mark teuren Computer zulegen muss.

Meine Damen und Herren, die Frage, wie wir zum Beispiel mit der Entwicklung des Internets in Sachen Hardware umgehen, ist unbeantwortet. Da müssen Sie rangehen; Sie sind an der Regierung. Es wird sich die Frage stellen – auch da passiert nichts –: Wie gehen wir mit der zunehmenden Verstopfung der Datenautobahn um? Wir verwenden Telefonkabel, deren Nutzung hierfür technisch überholt ist. Hier muss es andere Alternativen geben. Da entdecke ich im Augenblick in der Entwicklungs- und Förderpolitik relativ wenig.

Eines will ich Ihnen zum Ende noch sagen: Wir haben einen Spitzenstandard in Baden-Württemberg, was Forschungs-, Entwicklungs- und auch Fördervoraussetzungen angeht, meine Damen und Herren.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Woher kommt
das wohl?)

(Rudolf Hausmann)

Wir haben die Tüftler, die Denker und die Schaffer. Wenn die mit ihrem Denken und Schaffen am Schluss deshalb nichts hinbekommen können, weil die Voraussetzungen nicht stimmen oder nicht geschaffen werden, oder wenn sie mit ihrem Fleiß in der Arbeitslosigkeit landen, sind das schlechte Voraussetzungen.

Eine Gesellschaft, die viele Menschen mit vielen guten Ideen hat und die viele gute Schaffer hat, hat auch die beste Förderung verdient, die jeweils weiterentwickelt werden muss, meine Damen und Herren.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Die hat auch 25 % SPD!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Wieser.

Abg. Wieser CDU: Herr Präsident, ich habe eine Frage an Frau Kollegin Fauser.

(Lachen bei der SPD – Abg. Nagel SPD: Herr Wieser, ich habe eine Frage an Sie!)

– Warten Sie doch einmal ab.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Sie hat vom „Struwelpeter-Abitur“ gesprochen. Da hätte ich gerne eine Erläuterung.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Wieser, eine Zwischenfrage innerhalb des Plenums, die nicht an den Redner gerichtet ist, ist in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen. Ich muss darauf hinweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie hätten jede Frage stellen können, als die Kollegin Fauser am Rednerpult war.

(Abg. Wieser CDU: Ich hätte gerne eine Erklärung zum „Struwelpeter-Abitur“, Herr Präsident! – Abg. Drexler SPD: Das ist wirklich peinlich! – Abg. Dr. Caroli SPD: Ich hätte jetzt gerne Herrn Wieser auch etwas gefragt, aber das kann ich ja nicht!)

– Entschuldigung, meine Damen und Herren, die Geschäftsordnung wird von hier aus praktiziert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zurufe von der SPD: Wieser raus!)

Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

Ich gehe davon aus, dass sich all jene, die geredet haben und Wert darauf gelegt haben, gehört zu werden, jetzt auch entsprechend verhalten.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem vom letzten Redner gerade anerkannt wurde, dass das Bundesland Baden-Württemberg bei Forschung und Entwicklung die Nummer 1 ist, will ich das noch einmal ausdrücklich betonen

(Abg. Wettstein SPD: Das ist nicht das Verdienst der Regierung!)

und vor allem, Herr Kollege Hausmann, mit einer Reihe von Zahlen, Daten und Fakten belegen.

Sie haben zum Beispiel nicht zur Kenntnis genommen, dass das Europäische Statistische Amt Ende 1998 das Land Baden-Württemberg zur Hightechregion Nummer 1 in Europa erklärt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Aufgrund welcher Zahlen?)

Nächster Punkt, Herr Kollege Hausmann – Herr Birzele, ganz ruhig –: Ich finde es schon sehr spannend, dass Herr Hausmann sich hier hinstellt

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

und wörtlich ausführt, dass Spitzentechnologie in Baden-Württemberg nicht mehr stattfindet. Gestern, bei einem absoluten Spitzentechnologieprojekt, nämlich bei dieser CIS-Fabrik, haben Sie aber mit Nein gestimmt. Das passt ja fantastisch zusammen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wettstein SPD: Das ist doch dummes Zeug! – Abg. Brinkmann SPD: Herr Präsident!)

Wir haben über die ZSW – –

Stellv. Präsident Weiser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage . . .

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Nein.

Stellv. Präsident Weiser: . . . des Herrn Abg. Brinkmann?

(Anhaltende lebhafte Unruhe)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Brinkmann hat schon einen roten Kopf; deswegen muss er warten. Erst beruhigen.

(Anhaltende Unruhe – Abg. Brinkmann SPD: Herr Präsident, so geht es nicht!)

Stellv. Präsident Weiser: Moment, Herr Kollege Brinkmann. Der Herr Minister hat eine Zwischenfrage abgelehnt. Das kann er nach der Geschäftsordnung. Und Sie können sich aufmachen und sich wieder setzen.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Nach der Geschäftsordnung – –

(Anhaltende große Unruhe)

Ihnen platzt ja fast schon der Kopf. Setzen Sie sich hin.

(Abg. Brinkmann SPD: Herr Präsident, das ist eine vertrauliche Angelegenheit aus dem Ausschuss! Das kann er hier nicht diskutieren! – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren – Herr Minister, einen Moment! –, an diesem Rednerpult bestimmt jeder Redner selber, was er zu den Themen aus-

(Stellv. Präsident Weiser)

führt. Solange er das in einer parlamentarisch einwandfreien Sprache tut – –

(Abg. Brinkmann SPD: Auch in vom Ausschuss als vertraulich deklarierten Angelegenheiten? Darf sich die Landesregierung alles erlauben?)

– Entschuldigung. Da haben Sie aber keinen Nachholbedarf. Aber wirklich.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit)

Bitte, Herr Minister, machen Sie weiter.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Dann berichte ich zum selben Thema, zu dem, was die CIS-Fabrik angeht. Herr Kollege Keitel hat meiner Ansicht nach zu Recht darauf hingewiesen – –

Stellv. Präsident Weiser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wettstein?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Am Ende dürfen Herr Wettstein, Herr Brinkmann und wer auch immer will Zusatzfragen stellen. Ich will jetzt aber selber einmal reden.

Stellv. Präsident Weiser: Gut.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Bei dieser CIS-Fabrik ist es darum gegangen, dass die alte Bundesregierung, Herr Kollege Keitel – die alte Bundesregierung –, zugesagt hat, dass sie 5 Millionen DM Fördermittel zur Verfügung stellt. Die neue Bundesregierung hat diesen Betrag glattweg um 1 Million DM gekürzt. Das sind die Fakten.

(Beifall des Abg. Mappus CDU – Abg. Schmiedel SPD: Weil Sie nur Schulden hinterlassen haben in Bonn! – Gegenruf des Abg. Mappus CDU: Ihr habt's nötig!)

Sie können jetzt nicht hier hinstehen und sagen, diese Landesregierung würde bei der Spitzentechnologie versagen oder nichts machen.

(Zurufe von der SPD, u. a. der Abg. Nagel, Schmiedel und Drexler)

– Kommen Sie doch nicht mit solchen faulen Ausreden. Kommen Sie doch nicht mit so faulen Ausreden. Sie können doch nicht auf der einen Seite fragen, woher das Geld in Bonn kommen soll, wenn es um Unterstützung geht, und von uns hier auf der anderen Seite Milliardenprogramme verlangen – hier, wo Sie den Haushalt viel besser kennen. Das passt hinten und vorne nicht zusammen, Herr Kollege Schmiedel, was Sie da erzählen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Nehmen Sie einen ordentlichen Ton an!)

Herr Kollege Dr. Salomon ist hier munter angetreten und hat gesagt, wir würden was weiß ich was forschen, irgendwo im Kohle- und Bergwerksbereich, oder was er uns vorgeworfen hat.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: „Kohle und Bergwerk“, wo habe ich das gesagt?)

Er hat uns vorgeworfen, dass wir in den modernen Bereichen überhaupt nicht zugange wären. Schauen Sie sich doch bitte einmal an, was bei der Verbundforschung passiert.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt liest er wieder das vor, was ihm sein Abteilungsleiter aufgeschrieben hat!)

Weil Sie es offensichtlich nicht wissen – „neue Materialien“ war ein Stichwort von Ihnen – –

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

– Nicht damals, sondern Verbundforschung 1998/99. Dabei ist natürlich die Produktionstechnik. Neue Materialien sind ein ganz zentraler Punkt bei der Verbundforschung. Sie haben angemahnt, dass wir das nicht machen würden, aber wir tun es. Sie haben keine Ahnung und kritisieren munter drauflos. So geht es nicht. Damit kommen Sie nicht vorwärts.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich komme zum nächsten Bereich: Für mich ist schon interessant, wenn Sie das, was wir im Zusammenhang mit der Verbundforschung machen, als „nicht zukunftsorientiert“ bezeichnen. Biotechnologie und Gentechnik sind Bestandteile der Verbundforschung. Das ist ausgesprochen zukunftsorientiert und wird im Rahmen der Verbundforschung gemacht. Ich dachte bisher immer, „Umwelt und Technologie“ sei ein Thema von Ihnen.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Das wird im Bereich der Verbundforschung ganz selbstverständlich gemacht. Das heißt, im Bereich Verbundforschung gehen wir mit 100 Millionen DM Landesmitteln und mit 100 Millionen DM von den Unternehmen, also mit unter dem Strich 200 Millionen DM, genau in die zukunftsorientierten Bereiche Forschung und Entwicklung, zu denen Sie vorhin angemahnt haben, dass wir sie endlich angehen müssten. Wir tun es längst, bloß haben Sie es nicht mitgekriegt, Herr Kollege Dr. Salomon.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich nenne einen weiteren Bereich: Hier wird munter verkündet, auch im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie, Multimedia täten wir nichts. Das ist mir wirklich arg, aber auch das muss man wirklich auf den Punkt bringen; auch dazu muss man die Ergebnisse sagen: Datenautobahn an der Wand, 500 Millionen DM Förderung durch die neue Landesregierung und 89 konkrete Einzelprojekte, alle 89 auf der Bahn, alle 89 funktionieren – mit 500 Millionen DM Förderung.

Was ist denn aus der Datenautobahn geworden? Stellen Sie sich hier doch nicht so hin und sagen Sie nicht, was für großartige Projekte Sie hätten oder angehen würden. Daraus ist nichts geworden. Wir haben die Konsequenz daraus gezogen. Es war gar nicht der Fehler des Vorgängers, dass daraus nichts geworden ist, sondern es lag an den Ko-

(Minister Dr. Döring)

operationspartnern, dass es nicht funktioniert hat. Deswegen haben wir dieses – –

(Zurufe von der SPD)

– Das ist so. Das liegt doch nicht am Vorgänger. Das sage ich doch ausdrücklich.

Aber dann muss man das auch anerkennen. Daraus haben wir die Konsequenz gezogen und haben gesagt: Machen wir kleinere Projekte, zielorientiert für Handwerk und Mittelstand. Ich denke an die Service-Initiative im Maschinenbau, ein wichtiges Thema für Baden-Württemberg. Ich denke an das jetzt vor wenigen Wochen neu auf den Weg gebrachte 10-Punkte-Programm. E-Commerce ist ganz selbstverständlich dabei, Herr Kollege Hausmann, was Sie angemahnt haben. Das Call-Center ist dabei, virtuelle Unternehmen sind dabei. Das ist alles drin. Deswegen weiß ich gar nicht, was Sie da kritisieren. Was überhaupt nicht geht, ist, dass Sie Dinge anmahnen, die wir endlich machen sollten, die wir schon auf den Weg gebracht haben. Das zeigt aber, wie gesagt, unter dem Strich, dass Sie nicht sehr viel von dem wissen, was tatsächlich in Baden-Württemberg auf den Weg gebracht wird.

Unsere Anstrengung sollte sein, gemeinsam mit Ihnen – es hat doch überhaupt keinen Wert, das Land herunterzureden – dafür zu sorgen, dass die Punkte, die auf den Weg gebracht worden sind, positiv fortgesetzt werden können.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: 4 Millionen DM reichen da nicht!)

Ich nenne ein weiteres Beispiel. Denken Sie einmal an die Bioparks: 12 Millionen DM Biopark-Unterstützung. In Heidelberg war 1996 die Grundsteinlegung, 1998 die Einweihung des Gebäudes.

(Abg. Weimer SPD: Das war auch der Vorgänger! Das war der Spöri!)

Bei der Einweihung, Herr Kollege Weimer, kam der Wunsch, eine mögliche Unterstützung für den zweiten Bau zu geben, weil es so hervorragend läuft,

(Abg. Nagel SPD: Ohne Unterstützung der Landesregierung!)

weil wir von der Landesregierung – und das war diese hier – richtigerweise entschieden haben: Wir unterstützen nicht nur denjenigen, der beim Biowettbewerb der Bundesregierung zum Zuge gekommen ist, sondern wir stellen weiterhin noch eigene Landesmittel zur Verfügung, damit wir in der Biotechnologie und in der Gentechnologie weitere Fortschritte erzielen können.

(Abg. Weimer SPD: Das ist doch alles unstrittig!)

Deswegen kommen Sie an den Zahlen nicht vorbei, dass bei uns 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts – aktuellere Zahlen als die von 1995 haben wir nicht – in Forschung und Entwicklung fließen und wir damit bundesweit die Nummer 1 sind und weit über dem Bundesdurchschnitt mit 2,3 % liegen. Das sollten wir weiter ausbauen und dafür die Rahmenbedingungen schaffen, dass diese Spitzenstel-

lung verteidigt und ausgebaut werden kann. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

98 Patentanmeldungen auf 100 000 Einwohner! Kein anderes Bundesland hat so viel.

(Abg. Wieser CDU: Wie viel SPD?)

Das war auch schon 1995 und 1996 so. Das sind doch Ergebnisse und Zahlen, die eindeutig unter Beweis stellen, dass wir mit dieser Bundesregierung,

(Lachen bei der SPD – Abg. Birzele SPD: Das war ein freudscher Versprecher! – Abg. Bebbler SPD: Das hat zur Wahrheit geführt!)

dass wir mit dieser Landesregierung dafür sorgen, dass wir im Vergleich der Bundesländer untereinander die Nummer 1 sind.

Das CI-Programm wurde unter großen Schmerzen – von Ihnen aber gefordert – mit 10 Millionen DM wieder aufgelegt.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Wie geht es weiter?)

– Wie geht es weiter? Machen wir den Doppelhaushalt 2000/2001. Das CI-Programm muss meiner Meinung nach aufrechterhalten bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ich halte dieses CI-Programm für einen ganz wesentlichen Punkt. Natürlich! Wieso schütteln Sie da den Kopf, Herr Salomon?

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich schüttle nicht den Kopf über Sie!)

Wenn wir diese 10 Millionen DM per annum haben, ist das eine zielgerichtete einzelbetriebliche Unterstützung für den Mittelstand bis höchstens 250 Beschäftigte.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ja, richtig! Aber das wird als Sensation beklatscht!)

Hoffentlich können wir das weiter fortsetzen. Ich habe doch gerade eben Beifall bekommen. Das heißt, Sie werden es unterstützen. Also werden wir es machen. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Abg. Birzele SPD: Wieser sichert dies zu!)

Wir werden die Verbundforschung weiterführen, das CI-Programm weiterführen, dafür Sorge tragen, dass wir die hervorragenden Forschungsinstitute, die wir in Baden-Württemberg haben – denken Sie an Denckendorf und an andere mehr –, beim Haushalt nicht negativ mit dem Rotstift überziehen, sondern dass wir diese unterstützen, damit sie ihre in weiten Teilen wirklichen Weltspitzenleistungen auch in der Zukunft erbringen können. Unsere Aufgabe

(Minister Dr. Döring)

wird es dann zusammen mit Ihnen allen hier sein, dass wir das, was erforscht wird, auch möglichst rasch zu den Firmen bringen, damit es umgesetzt werden kann. Das ist nicht immer ganz einfach und bringt manchmal auch eine Menge an Ärger mit sich. Aber wir werden das trotzdem diskutieren.

Nächster Punkt: 1996 bis 1998/99 Softwarezentren: Böblingen/Sindelfingen realisiert, Heilbronn realisiert, Mannheim in der Planung, Pforzheim bewilligt, Bad Säckingen oder Lörrach wird kommen, Friedrichshafen ebenso. Dies ist ein Softwarezentren-Programm, das immerhin mit 5,5 Millionen DM unterstützt und gefördert wird, weil wir davon ausgehen, dass diese Softwarezentren bei der Umstrukturierung einen ganz wesentlichen Faktor darstellen.

Ein völlig neues Programm dieser Landesregierung, von ihr als erster von allen Landesregierungen auf den Weg gebracht: Gründerverbund auf dem Campus, gestartet im April 1998. Im Frühjahr 1999 werden wir es fortsetzen. Es trägt mit dazu bei, dass wir eine Forschungs- und Hochschullandschaft, eine Forschungsinfrastruktur in Baden-Württemberg haben, die nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in Europa einmalig ist.

Deswegen kann ich an dieser Stelle nur sagen: Wenn wir das fortsetzen, was wir in den vergangenen zweieinhalb Jahren auf den Weg gebracht haben, dann wird Baden-Württemberg die Nummer 1 unter den Ländern der Bundesrepublik bleiben.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Sie werden mit Ihrer Kritik ins Leere laufen, und wir werden Baden-Württemberg weiter in eine gute Zukunft führen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Moment, Herr Minister! Gestatten Sie jetzt die Fragen der Herren Abg. Brinkmann und Wettstein?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Brinkmann sieht jetzt viel friedlicher aus.

(Abg. Wieser CDU: Er ist ruhiger geworden!)

Deswegen gestatte ich ihm gerne die Frage.

Abg. Brinkmann SPD: Herr Minister Döring, ich frage Sie jetzt ganz friedlich und ganz sachlich, ob das Ihre Art ist, mit Angelegenheiten umzugehen, die der Ausschuss ausdrücklich als vertraulich gekennzeichnet hat, darüber und außerdem noch über das Abstimmungsverhalten hier im Plenum öffentlich zu reden.

(Abg. Wettstein SPD: Und falsch zu berichten!)

Meinen Sie nicht, dass sich auch die Landesregierung an die Vertraulichkeitsregeln des Parlaments zu halten hat?

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Verehrter Herr Kollege Brinkmann, nachdem ich heute Mittag auf dem Gang von einem uns allen bekannten Journalisten gefragt worden bin, was ich denn zur Meinung der SPD bezüglich meiner Haltung gestern im Ausschuss in diesem Zusammenhang, was die Förderung angeht, sage, kann ich Ihnen nur sagen,

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

dass ganz offensichtlich aus Ihren Reihen bereits Kritik an mir bezüglich dieser Förderung und Unterstützung geäußert worden ist.

(Widerspruch von der SPD - Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Rudolf Hausmann SPD:
Das ist nicht sauber!)

Das ist der Ablauf. Und dann werde ich hier, ohne dass ich etwas zur Sache weiter ausgeführt habe, schon sagen können – nachdem ich übrigens auch schon aus Bonn angerufen worden bin, mit großer Verwunderung über Ihr gestriges Abstimmungsverhalten – –

(Abg. Brinkmann SPD: Wer plaudert denn darüber mit Ihnen?)

– Es wird überhaupt nichts ausgeplaudert, sondern Sie sind rausgerannt, kritisieren mich Journalisten gegenüber,

(Abg. Brinkmann SPD: Keiner von uns!)

was meine Unterstützungspolitik in dieser Frage angeht,

(Abg. Brinkmann SPD: Keiner von uns!)

und dann stellen Sie sich scheinheilig hier hin, wenn ich sage, wie Sie abgestimmt haben.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das kann aber auch jemand aus Ihrer Fraktion gewesen sein!
Das ist doch oft so!)

Das können Sie lassen.

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, das Wort zu einer weiteren Frage hat Herr Abg. Wettstein.

Abg. Wettstein SPD: Herr Minister, ich möchte zwei Fragen stellen.

Erstens: Sind Sie bereit, hier zuzugeben, dass wir in dieser fraglichen Ausschusssitzung das Projekt, das Sie angesprochen haben, ausdrücklich als hervorragend bezeichnet haben und dass es falsch ist, wenn Sie sagen, wir hätten das Projekt abgelehnt?

Zweitens: Sind Sie bereit, zuzugeben, dass nicht über das Projekt diskutiert wurde, sondern über die Frage, ob Landeszuschüsse gewährt werden sollten – vor dem Hintergrund, dass die entsprechenden Projektträger finanziell besonders potent sind und die Frage des Mitnahmeeffekts eine ganz erhebliche Rolle spielt?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Das ist an Scheinheiligkeit nicht mehr zu überbieten!

(Lebhafte Unruhe)

(Minister Dr. Döring)

Das ist an Scheinheiligkeit nicht mehr zu überbieten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

„Wir sind ja ganz arg enorm für diese tolle Sache, aber wir waren dagegen, dass sie realisiert wird.“ So kommen Sie nicht durch, Herr Wettstein.

(Abg. Wettstein SPD: Nein, das hat nichts mit Realisierung zu tun!)

Das war das Ergebnis Ihrer Abstimmung – selbstverständlich!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wettstein SPD: Das wäre doch auch sonst realisiert worden! – Abg. Pfister FDP/DVP: „Das Projekt finden wir gut, aber machen tun wir es nicht!“ – Weitere lebhafte Zurufe, u. a. der Abg. Brinkmann und Birzele SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Aussprache über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/1063.

Was wird hinsichtlich der geschäftsordnungsmäßigen Abwicklung beantragt?

(Zurufe von der CDU: Erledigt! – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ausschuss!)

– Es ist Ausschussüberweisung beantragt. An welchen Ausschuss?

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Wirtschaftsausschuss!)

– An den Wirtschaftsausschuss. – Sie stimmen der Überweisung zu.

(Abg. Wieser CDU: Ach Gott, jetzt kriegen wir das noch einmal!)

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Oktober 1998 – Bericht der Landesregierung von Baden-Württemberg über entwicklungspolitische Maßnahmen im Jahr 1997 – Drucksachen 12/3346, 12/3479

Berichterstatter: Abg. Wieser

Wünscht der Berichterstatter das Wort?

(Zuruf von der SPD: Ja nicht!)

Herr Abg. Wieser, bitte.

(Abg. Bebber SPD: Ja, gibt es das auch?)

Abg. Wieser CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Frage ist in der Geschäftsordnungsdebatte untergegangen. Deswegen möchte ich nur noch zu Protokoll geben: Mich hätte interessiert, was ein

„Struwelpeter-Abitur“ ist; Frau Kollegin Fauser hat es angesprochen. Sie wird mir das aber sicher noch in einem persönlichen Gespräch erklären.

Ganz bestimmt soll dieses Abitur nichts mit Entwicklungszusammenarbeit zu tun haben. Über den Bericht darüber werden wir heute diskutieren. Im Fachausschuss wurde schon darüber gesprochen. Zweimal wurde auch im Plenum darüber gesprochen. Ich bin sehr an dem interessiert, was der Kollege Buchter heute für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach dieser langen Diskussion Neues hinzufügen will.

Ich darf in kurzer Zusammenfassung sechs Punkte vortragen.

(Abg. Wintruff SPD: So viel? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Kollege Wintruff, ich bin ganz sicher, dass ich Ihnen mindestens 20 Punkte vortragen müsste, damit Sie einigermaßen sachkundig wären.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Erstens möchte ich der Landesregierung, insbesondere Herrn Minister Dr. Döring und Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer, für diesen sehr ausführlichen und profunden Bericht danken.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Zweitens: Es ist wahr, dass die Haushaltsmittel für die Entwicklungszusammenarbeit seit der Amtszeit von Minister Dr. Spöri stetig gesunken sind.

(Zuruf des Abg. Herbricht REP)

– Ja, so ist es. – Es ist auch wahr, dass Baden-Württemberg trotz dieser knappen Haushaltsmittel mit 35 Millionen DM einsam an der Spitze aller Bundesländer steht.

Drittens: Seit vielen Jahren liegt ein Schwerpunkt unserer Förderung bei den Nichtregierungsorganisationen. Leider ist der Förderanteil in diesem Bereich ebenfalls stark gesunken. Deshalb wird die CDU-Fraktion im kommenden Doppelhaushalt die Mittel für die Nichtregierungsorganisationen, insbesondere für die Kirchen, aber auch für die vielen anderen Partner, erhöhen. Wir begreifen Entwicklungszusammenarbeit nämlich als Netzwerk, in dem wir darauf angewiesen sind, dass unsere Partner auch in Zeiten knapper Mittel die Partnerschaft mit dem Land suchen.

Viertens: Die Stärke unserer Entwicklungszusammenarbeit ist diese Partnerschaft. Wir haben ein Netzwerk aus Landwirtschaftsministerium, Sozialministerium, nicht zuletzt dem Kultusministerium

(Abg. Ingrid Blank CDU unterhält sich mit Abg. Rech CDU.)

– Frau Kollegin Blank! – und auch aus dem Innenministerium und der Polizei, die nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch ihr Humankapital und ihre Experten einsetzen, um Entwicklungszusammenarbeit zu leisten.

(Wieser)

(Abg. Rech CDU: Ich danke Ihnen, Herr Kollege Wieser, dass Sie das honorieren!)

– Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie mich gefällig begleiten.

(Abg. Drexler SPD: Wohin?)

Deswegen bin ich der Meinung, dass wir keine entwicklungspolitische Agentur brauchen, wie sie die Fraktion der Grünen will. Unsere Agentur heißt Wirtschaftsministerium.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

Dort ist die Entwicklungszusammenarbeit hochrangig angesiedelt, und dort wird dafür gesorgt, dass der Stellenwert für dieses Politikfeld gerade in schwierigen Zeiten erhalten bleibt.

Fünftens: Der Rechnungshof hat uns einen Überprüfungsauftrag über die Landesstiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit erteilt. Die Regierungsfractionen CDU und FDP/DVP haben den Rechnungshofauftrag aufgegriffen, die Landesstiftung personell verschlankt, einen Geschäftsführer eingespart und dafür die Sachbearbeiterebene gestärkt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem Geschäftsführer Dr. Schmid, aber auch dem ehemaligen Geschäftsführer Dr. Precht und allen Mitarbeitern dieser Landesstiftung für ihre hervorragende Arbeit herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sechstens: Der Bericht der Landesregierung hat auch aufgezeigt, wo wir Änderungen vornehmen sollten:

a) Lieber weniger Projekte und in weniger Ländern fördern, dafür aber die Projekte konzentrieren, damit unsere Entwicklungszusammenarbeit deutlicher ein landespolitisches Profil zeigt.

b) Weniger Mischfinanzierungen akzeptieren,

(Abg. Rech CDU: Das ist gut!)

in denen das Land zum Teil mit Kleinstbeträgen vertreten ist.

c) Die Finanzmittel für Nichtregierungsorganisationen aufstocken.

d) Verbesserung der Bildungsarbeit außerhalb der Schule und vor allem in der Schule, um die Solidarität für die eine Welt in unserer Bevölkerung zu stärken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Rech CDU: Ausgezeichnet!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Schmiedel.

(Abg. Seimetz CDU: Oje! – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Der macht das alles wieder hin!)

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Wieser hat das wesentliche Kennzei-

chen der Entwicklungszusammenarbeit dieser Landesregierung beschrieben, indem er darauf hingewiesen hat, dass die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit seit Antritt dieser Landesregierung immer mehr zusammengestrichen wurden. Das ist das Ergebnis. Wenn wir, obwohl die Mittel zusammengestrichen wurden, immer noch Spitze sind, wie er gesagt hat, dann nur wegen statistischer Mogeleyen. Wenn man zum Beispiel 10 Millionen DM Rückkehrhilfe für Bosnien-Flüchtlinge, die man aus einer ganz anderen Motivation heraus gibt, der Entwicklungszusammenarbeit hinzurechnet, kommt man natürlich zu solchen Ergebnissen.

(Abg. Drexler SPD: Jawohl, Herr Wieser!)

Tatsache, meine Damen und Herren, ist, dass im Wirtschaftsministerium nicht einmal mehr Geld vorhanden ist, um die für diesen Bereich eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Das ist der Stand der Dinge.

Deshalb hat der Wirtschaftsminister schon fast mit Amtsantritt angekündigt, er möchte gemeinsam mit uns ein neues Konzept für die Landesentwicklungszusammenarbeit erarbeiten. Es hat dann eine Besprechung mit ihm gegeben, bei der nicht viel herausgekommen ist. Dann hat es ein Treffen mit dem Staatssekretär gegeben, bei dem er uns etwas vorgetragen hat. Wochen später gab es ein Schreiben, mittlerweile seien die Ministerialdirektoren sämtlicher Ministerien mit dem Thema befasst und wenn sie zu einem Ende gekommen seien, würden wir wieder eingeladen. So wird die Legislaturperiode herumgehen, Herr Staatssekretär: Es gibt Kränzchen und Zirkel, aber kein Ergebnis.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Und nichts geschieht! – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Und Sie sind bei dem Kränzchen immer dabei!)

Dabei läge so nahe, was zu tun ist. Entwicklungszusammenarbeit, meine Damen und Herren, muss viel mehr als Querschnittsaufgabe begriffen werden.

(Abg. Drexler SPD: Genau, Herr Wieser!)

Sie muss eine Querschnittsaufgabe in allen Ministerien,

(Abg. Wieser CDU: Das habe ich doch vorgetragen!)

aber unter einer fachkundigen Leitung und mit einer Zielmarke sein.

(Abg. Wieser CDU: Gell, Sie haben kein Konzept, Herr Kollege!)

Das Thema, Herr Kollege, heißt: „Eine Welt“.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Alle Ministerien eine Welt!)

Das hat zum Beispiel das Land Nordrhein-Westfalen seit Jahren exzellent vorgemacht. Die Ministerpräsidenten haben das Thema in der Ministerpräsidentenkonferenz praktisch zu ihrer eigenen Angelegenheit gemacht.

(Abg. Wieser CDU: Prima, Herr Kollege!)

(Schmiedel)

Sie haben gesagt: Das wollen wir übernehmen. Ich frage: Was kommt hier im Land Baden-Württemberg an?

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Was ist zum Beispiel mit einem Projekt wie dem „Eine Mark für die Dritte Welt“ in Nordrhein-Westfalen –

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

50 Pfennig vom Land, 50 Pfennig von der Kommune? Sie hätten dann Mitstreiter und Mitfinanziers, die auch die Dauerhaftigkeit solcher Projekte gewährleisten.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage –

Abg. Schmiedel SPD: Bei uns: nichts. Was ist mit einem Eine-Welt-Beitrag, angesiedelt beim Ministerpräsidenten, hochkarätig mit Vertretern der Wirtschaft besetzt? Nichts in Baden-Württemberg.

Stellv. Präsident Weiser: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wieser?

Abg. Schmiedel SPD: Wenn er sie an mich richtet und nicht an die Kollegin Fauser, ja.

(Heiterkeit bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Wieser, Sie haben das Wort.

Abg. Wieser CDU: Herr Schmiedel, können Sie sagen, wie viel das Land Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren für diese Aufgabe pro Jahr ausgegeben hat?

Abg. Schmiedel SPD: Immer mehr. Jedes Jahr mehr.

(Abg. Seimetz CDU: Von null auf hundert Mark ist auch mehr!)

Ich mache es mir ja nicht einfach. Vor allem wurde dort eines gemacht: Dort wurde ein Konzept erstellt, und man hat gesagt: Entwicklungszusammenarbeit wird eine Querschnittsaufgabe.

(Abg. Wieser CDU: Ich bedanke mich für die Auskunft!)

Wir brauchen Mitstreiter, wir brauchen Mitakteure, wir brauchen die Kommunen, wir brauchen die Wirtschaft, und wir brauchen die Gesellschaft.

(Abg. Drexler SPD: Und die Menschen!)

Was aber ist hier in Baden-Württemberg? Der Wirtschaftsminister vollführt einen Eiertanz ohnegleichen. Er tritt an und sagt als Erstes: Neuordnung.

(Abg. Drexler SPD: Das ist der Sozialminister!)

– Gut, sein Staatssekretär ist da, und er muss antworten. Aber vielleicht hat der Staatssekretär es auch gesagt. Als Erstes hat Döring gesagt: Die Stiftung brauchen wir nicht mehr, die Stiftung lösen wir auf.

(Abg. Wieser CDU: Gell, Sie haben kein Konzept, Herr Kollege!)

Plötzlich muss die Stiftung wieder sein. Sie hat keine richtige Rechtsgrundlage, und sie hat keine richtige, moderne Aufgabenbeschreibung. Es ist ein Eiertanz ohnegleichen.

(Beifall bei der SPD)

Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Staatssekretär, wenn Sie heute wenigstens einmal im Parlament einen verbindlichen Zeitrahmen zu Protokoll geben könnten, damit wir wissen, bis wann wir damit rechnen können, dass die Ministerialdirektoren der Ministerien des Landes so weit sind,

(Abg. Drexler SPD: Richtig!)

dass sie uns ein Konzept vorlegen, mit dem wir uns beschäftigen können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Genau!)

Dann hätte die Debatte einen Sinn, und wir hätten eine Chance, noch vor dem Ende der Legislaturperiode zur notwendigen Neubeschreibung der Landesentwicklungszusammenarbeit zu kommen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Schöner Eiertanz!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort erhält Herr Abg. Buchter.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren!

(Abg. Mappus CDU: Hübsche Krawatte! – Heiterkeit – Weitere Zurufe)

– Die ziehe ich das nächste Mal an. Wenn sich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit endlich etwas tut, dann – das verspreche ich – ziehe ich die Krawatte das nächste Mal an.

Aber bis jetzt ist die Bilanz erschreckend. Nach fast drei Jahren Entwicklungspolitik durch Döring stehen wir vor einem Scherbenhaufen.

(Oh-Rufe von der CDU)

Was Herr Döring nicht genutzt hat, ist die verbale Rückenbedeckung seiner Regierung. Denn der Ministerpräsident hat wiederholt und zuletzt im Juni des letzten Jahres zum Ausdruck gebracht, dass das Land bereit und willens sei, im Rahmen seiner Möglichkeiten und Zuständigkeiten einen Beitrag für die Entwicklungszusammenarbeit im Bund zu leisten. Doch was stellen wir fest? Minister Döring lässt noch nicht einmal ansatzweise erkennen, wie er das umzusetzen gedenkt.

Woran liegt das wohl? Ich glaube, Minister Döring ist schlicht zu mutlos. Er hat – es wurde schon angemahnt – permanent versprochen, er würde ein neues Konzept vorlegen. Bis heute haben wir noch nicht einmal einen Entwurf. Er hat – obwohl es hier im Haus einen Konsens hinsichtlich der Schwerpunktbildung gibt; Herr Kollege Wieser hat es betont – weder inhaltlich oder fachlich noch in Bezug auf die Länderauswahl oder die regionale Auswahl bisher erkennen lassen, wo der Schwerpunkt liegen soll.

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

(Buchter)

Seit Oktober letzten Jahres gibt es eine Arbeitsgruppe, in der man sich im Rahmen der Kooperation und Koordination zwischen den Bundesländern darüber unterhält, wer denn welchen Aufgabenbereich in Vertretung der anderen übernehmen soll. Wir hören nichts davon. Es scheint auch in Bezug auf die Länderaufgabenwahrnehmung überhaupt noch nichts vorzuliegen. Dabei hatte er in anderem Zusammenhang immer wieder kritisiert, wie viele Arbeitsgruppen es gibt, die sich fruchtlos zusammensetzen würden. Aber da ist er in der Pflicht; er soll dazu endlich einmal etwas leisten.

Im Ergebnis bedeutet das, dass die Entwicklungszusammenarbeit unter Minister Döring dermaßen diffus ist, dass es extrem schwierig ist, auch der Medienöffentlichkeit deutlich zu machen, was denn das Land im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit eigentlich leistet, und dass damit auch für die Medienöffentlichkeit häufig überhaupt nicht wahrnehmbar ist, dass das Land etwas leistet. Das erachten wir als ein wirkliches Manko.

Mutlos ist er aber auch in Bezug auf den Beirat. Er hatte zum Januar letzten Jahres versprochen, ein Beirat würde gegründet und noch im Januar zusammengerufen, um sich über die Neukonzipierung zu unterhalten. Bis heute gibt es weder einen Termin noch sonst einen Versuch, diesen Beirat zusammenzurufen.

Dann geht der Herr Minister her – auch dies betrachte ich als Mutlosigkeit – und fordert von uns Parlamentariern, wir mögen doch dem Stellenwert der Entwicklungszusammenarbeit Ausdruck verleihen. Bitte schön, das ist doch nichts anderes als vorgeschoben, weil man selber nicht in der Lage ist, dies zu machen.

Schließlich: Wer hat denn die heutige Debatte beantragt? Nicht er oder sein Haus, sondern wir haben sie beantragt, weil wir der Meinung sind, dass über diesen Themenbereich endlich hier im Parlament erneut diskutiert werden muss, wenn der Minister nicht zu Potte kommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen muss man auch eines ganz klar sagen: Wer ein Konzept verspricht und es nicht liefert, wer einen Beirat fordert und ihn nicht einberuft, wer praktisch die Unterstützung des Parlaments fordert, dann aber so lange wartet, bis die Mittel im Haushalt auf null sind, der braucht kein Konzept mehr vorzulegen. Das ist ein Stück weit scheinheilig und ein Kabinettstückchen à la Döring.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Drexler SPD: Wo ist denn der Döring jetzt?)

Döring ist aber auch kraftlos. Kollege Wieser hat es angesprochen, welche Entwicklung die Unterstützung der Nichtregierungsorganisationen inzwischen genommen hat. Ich hörte die Worte wohl, Herr Kollege, dass es da im Rahmen des nächsten Doppelhaushalts Bewegung gäbe; wir werden die Entwicklung abwarten.

Tatsächlich ist es so, dass derzeit Minister Döring abwarten muss, was denn an Segen von Bonn kommt.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Da kommt nix! Von Bonn kommt nix!)

Denn dort wurde die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit im Koalitionsvertrag betont.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Von Bonn kommt nix!)

– Da kommt sehr wohl etwas. – Ansonsten wird die Anämie im Bereich des Referats 23 dazu führen, dass man dieses Referat letztendlich gar nicht mehr halten kann, weil keine Mittel mehr da sind.

Auch die Mittel in Bezug auf die Stiftung wurden angesprochen. Minister Döring macht zu Anfang der Legislaturperiode den Dicken, will die Stiftung abmurksen. Mittlerweile geht er an die Stiftung nur noch mit Glacéhandschuhen heran. Auch diesbezüglich gilt: dicke Backen und danach nichts!

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Ein echter Döring! – Zuruf von der SPD: Wo ist er denn überhaupt?)

– Ein echter Döring.

Aber das Schlimmste von allem ist, dass er offensichtlich auch noch ideenlos ist. Ob Agentur oder ein anderes Modell, Herr Kollege Wieser, darüber kann man sich streiten. Wir haben immer wieder Ideen eingebracht, aber von der anderen Seite kommt nichts.

Das erstaunt mich auch in anderem Zusammenhang. Als Liberaler müsste der Minister eigentlich auf den Bereich Bildung besonderen Wert legen. Damit meine ich nicht nur die schulische Bildung, sondern Bildung auch im Zusammenhang mit politischer Bildung, mit Meinungsbildung. Das müsste ihm von seiner politischen Herkunft her doch eigentlich ein Anliegen sein.

Ich glaube, viele Länder, die heute auf dem Weg in die Demokratie sind, wären dankbar, wenn sie diesbezüglich von uns wenigstens eine kleine Unterstützung erfahren würden. Aber auch hier Fehlanzeige.

(Abg. Wieser CDU: Was wollen die Grünen eigentlich? Sagt doch einmal, was ihr wollt, verdammt noch mal!)

– Wir wollen eine Konzentration der Entwicklungszusammenarbeit im Bildungsbereich, wie gesagt, mit dieser Komplexität. Denn tatsächlich ist es doch so, Kollege Wieser, . . .

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: . . . dass es in vielen Ländern ein Wunsch der Menschen ist, gesunde, stabile Verhältnisse zu bekommen, zu wissen: Wie funktioniert bei euch ein föderales System? Wir könnten uns durchaus darüber unterhalten, ob wir dazu einen Beitrag leisten können. Ich finde, dazu sollten wir einen Beitrag leisten.

Abschließend gebe ich der Regierung in einem Punkt Recht: Es geht um einen Beitrag zu zentralen Zukunfts-

(Buchter)

fragen. Es geht deswegen auch um Zukunftsinvestitionen. Wir halten es für einen Fehler, wenn auf Zukunftsinvestitionen verzichtet wird.

Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion über dieses Thema wurde auf heute vertagt, sie sollte eigentlich schon in der 59. Sitzung am 4. März 1999 stattfinden und war damals unter Tagesordnungspunkt 17 aufgeführt. Heute sind wir immerhin bei Punkt 9 angelangt,

(Abg. Wieser CDU: Ein Fortschritt!)

aber beide Male ist es der letzte Programmpunkt.

Vordergründig betrachtet würde das bedeuten, dass man der Entwicklungszusammenarbeit wenig Bedeutung beimisst. Aber wenn man genauer hinschaut, sieht es doch ganz anders aus. Ihr Stellenwert ist in Baden-Württemberg gar nicht so schlecht. Ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass die heutige Diskussion weniger emotional und mit weniger Beschimpfungen abgelaufen wäre.

Halten wir doch einfach ein paar Fakten fest. Kein anderes Bundesland leistet so viel in der Entwicklungszusammenarbeit wie Baden-Württemberg. Herr Kollege Buchter, wenn Sie sagen, Döring stehe vor einem Scherbenhaufen, dann stimmt das einfach nicht. Schauen Sie sich die Zahlen an: Wir machen mehr als alle anderen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Herr Schmiedel, wenn Sie sagen, das sei eine Mogelpackung – so ähnlich haben Sie es formuliert – mit den 10 Millionen DM nach Bosnien, dann muss ich Ihnen einfach sagen, dass Bosnien-Herzegowina von den UN als Entwicklungsland eingestuft ist und dass deswegen Mittel, die dorthin fließen, darunter zu subsumieren sind.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Im Übrigen haben Sie die „Unenteilbare Eine Welt“ zitiert. Dieses Zitat möchte ich Ihnen hier zurückgeben.

Meine Damen und Herren, obwohl die Entwicklungszusammenarbeit eine freiwillige Leistung ist, wurden die Mittel dafür weniger gekürzt als in fast allen anderen Bereichen. Dass wir sie zurückgefahren haben, ist völlig klar, aber sie sind nicht so stark reduziert worden.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Glück, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Buchter?

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Aber gerne. Den Herrn Buchter sehe ich in Afrika noch lieber als hier.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Gemeinsam mit mir natürlich; ich will ihn nicht verwünschen.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Kollege Glück, können Sie bestätigen, dass im Bericht für 1997 steht, dass keine weiteren Projekte geplant sind und die bestehenden Projekte bloß noch aufgrund vertraglicher Verpflichtungen weitergeführt werden? Betrachten Sie das nicht als Scherbenhaufen?

(Abg. Drexler SPD: Ganz und gar nicht!)

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Kollege Buchter, ich weiß, dass wir nur wenig Neues anfangen können

(Abg. Schmiedel SPD: Gar nichts!)

und dass die Mittel kaum ausreichen,

(Abg. Schmiedel SPD: Nicht ausreichen!)

um die laufenden Projekte fortzuführen. Aber Sie wissen ganz genau, wie die Haushaltslage aussieht. So kann es eben auch nicht gehen, dass Sie immer global sagen, die Regierung spare nicht, die Regierungskoalition mache zu viele Schulden, und wenn es dann um die Einzelbetrachtung geht, sagt man, hier wolle man mehr und dort wolle man mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Dr. Glück, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Schlager?

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Frau Schlager, tun Sie mir einen Gefallen und stellen Sie Ihre Zwischenfrage bitte am Schluss, sonst werde ich nach jedem – –

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Frau Schlager darf nicht mit nach Afrika?)

– Frau Schlager würde ich natürlich auch nach Afrika mitnehmen, gar keine Frage.

(Zurufe der Abg. Drexler SPD und Wieser CDU)

Meine Damen und Herren, wichtig ist die Arbeit – das wurde schon ein- oder zweimal erwähnt – der privaten Organisationen, der so genannten Nichtregierungsorganisationen. Kirchliche und kommunale Gruppen, aber auch private Initiativen leisten eine hervorragende Arbeit. Ich möchte mich an dieser Stelle bei diesen Organisationen ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Ein bisschen mehr Geld wäre besser als der Dank!)

Herr Schmiedel, wir werden diese Gruppierungen auch weiter politisch unterstützen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Die brauchen Geld! – Zuruf des Abg. Herbricht REP)

Dass wir das nicht nur einmal im Jahr an dieser Stelle tun, sehen Sie beispielsweise daran: Wir haben eine Anhörung durchgeführt, bei der sehr, sehr viele Gruppierungen teilgenommen und ihre vielfältige Arbeit gezeigt haben. Es gab auch eine Informationsbörse. Wir haben eine Große Anfra-

(Dr. Glück)

ge eingebracht, die sich daraus ergab. Wir werden uns für diese Gruppierungen im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten selbstverständlich weiterhin einsetzen.

(Abg. Drexler SPD: Da ist doch nichts drin!)

Meine Damen und Herren, wir müssen hier im Plenum sicher über einiges diskutieren; das ist gar keine Frage. Wir müssen über die Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit schlechthin diskutieren. Wir müssen im einen oder anderen Fall sicherlich auch die Rolle der von Ihnen, Herr Kollege Buchter, so ungeliebten Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit etwas modifizieren.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Auf jeden Fall muss aber auch Baden-Württemberg in der Entwicklungszusammenarbeit künftig Flagge zeigen – das ist ganz wichtig –,

(Abg. Drexler SPD: Flagge ist wichtig!)

sowohl auf wirtschaftlichem Gebiet als auch im Bereich des Wissens- und Know-how-Transfers. Gerade das muss ein Schwerpunkt in der Zukunft sein.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch über die Zahl der Projekte nachdenken. Hier sind teilweise Klein- und Kleinstprojekte enthalten, bei denen es schwer ist, einen Sinn zu erkennen. Vermutlich wäre es besser, hier einiges zu konzentrieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es ist keine Frage, dass viele Wünsche offen sind. Aber strengen wir uns doch gemeinsam an, dass Baden-Württemberg die Spitzenposition

(Abg. Wieser CDU: Spitze bleibt!)

in der Entwicklungszusammenarbeit behält.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Wieser CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Frau Schlager, Sie haben das Wort zu einer Frage.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Dr. Glück, Sie haben gesagt, die Nichtregierungsorganisationen leisteten eine wertvolle Arbeit und Sie wollten sie weiterhin unterstützen. Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Kürzung der Mittel für die Nichtregierungsorganisationen um 96 %, oder, anders gesagt, wie wollen Sie sie unterstützen, nachdem Sie den Unterstützungstopf von 6,2 Millionen DM auf jetzt etwa 200 000 DM heruntergefahren haben?

(Beifall des Abg. Brinkmann SPD – Abg. Schmiedel SPD: Politisch will er sie unterstützen!)

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Frau Schlager, so kann man mit Prozenten rechnen – minus 96 %. Dazu muss man sagen, dass die Entwicklungszusammenarbeit nie die originäre und hauptsächliche Aufgabe der Länder ist. Sie liegt vielmehr beim Bund und bei der EU.

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Frau Schlager, noch etwas: Die Nichtregierungsorganisationen finanzieren ihre Projekte alle in der Größenordnung von 20 bis 25 % aus Eigenmitteln, die sie aus Spenden erzielen, und zu 75 bis 80 % aus Mitteln,

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

die von Bonn, von der EU und zu einem kleinen Teil selbstverständlich auch von uns kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Herbricht.

Abg. Herbricht REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Entwicklungshilfe gelten nicht die sonst üblichen Regeln des „do ut des“. Gleichwohl ist sie mehr als eine Art Sozialhilfe für die Dritte Welt. Entwicklungspolitik – ihr Stellenwert wird oft unterschätzt – beeinflusst Politikfelder wie Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftsbe- reiche. Zwar ist Entwicklungspolitik gemäß Artikel 32 des Grundgesetzes eine Aufgabe des Bundes; die Länder, speziell Baden-Württemberg, sind aber nunmehr seit vier Jahrzehnten in diesem Bereich freiwillig tätig. Es wäre ein unverzeihlicher Fehler, wenn dieses reichhaltige Wissen und dieser Erfahrungsschatz aufgrund knapper Kassen ausgetrocknet würden.

Seit Ende des Ost-West-Konflikts kann man feststellen, dass in der Entwicklungspolitik die Aspekte der Markterweiterung und der Rohstoffsicherung stärker in den Vordergrund getreten sind. Betrachtet man die entwicklungspolitischen Maßnahmen der Landesregierung, so kann man auch hier einen Schwerpunkt in der Außenwirtschaftsförderung erkennen. Dies ist für ein Exportland wie das unsere, welches ca. 20 % seines Außenhandels mit Schwellenländern abwickelt, legitim. Indem wir diesen Ländern zu Wohlstand verhelfen, erhalten wir den unsrigen. Hinzu kommt, dass ab der Überschreitung einer gewissen Wohlstandsschwelle das Geben und Nehmen wieder ins Gleichgewicht gelangt. So gesehen sind Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung trotz unterschiedlicher Zielsetzung zwei Seiten derselben Medaille.

Die entwicklungspolitischen Maßnahmen der Landesregierung finden schwerpunktmäßig im Bereich der Bildung statt, für die sie die Zuständigkeit besitzt. Dies ist auch der richtige Ansatz, ist doch eines der Hauptprobleme der Entwicklungsländer ihre hohe Geburtenrate. Hier greifen bloße Maßnahmen der Geburtenkontrolle zu kurz, denn nur bei einem höheren Bildungsniveau verändert sich auch das generative Verhalten der Menschen. Man kommt nicht über weniger Kinder zu höherem Lebensstandard, aber man kommt durch einen höheren Lebens- und Bildungsstandard zu weniger Kindern. Bildungsvermittlung ist die Kernfrage jeder Entwicklungspolitik.

Allerdings muss man unterscheiden, ob es sich dabei um ein Armutsland oder um ein Schwellenland handelt. Bei Armutsländern gilt es zu bedenken, dass die Kenntnisse, die deutsche Bildungszentren vermitteln, auf europäische Bedürfnisse ausgerichtet sind und dem technischen und wirtschaftlichen Niveau dieser Länder nicht immer entspre-

(Herbricht)

chen. Außerdem bergen Langzeitaufenthalte junger Ausländer aus Armutsländern die Gefahr, dass deren Aus- und Weiterbildung den jeweiligen Heimatländern nicht zugute kommt, da viele Teilnehmer nach Abschluss der Ausbildung nicht mehr nach Hause zurückkehren können oder wollen.

(Beifall bei den Republikanern)

Hier wäre eine Ausbildung vor Ort sinnvoller. Eine Vor-Ort-Ausbildung hat allerdings den für uns negativen Effekt, dass die persönliche Bindung des jungen Ausländers an sein Ausbildungsland entfällt oder nur eingeschränkt besteht.

In Zeiten knapper Kassen müssen die finanziellen Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden. Daher sollten Studienbewerber aus Entwicklungsländern der deutschen Sprache mächtig sein. Finanzielle Aufwendungen des Landes zur Erhaltung der Goethe-Institute sind zwar lobenswert, aber keine originäre Entwicklungspolitik. Entwicklungsarbeit muss, wenn sie effektiv sein will, auf den Entwicklungsfaktor Mensch sowie auf seinen Lebens- und Überlebenswillen setzen. Hilfe für die Armen ist nur als Hilfe mit den Armen und durch die Armen möglich.

Nach dieser Maxime sind in den Armutsländern gerade die Nichtregierungsorganisationen, hier speziell die beiden christlichen Kirchen, tätig. Das Land hat deren Tätigkeit im Jahr 1992 noch mit 5,6 Millionen DM bezuschusst. Dieser Betrag ist 1998 auf ganze 200 000 DM geschrumpft. Wir halten dies nicht für sachgerecht, vor allem dann nicht, wenn wir auf der anderen Seite sehen, dass das Land das Arnold-Bergstraesser-Institut für die Erforschung der Menschenrechtssituation und der demokratischen Entwicklung in Entwicklungsländern mit sage und schreibe 1,4 Millionen DM bezuschusst. Davon hat das Institut etwas, meine Damen und Herren, aber nicht die Entwicklungsländer. Diese Information hätte man genauso gut über Botschaften vor Ort abrufen können.

(Unruhe, vor allem auf der Zuhörertribüne – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren auf der Tribüne, ich darf Sie bitten, den Wechsel etwas leiser vorzunehmen.

Abg. Herbricht REP: Lassen Sie mich zum Schluss noch auf zwei Punkte hinweisen, die uns mit großer Sorge erfüllen, da sie die entwicklungspolitischen Leistungen gefährden können. Auch wenn das Land hier keinen direkten Einfluss zur Lösung der Probleme hat, sollten sie an dieser Stelle einmal angesprochen werden. Es sind dies die Globalisierung und die Verschuldung.

Armutsländer haben kein Kapital, aber Arbeitskraft. Sie müssen daher auf eine arbeitsintensive Produktion setzen. In einem weltweit deregulierten Markt setzt sich aber dasjenige Produkt durch, das mit den niedrigsten Kosten produziert wird. In diesem Wettbewerb ist die kapitalintensive Produktion unschlagbar. Wir brauchen daher eine selektive Deregulierung, die die Großen daran hindert, die Kleinen zu vernichten. Die vom IWF und anderen geforderten Marktöffnungen bedeuten auch für viele Schwellenländer,

dass ausländische Großkonzerne und Großbanken mit den einheimischen in Konkurrenz treten und dass diese dem Druck nicht gewachsen sind. Da diese Länder ihre Unabhängigkeit erst vor wenigen Jahrzehnten oftmals blutig erkämpft haben, ist man, was die Gefährdung der nationalen Souveränität angeht, weitaus sensibler als hierzulande. Wir sehen hier erhebliche Spannungspotenziale für die zukünftige internationale Zusammenarbeit.

Ein zweiter Punkt wäre noch die Verschuldung.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich muss Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Herbricht REP: Ich komme gleich zum Schluss. – Wir haben eine Verschuldung von 2 Billionen Dollar in den Entwicklungsländern und müssen feststellen, dass seit 1983 der Kapitalfluss umkippt. Das heißt, die Entwicklungsländer zahlten bis 1989 243 Milliarden Dollar mehr, als sie in Form von Entwicklungs- und Kapitalhilfen erhielten. Ich halte das für einen untragbaren Zustand, meine Damen und Herren. Man könnte beispielsweise feststellen, dass Uganda fünfmal mehr für Zinsen und Tilgung als für sein Gesundheitswesen zahlt.

Wir meinen daher, dass die Bundesregierung, ein gewichtiger bilateraler Gläubiger, hier den Anfang machen und die Schulden der 30 ärmsten Länder ersatzlos streichen sollte. Länder, in denen der Großteil der Bevölkerung täglich um das nackte Überleben kämpft, sollten ihr Geld nicht nach Deutschland schicken.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Konzept: Das Konzept sieht zunächst einmal eine Schwerpunktbildung auf einige Länder vor. Das sind China, Indonesien, Vietnam, Brasilien, Chile und Malawi. Mit dieser Konzentration wurde auch dem Wunsch des Landtags nach einer weiteren Konzentration Rechnung getragen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zweitens zu den Mitteln: Ich möchte daran erinnern, dass dies freiwillige Mittel der Landesregierung sind. Es sind freiwillige Maßnahmen. Sie sind weniger geworden; das räume ich ein. Aber es ist immer noch mehr, als das hochgelobte Land Nordrhein-Westfalen ausgibt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Drittens zu den Projekten: Wir konzentrieren die Projekte auf die technische Zusammenarbeit. Das ist zum Beispiel in Curitiba Umwelttechnologie, in Haydarpara in der Türkei berufliche Bildung, in Bandung, wo ich gerade herkomme, die Ausbildung von Ausbildern und die Einrichtung von Berufsschulen.

Alle diese drei Projekte haben – davon habe ich mich überzeugt – ganz erhebliche Multiplikatorwirkungen. In Curi-

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

tiba wurde mir gesagt, dass sie inzwischen schon Anfragen aus dem Mercosur nach ihrer Schule haben. In der Türkei gibt es sechs weitere Schulen, die das Modell von Haydarpasa übernehmen und die Multiplikatorwirkung in die gesamte Türkei tragen. In Bandung, Herr Abg. Schmiedel, handelt es sich um ein nationales Ausbildungsinstitut. Das heißt, wir tun hier sehr, sehr viel.

Des Weiteren gehört die Bildung zum Konzept. Die Wanderausstellung des Wirtschaftsministeriums „Unteilbare Eine Welt“ ist bis Mitte 1999 ausgebucht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Auch die Broschüre, die wir erstellt haben, findet reißenden Absatz.

In Sachen Bildung ist auch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit tätig, die immerhin 500 000 DM pro Jahr aus der Landeskasse bekommt.

(Abg. Schmiedel SPD: Für Gehälter!)

Sehr wichtig ist dabei natürlich auch die Zusammenarbeit mit den NGOs und ihre Unterstützung. Wir wollen, die Zustimmung des Landtags vorausgesetzt, hier 400 000 DM im Jahr dazutun.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Zum Schluss: Natürlich muss alles besser werden. Die neue Konzeption könnte schneller vorankommen als bisher. Ich nehme das, was hier im Landtag gesagt worden ist, zum Anlass, noch mehr Druck zu machen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Wieser
CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Aussprache zur Drucksache 12/3479 gelangt.

Wird förmliche Abstimmung über die Beschlussempfehlung beantragt? – Dies ist nicht der Fall. Dann gehe ich davon aus, dass das hohe Haus von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis nimmt. – Dies ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben - Drucksachen 12/3759, 12/3767, 12/3768, 12/3769, 12/3770, 12/3771

Der Berichterstatter Abg. Haas bittet darum, die Petition 12/4636, Nummer 8 der Drucksache 12/3770, an den Petitionsausschuss zurückzuüberweisen. – Sie stimmen der Zurücküberweisung zu. – Im Übrigen stimmen Sie den Beschlussempfehlungen zu.

Wir kommen zu **Punkt 11** der Tagesordnung:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten - Drucksache 12/3657

Das Wort wird nicht gewünscht. – Sie stimmen den Beschlussempfehlungen mit jeweils dem gleichen Abstimmungsverhalten wie im Ausschuss zu.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Kleine Anfragen – Drucksachen 12/3699, 12/3711, 12/3724, 12/3726, 12/3730

Die Kleinen Anfragen wurden in der Zwischenzeit schriftlich beantwortet.

Punkt 11 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Sitzung gelangt.

Die nächste Plenarsitzung findet am 24. März 1999 um 10:00 Uhr statt. Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugesandt werden.

Ich danke Ihnen und schließe die heutige Sitzung.

Schluss: 16:31 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ständiger Ausschuss	ordentliches Mitglied	Dr. Repnik	Roland Schmid
Ausschuss für Umwelt und Verkehr	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Seimetz Birk	Birk –
Petitionsausschuss	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Birk –	Seimetz Birk

04.03.99

Günther H. Oettinger und Fraktion

Anlage 2

Wahlvorschlag

der Fraktion der FDP/DVP

**Wahl eines Mitglieds des Stiftungsrats der Akademie für
Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg**

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Abg. Dr. Horst Glück

04.03.99

Ernst Pfister und Fraktion

Anlage 3

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU

**Wahl eines Mitglieds des Stiftungsrats der Akademie für
Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg**

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Abg. Alfred Haas

04.03.99

Günther H. Oettinger und Fraktion